



ADLAS

Ausgabe 1/2011
5. Jahrgang

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

SCHWERPUNKT

Umbau der Streitkräfte

Neue Armeen
für
neue Kriege?



BUNDESTAG
Reform beginnt
an der Spitze



CYBERWAR
Trend oder
Revolution?



NEUES EUROPA
Bukarests
Bündnistreue



www.sicherheitspolitik.de



www.adlas-magazin.de



ISSN 1869-1684

Vom Einsatz her denken. Das war das Leitmotiv, das Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg der »Weise-Kommission« ins Lastenheft geschrieben hatte. Vom Einsatz her denken sollen in Zukunft die deutschen Streitkräfte und damit Anschluss finden an andere, die den Kalten Krieg schon länger hinter sich gelassen haben.

Die Armeen aller Staaten sollen eine doppelte Kernaufgabe erfüllen: den Schutz der Sicherheit und der Interessen ihres Landes. Doch diese universale Herausforderung führt beileibe nicht dazu, dass sich die Streitkräfte dieser Welt in Zukunft ähnlicher sehen. Die Frage, was »Einsatz« ist, beantwortet jeder Staat von Fall zu Fall. Hinzu kommt, dass sich der Krieg in einer globalisierten Welt zunehmend regionalisiert: »Neue Kriege« in Somalia und im Kongo oder Aufstandsbekämpfung im Irak und in Afghanistan finden darin ebenso statt wie Scharmützel an der thailändisch-kambodschanischen Grenze oder eine – drohende – konventionelle Auseinandersetzung auf der koreanischen Halbinsel. Krieg ist und bleibt ein Chamäleon. Das erfordert von Streitkräften dieselben Eigenschaften: Angesichts eines wachsenden Bedrohungsspektrums müssen sie immer wandlungsfähiger werden, um den Herausforderungen schneller begegnen zu können.

Im Detail betrachtet *ADLAS* natürlich den Umbau in Deutschland. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht muss die Bundeswehr zuallererst ihre Personalpolitik verbessern – wie der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus, der qua Amt die Probleme der größten Reform in der Geschichte der Bundeswehr miterlebt, im Interview anführt (**Seite 10**).

Wir beleuchten aber auch den Wandel in anderen Ländern und zeigen, dass oft nicht nur strategische Prämissen entscheiden, sondern – wie etwa im Falle Großbritanniens – der Finanzminister die Militärpolitik diktiert (**Seite 35**). Daneben liefert der *ADLAS* einen globalen Überblick über Armeetypen (**Seite 23**). Von Ägypten über Island bis nach Südkorea wird dabei eines deutlich: Keine Streitmacht ist wie die andere!

In der ersten Ausgabe des neuen Jahres endet auch die Reihe zum »Entscheidungsjahr in Afghanistan«. Dabei verrät ein Rückblick, dass 2010 weder militärisch noch politisch ein wirkliches Schicksalsjahr war. Abwarten und Ausharren lautet die Parole (**Seite 43**).

Auf der **Seite 3** folgt aber zuerst eine Neuerung: Ein Blick auf die Karte zeigt, wo sich in den letzten Monaten sicherheitspolitisch Bedeutsames ereignet hat. Die Auswahl des Geschehens ist natürlich begrenzt, verdeutlicht aber unsere schrumpfende Welt: Die Konfliktzonen sind für uns immer besser erreichbar – und umgekehrt. ◀◀

Michael Seibold

Herausgeber

**In einer globalisierten Welt
regionalisiert sich der Krieg.
Er ist und bleibt ein Chamäleon.**



Stockholm, Schweden
 1.200 Kilometer, 2 Flugstunden*
 Am 11. Dezember sprengt sich ein »Dschihadist« und vermuteter Einzeltäter in der Innenstadt der schwedischen Kapitale selbst in die Luft. Es gibt neben dem toten Terroristen nur zwei Leichtverletzte.



Yeonpyeong, Südkorea
 7.900 Kilometer, circa 11 Flugstunden
 Ein Artillerieduell zwischen nord- und südkoreanischen Kräften fordert am 23. November auf der Insel Yeonpyeong vier Menschenleben. Trotz erhöhter Kriegsgefahr führen US Navy und Südkoreas Marine geplante Manöver durch.

Foto: MND/ROK

Juba, Südsudan
 5.300 Kilometer, circa 11 Flugstunden
 Das Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudans endet am 15. Januar mit einer überwältigenden Mehrheit für die Trennung vom Norden. Wenige Tage später spaltet sich ein Flügel von der erfolgreichen Rebellenbewegung ab und liefert sich blutige Gefechte mit der südsudanesischen »Sudanese People's Liberation Army«.

Mazar-e-Sharif, Afghanistan
 4.700 Kilometer, circa 14 Flugstunden
 Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg trifft am 13. Dezember zu einem Truppenbesuch des deutschen ISAF-Kontingents gemeinsam mit seiner Frau und Talkmaster Johannes B. Kerner ein. Die Reisebegleitung löst eine heftige Diskussion um den medialen Umgang des Ministers mit dem Afghanistaneinsatz aus.

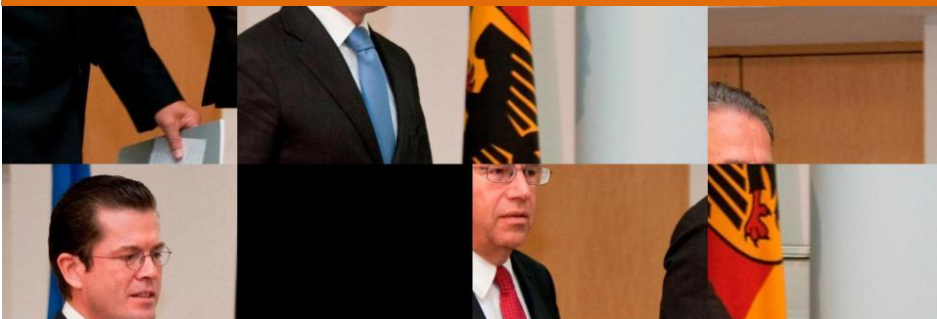
Erhöhte Kriegsgefahr

Im vergangenen Quartal häuften sich Vorfälle, die zu anderen Zeiten noch unter Garantie einen Waffengang ausgelöst hätten: Vor allem das koreanische Artillerieduell führt der Welt einen der ältesten Konfliktherde wieder blutig vor Augen. Aber auch im Südsudan brodeln es.

An der deutschen »Afghanistanfront« indes blieb es relativ ruhig, aber ein Ministerbesuch und ein tödlicher Schießunfall sorgten für Schlagzeilen.

* schnellstmögliche Nonstop-, Direkt- oder Koppelverbindungen ab Frankfurt Airport

**SCHWERPUNKT:
UMBAU DER STREITKRÄFTE**



Alles auf Einsatz

Der Bericht der Bundeswehr-Strukturkommission setzt auf mehr Effizienz – und auf einen starken Minister, der die Reform auch durchsetzen kann. **Seite 6**

»Die Dinge kosten Geld, sind aber nötig«

Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus im Gespräch über die Personaldecke der Bundeswehr nach dem Aussetzen der Wehrpflicht **10**

Eine Frage des Wollens

Die Bündnisfähigkeit der Bundeswehr hängt nicht nur von ihrer Truppenstärke ab, sondern auch der Bereitschaft zu echtem militärischen Beistand. **14**

Reform beginnt an der Spitze

Der Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter schlägt eine weitgehende Neugestaltung des sicherheitspolitischen Prozesses vor. **18**

Eine Armee wie keine andere

Der ADLAS vergleicht zehn Beispiele der Transformation von Streitkräften: Ägypten, Iran, Israel, Island, Japan, Norwegen, Russland, Südkorea, die Schweiz und die Vereinigten Arabischen Emirate. **23**

Kassensturz für eine Mittelmacht

Großbritannien muss beim Militär drastisch sparen – mit erheblichen Auswirkungen auf seinen außenpolitischen Spielraum. **35**

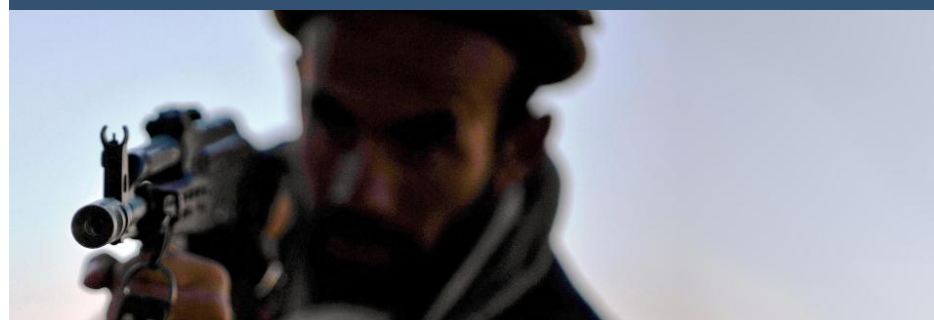
NOTIZ: Neuwertiges Altmetall

39

Ausrüstung schafft keine Fähigkeiten

Die chinesische Volksbefreiungsarmee modernisiert nicht nur ihr Arsenal, sondern auch ihr Personal. Das fällt weniger auf als neue Waffen. **40**

**REIHE:
ENTSCHEIDUNGSJAHR IN AFGHANISTAN**



Entscheidung vertagt

Das letzte Jahr sollte im Kampf gegen Taliban und andere Aufständische einen deutlichen Erfolg bringen. David Petraeus ist geduldiger. **43**

Bukarests Bündnistreue

Präsident Traian Băsescu verspricht, Rumänien werde seine Truppen nicht abziehen, bevor nicht die ISAF ganz Afghanistan kontrolliert. **47**

DISKURS: Arbeitslos und sicher

Welche Rolle spielt individueller wirtschaftlicher Erfolg in der Aufstandsbekämpfung am Hindukusch? Eine US-Studie überrascht mit einer gewagten These. **50**

DIE WELT UND DEUTSCHLAND



SÜDSUDAN: Das Erbe der Gewalt

Die Geschichte des Gesamtsudans birgt Potential für Konflikte weit über die bevorstehende Unabhängigkeit des Südens hinaus. **Seite 52**

ISRAEL/TÜRKEI: In der Grauzone

Israels Vorgehen während der Aufbringung der »Gaza-Solidaritätsflotte« bleibt rechtemäßig im Konditionalis stecken. **57**

ISRAEL: Unter sticht ober

Dank Yoav Galants politischen Verbindungen trat der vorige Generalstabschef Gabi Ashkenazi früher als üblich ab. Genutzt hat das Galant nun doch nicht. **62**

USA/SPANIEN: Landschaftspflege auf Saudisch

Riads Waffenkäufe helfen schwächelnden Verteidigungsindustrien. Sie sind logistisch unsinnig, stärken aber die Partnerschaft mit dem Westen. **65**

TECHNOLOGIE: Liebesgrüße aus Washington

Das Konzept vom »Conventional Prompt Global Strike« ersetzt Nuklearsprengköpfe und sichert die militärische Überlegenheit der USA auch übermorgen. **67**

US-NACHRICHTENDIENSTE: Offenbarung der Schlapphüte

Wieviel Geld die USA wirklich für ihre 16 Geheimdienste ausgeben, ist in den letzten Jahren immer mehr durchgesickert. **72**

CYBERWAR: Trend oder Revolution?

Sind die Entwicklungen auf dem virtuellen Schlachtfeld noch umkehrbar? Ein Gastbeitrag von Technik und Sicherheitsforscher Sandro Gaycken **72**

NOTIZ: Macht der Medien

77

NATO: Der Berg kreite und gebar

Das neue Strategische Konzept der atlantischen Allianz beweist realpolitische Weitsicht, klammert aber noch einige Probleme aus. **78**

EUROPÄISCHE UNION: Diplomatie in Moskaus Hinterhof

Demokratiedefizite und Regionalkonflikte gefährden die »Östliche Partnerschaft« mit den ehemaligen Sowjetrepubliken Osteuropas. **83**

VEREINTE NATIONEN: Ohrfeige für Ottawa

Die Niederlage bei der Wahl zum UN-Sicherheitsrat erschüttert das jahrzehntealte Selbstverständnis von Kanadas Außenpolitik. **86**

VÖLKERRECHT: Mut zur Lücke

»Smart sanctions« werden seit den 1990er Jahren immer häufiger angewandt. Sie stützen sich auf eine Auslassung im Völkerrecht. **89**

EDITORIAL

2

WELTADLAS

3

INHALT

4

LITERATUR UND NEUERSCHEINUNGEN

92

IMPRESSUM

96

AUSBLICK: ADLAS 2/2011

96

Alles auf Einsatz

Ende Oktober 2010 stellte die Strukturkommission der Bundeswehr unter der Leitung von Frank-Jürgen Weise ihren Bericht vor: Angesichts knapper Kassen soll das deutsche Militär effizienter werden. Bei verstärkter medialer Aufmerksamkeit für den Verteidigungsminister findet die Reform aber nicht im stillen Kämmerlein statt, sondern ist wesentlich mit Politstar Karl-Theodor zu Guttenberg verknüpft.

von
Michael Seibold

Foto: Bundeswehr/Andrea Bienert

►► Die Bundeswehr gleicht einem Supertanker. Soll er einen neuen Kurs einschlagen, so braucht das Zeit, Kraft und Geduld. Gering waren daher die Ziele der Strukturkommission der Bundeswehr nicht: Sie wolle einen Beitrag leisten, um »nicht weniger als die tief greifende und notwendige Veränderung einer der großen Institutionen unseres Gemeinwesens« umzusetzen, so die Strukturkommission. Besser bekannt ist sie als »Weise-Kommission« nach ihrem Vorsitzenden Frank-Jürgen Weise. Als Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit kennt sich Weise mit großen Organisationen, als Oberst der Reserve mit der Bundeswehr aus. Und auch die anderen Mitglieder der Kommission brachten die Voraussetzungen für ihre anspruchsvolle Arbeit mit. Jürgen Kluge etwa, Aufsichtsratsvorsitzender der Metro AG und ehemaliger Deutschland-Chef der Unternehmensberatung McKinsey, oder Hedda von Wedel, ehemalige Präsidentin des Bundesrechnungshofs.

Eine unbeliebte Paradigmenumkehr

Ein knappes halbes Jahr brauchte die Kommission – Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hatte sie am 12. April 2010 eingesetzt – um Vorschläge für den Umbau der Bundeswehr zu erarbeiten. Am 22. Oktober

stellte Weise den Bericht seiner Kommission vor. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Verteidigungsminister zu Guttenberg hatte er zudem bereits Ende Juli über Zwischenergebnisse informiert. Und auch wenn manche Informationen schon vorab in die Öffentlichkeit sickerten – spektakulär waren die Schlussforderungen der Kommission allemal. Schlagzeilen machten vor allem zwei Vorschläge: zum einen die Reduzierung der Bundeswehr um 70.000 auf 180.000 Dienstposten, zum anderen die Aussetzung der Wehrpflicht.

Dabei waren diese beiden Vorschläge nur Mittel zum Zweck. Den nämlich hatte Verteidigungsminister zu Guttenberg vorgegeben: »Vom Einsatz her denken« sollten Kommission und in Zukunft auch die Bundeswehrplaner. Die deutsche Armee soll durch die Reform besser für Einsätze in aller Welt gerüstet und vorbereitet sein, um in Zukunft 15.000 statt wie bisher knapp 8.000 Soldaten dauerhaft im Einsatz halten zu können. Und das alles angesichts massiver Einsparungen, wie zu Guttenberg in seiner Grundsatzzrede an der Führungsakademie der Bundeswehr im Mai dieses Jahres ausführte: Statt »cost to design« werde der Rahmen der Bundeswehr in Zukunft »völlig illusionsfrei durch die Realität des ›design to cost‹ bestimmt werden«. Der Finanzrahmen wird damit den strukturellen Rahmen und das Anspruchsniveau, neudeutsch »level of ambition«, vorgeben. Das ist in der Tat eine, wie vom Verteidigungsminister bemerkt, »nicht gerne gehörte Paradigmenumkehr.« ►►

Empfehlungen der Weise-Kommission:

► Verschlankung

Der Umfang der Bundeswehr soll sich in Zukunft deutlich reduzieren: Die Streitkräfte selber sollen von 250.000 auf 180.000 Soldaten verringert werden. Das zivile Personal nimmt von 75.000 auf 50.000 Dienstposten ab. Im Bundesverteidigungsministerium sollen 1.500 von derzeit 3.300 Dienstposten verbleiben.

► Neuordnung

Die Truppenteile und Dienststellen der Bundeswehr sind gleich mehrfach verteilt: Einerseits gehörten sie ihren Teilstreitkräften an – also Heer, Marine, Luftwaffe, Streitkräftebasis und Zentraler Sanitätsdienst –, andererseits werden sie verschiedenen Kräftekategorien zugeteilt, sind also entweder Einsatz-, Stabilisierungs- oder Unterstützungskräfte. Diese Kräftekategorien – erst die letzte Bundeswehrreform hatte sie eingeführt – sollen nach den Vorstellungen der Weise-Kommission wieder abgeschafft werden. Sie hätten zu »einer unnötigen Komplexität geführt, aber für die Einsatzfähigkeit keinen Zugewinn gebracht«.

Daneben soll der Zentrale Sanitätsdienst als Organisationseinheit aufgelöst werden. Vor einem Jahr hatte auch der damalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, in seinen Jahresberichten harsche

Für die Weise-Kommission ließ diese Ausgangslage – Fokussierung auf den Einsatz bei verminderten Mitteln – nur einen Ausweg offen: mehr Effizienz. Bei der Beschaffung von Gerät, beim Einsatz des Personals und in der Führung. Dazu gehörte dann auch, den Gesamtumfang der Streitkräfte und der Wehrverwaltung zu reduzieren und auf die Wehrpflicht vorläufig zu verzichten. Sie binde Mittel und sei sicherheitspolitisch auf absehbare Zeit nicht mehr erforderlich.

Aber auch das Verteidigungsministerium selber müsse »von Grund auf« neu konzipiert werden, so die Kommission. Es soll kleiner werden und am Dienstsitz in Berlin konzentriert werden. Die Position der Inspektore soll dagegen deutlich gestärkt werden. Der Generalinspekteur der Bundeswehr soll in Zukunft die Rolle eines Oberkommandierenden der Streitkräfte wahrnehmen; die Inspektore der Teilstreitkräfte sollen »Befehlshaber außerhalb des Ministeriums« werden. Diese und weitere Empfehlungen nahm Minister zu Guttenberg gern entgegen. Er versprach, den Bericht zur Grundlage der Bundeswehrreform zu machen. Sein Ministerium werde dazu bis Ende Januar 2011 eigene Vorschläge machen. Eines sei für ihn, so zu Guttenberg, aber klar: Die Bundeswehr sei nicht mehr auf der Höhe der Zeit, mit kosmetischen Maßnahmen allein sei es nicht mehr getan.

Medien und Verbände nahmen die Vorschläge der Kommission positiv auf. Gleichzeitig äußerten sie aber Befürchtungen, die politi-

schen und bürokratischen Mühlen könnten die radikalen Vorschläge zerreiben. Die *Financial Times Deutschland* brachte es auf den Punkt: »der einzige Fehler dieses Dokuments, das jetzt noch in die Praxis umgesetzt werden muss«.

Größte Hürde ist die Umsetzung in die Praxis.

Diese Sorge ist berechtigt, denn auch aus sich heraus ist die Bundeswehr schwer zu reformieren: Die Organisationskultur der Bundeswehr gesteht Außenstehenden nur wenig Kompetenz zu, Reformkompetenzen sind unklar und vor allem ist die Bundeswehr reformmüde, hetzte sie doch in den vergangenen beiden Jahrzehnten von einer Strukturreform in die nächste. Das hat auch die Weise-Kommission erkannt: »Eine bloße Neuordnung läuft leicht Gefahr, mit althergebrachten Ideen und Inhalten unterlaufen zu werden.« Die Beteiligten – also die Soldaten und Zivilangehörigen der Bundeswehr – müssten vom »Warum« und vom »Wie« überzeugt werden. Deshalb empfiehlt die Kommission auch, eine »effektive Transformationsmechanik« einzurichten. Dazu gehören zentrales Projektmanagement, mess- und fühlbare Fortschritte sowie die Unterstützung durch ein externes Beratergremium. ▶▶

Kritik am Inspekteur des Sanitätswesens geäußert, denn viele Bundeswehrärzte sind mit bürokratischen Aufgaben überfordert und angesichts wiederholte Einsätze schlecht motiviert.

▶ Neue Beschaffung

»Die Truppe steht im Einsatz, und der Hubschrauber hebt nicht ab«, so lautet der erste Satz des Berichts. Die Verzögerungen beim Transporthubschrauber NH-90 sind für die Weise-Kommission beispielhaft für unzureichende Beschaffungspolitik. Die Truppe bekommt am Ende nicht mehr das, was zur Erfüllung ihres Auftrages, zum Schutz und zur Sicherheit der Soldaten erforderlich ist.

In Zukunft sollten daher keine »Goldrandlösungen« mehr gesucht werden: Ausrüstung, die auf dem Papier zwar jedem Wunsch gerecht wird, in der Realität aber die Anforderungen gar nicht oder erst nach langen Verzögerungen erfüllt. Stattdessen sollen Lösungen gesucht werden, die bereits in den Regalen der Rüstungsfirmen stehen. »Off-the-shelf« lautet die neue Beschaffungsformel.

Gleichzeitig schlägt die Kommission vor, ein neues rüstungsindustriepolitisches Konzept zu schaffen. Darin sollen zwei Ziele in Einklang gebracht werden: einerseits für die Bundeswehr die bestmögliche Ausstattung zu erhalten, andererseits rüstungstechnische Fähigkeiten und vor allem Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten.

Der Erfolg der Bundeswehrreform wird wesentlich von einer Person abhängen: Verteidigungsminister zu Guttenberg. Als beliebter »Politikstar« muss er versuchen, seine Popularität in politische Unterstützung umzuwandeln. Dabei hat er schon erstaunliche Erfolge erzielt, etwa, in dem er durchsetzte, dass auch die Christdemokraten die Aussetzung der Wehrpflicht hinnahmen – sie waren lange Zeit die letzten Befürworter dieser Wehrform gewesen.

Abhängig vom politischen Kapital des Ministers

Mit öffentlichkeitswirksamen Auftritten hat er es geschafft, das Thema Bundeswehr und Bundeswehrreform wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Zweifelloser profitiert er dabei aber auch vom großen Kontrast zu seinem glücklosen Vorgänger Franz-Josef Jung. Während sich der stets um das Wort »Krieg« herummurmelte, äußerte es zu Guttenberg es deutlich, »umgangssprachlich« zwar und »ohne völkerrechtliche Wertung«, aber immerhin; und gewann damit die Zustimmung von Soldaten und großen Teilen der Gesellschaft.

Doch es gibt auch Kritik an zu Guttenbergs Stil. Ministerialbeamte und auch einige Offiziere sollen ihm den Rauswurf des langjährigen Generalinspektors Wolfgang Schneiderhan und des Staatssekretärs Peter Wichert übelnehmen. Auch zu Guttenbergs Flug nach Afghanistan Anfang Dezember 2010 in Begleitung seiner Frau und des Talkmasters Johannes B. Kerner war umstritten. Im jüngsten Medienwirbel um die deutschen Streitkräfte haben Kommentatoren das Wort vom »Selbstverteidigungsminister« wieder aus der Schublade geholt, das zu Beginn der Kundus-Affäre schon einmal zu hören gewesen war.

Der Grat zwischen professionellem Medienmanagement und peinlicher Selbstinszenierung ist sehr schmal, das musste auch zu Guttenberg feststellen. Gerade seine Popularität muss er aber wahren, will er seine Reform im Bundeskabinett und gegenüber Bundeskanzlerin Merkel durchsetzen. »Minister Kess auf Kollisionskurs« titelte *Spiegel Online* kurz vor Weihnachten. Es bleibt zu hoffen, dass es zu keiner Kollision kommt. Das wäre ein Desaster für den Supertanker Bundeswehr. ◀◀

► Weniger Hierarchieebenen

Eine klare Erkenntnis der Strukturkommission: In der Bundeswehr herrscht alles andere als eine klare Führungsstruktur. Es gibt zu viele Hierarchieebenen und zu viele Führungsstellen, die einander gegenseitig behindern. Zuständigkeiten sind so entweder nicht klar oder gleich gedoppelt. Als Konsequenz daraus schlägt die Weise-Kommission vor, die Verantwortung für Einsätze zu bündeln im Potsdamer Einsatzführungskommando. Das »Kommando Operative Führung Eingreifkräfte« soll aufgelöst werden. Generell empfiehlt die Kommission, Querschnittsbereiche in sogenannten »Fähigkeitskommandos« zusammenzufassen und so Doppelungen zu vermeiden.

Daneben wird die Position des Generalinspektors der Bundeswehr aufgewertet. Er soll zu einem Oberkommandierenden; die Inspektoren der Teilstreitkräfte sollen als »Befehlshaber außerhalb des Ministeriums« ihm direkt unterstellt werden.

Quellen und Links:

[Vollständiger Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr vom 26. Oktober 2010](#)

[Grundsatzrede des Bundesverteidigungsministers vom 26. Mai 2010](#)

»Die Dinge kosten Geld, sind aber nötig«

Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus sprach mit ADLAS über die Folgen der Strukturreform und des Aussetzens der Wehrpflicht. Die resultierenden Anforderungen an die Nachwuchsgewinnung sieht er auch als Chance, den Dienst in der Bundeswehr attraktiver zu gestalten, wenn es dem Dienstherrn gelingt, einem Personalmangel in den Streitkräften rechtzeitig und trotz steigender Einsatzanforderungen vorzubeugen.

ADLAS: Die Bundeswehr steht vermutlich vor der größten Reform, die ihr jemals zugemutet wurde. Was ist Ihre Prognose, inwiefern den Empfehlungen der Weise-Kommission beziehungsweise des Generalinspektors gefolgt wird?

Hellmut Königshaus: Zuerst einmal: Die beiden Berichte sind ja nicht identisch, aber es gibt natürlich Überschneidungen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie wir künftigen Anforderungen, vor allem auch die, die von der Nato an uns gestellt werden, mit einer insgesamt kleineren Bundeswehr erfüllen können. Wenn man die Zahlen dann mal genauer betrachtet, die der Generalinspekteur in seiner Untersuchung genannt hat und die die Weise-Kommission vorgeschlagen hat, stellt man relativ schnell fest, dass die gar nicht so weit auseinander liegen. Die Frage, wie innerhalb dieser reduzierten Gesamtgröße die Verteilung



Soldat und Familie: Ohne die Vereinbarkeit mit dem Dienst wird die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für den Nachwuchs schwer zu vermitteln sein.

von Fähigkeiten und Personal sein soll, wird noch zu diskutieren sein. Weder die Weise-Kommission noch der Generalinspekteur haben ja gesagt, welche Fähigkeiten an welchen Standorten mit welchem Personal künftig vorgehalten werden sollen. Wie soll beispielsweise Flugabwehr in Zukunft stattfinden? Welches ist die Rolle der Landesverteidigung? Was bedeutet es für die Ausgestaltung der Streitkräfte, wenn man sagt »vom Einsatz her denken«? ▶▶

Foto: Bundeswehr/Andrea Bierenert

Das sind Fragen, die bei folgenden Schritten der Reform beantwortet werden müssen.

Das Bundesverteidigungsministerium hat seine Dienstsitze in Bonn und Berlin. Es wurde vorgeschlagen, beide Standorte in Berlin zu vereinen ...

Dazu hat der Wehrbeauftragte keine Meinung. Das ist eine rein politisch-administrative Entscheidung. Außerdem gilt das Berlin-Bonn-Gesetz, über das das Parlament, dessen Hilfsorgan ich bin und nicht dessen Vormund, zu entscheiden hat. Deshalb werde ich dazu keine Meinung äußern.

»Was bedeutet ›vom Einsatz her denken‹?«

Gibt es schon von Mitarbeitern des Ministeriums in Bonn Eingaben? Schließlich haben Sie sich ja auch die Vereinbarkeit von Familie und Dienst auf die Fahne geschrieben. Gibt es bereits Sorgen über einen möglichen Wechsel des Dienstortes?

Bisher ist ja noch nicht bekannt, ob der Dienstort gewechselt wird, daher gibt es da auch noch keine konkreten Beschwerden. Nach dem, was jüngst im Verteidigungsministerium präsentiert wurde, soll der Dienstsitz Bonn ja bestehen bleiben. Die Sorge ist eher eine ande-

re: Wenn die Weise-Kommission sagt, das Ministerium soll verkleinert werden, meint sie ja nicht, dass die Dienstposten komplett reduziert werden; sie möchte eine andere Organisationsstruktur. Was bisher als ministerielle Aufgaben bezeichnet und beschrieben wurde, würde dann eben ausgelagert und außerhalb des Ministeriums wahrgenommen. Wenn Sie mal genau hinschauen, wo der Minister im Moment seine Schwerpunkte gesetzt hat, werden Sie feststellen, dass seine unmittelbare ministerielle Umgebung logischerweise in Berlin ist. Dagegen ist vieles von dem, was eher den administrativen, den umsetzenden Teil betrifft, in Bonn. Also insofern wird in Bonn auch weiterhin eine ganz wesentliche Komponente sein, egal welches Modell dort verfolgt wird, ob das nun ministeriell bleibt oder anders bezeichnet wird. Die Sorgen gehen eher in die Richtung, dass die Mitarbeiter in Bonn eine ministerielle Aufgabe wahrnehmen und auch weiterhin entsprechend bezahlt werden, denken wir beispielsweise an die Ministerialzulage. Bisher allerdings, und darauf hat der Minister ja auch hingewiesen, ist nichts entschieden.

Gehen Sie davon aus, dass ihr Amt mit mehr Eingaben rechnen muss?

Da spekuliere ich nicht. Wenn sie kommen, werden sie selbstverständlich bearbeitet wie bisher, und wenn es dann tatsächlich Dinge gibt, die die Rechte der Soldatinnen und Solda-

Hellmut Königshaus

war nach dem bestandenen zweiten Staatsexamen im Jahr 1980 als Richter tätig. Der 60-Jährige ist seit 1985 Mitglied der FDP. Von 2004 bis 2010 gehörte er dem Deutschen Bundestag an, saß seit 2009 im Verteidigungsausschuss und ist seit dem 20. Mai 2010 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages.



Foto: Frank Ossenbrink

Quelle und Link:

[Erster Bericht des neuen Wehrbeauftragten Hellmut Königshaus vom 26. Januar 2011](#)

ten berühren, werde ich mich zu Wort melden. Aber im Moment kann ich da nichts erkennen.

Denken Sie, dass es durch das Aussetzen der Wehrpflicht schwieriger wird, die Belange der Soldatinnen und Soldaten der Gesellschaft zu vermitteln?

Das glaube ich nicht. Schon seit längerem nimmt die Zahl der Wehrpflichtigen ja von Jahr zu Jahr kontinuierlich ab. Früher, als noch nahezu jeder junge Mann Wehrdienst geleistet hat, war das noch anders. Heute leistet dagegen nur noch ein kleinerer Teil eines Jahrgangs seinen Dienst bei der Bundeswehr. Der Einfluss der Wehrdienstleistenden auf die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft hat damit seit Jahren an Bedeutung verloren. Mit dem Wegfall der Wehrpflicht wird eine andere Sache dagegen noch viel wichtiger: Die Bundeswehr muss als Arbeitgeber deutlich attraktiver werden, als sie das bisher ist. Künftig muss sie sich noch stärker als bisher auf dem Arbeitsmarkt gegen andere Arbeitgeber behaupten. Die Reform ist die große Chance, die Weichen für die Bundeswehr der Zukunft zu stellen. Ein ganz wichtiges Thema, wenn nicht das wichtigste, ist die Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Da gibt es großen Nachholbedarf. Diese Dinge sind natürlich nicht ohne Aufwand zu erreichen, sie kosten Geld, aber sie sind nötig. Sonst droht der Bundeswehr ein echtes Nachwuchsproblem.

»Der Dienst muss attraktiver werden, als er es heute ist.«

Befürchten Sie noch weitere Auswirkungen, neben möglichen Problemen bei der Nachwuchsgewinnung, die das Aussetzen der Wehrpflicht mit sich bringen könnte?

Probleme nicht, aber Folgen und Auswirkungen. Viele Dienste außerhalb der Bundeswehr – zum Beispiel Polizei, Technisches Hilfswerk, Feuerwehr – werden in erster Linie deshalb aufgenommen, weil sie als Äquivalent für den Wehrdienst gelten. Wenn die Wehrpflicht nicht mehr als »Alternative« den Anreiz bietet, sich bei der Freiwilligen Feuerwehr oder sonst wo zu engagieren, könnte es sein, dass dort Probleme entstehen. Das ist aber eine Folge, über die sich andere Gedanken machen müssen. Als Argument für die Wehrpflicht taugt das jedenfalls nicht. Man kann ja nicht die Wehrpflicht beibehalten, nur damit es die Freiwillige Feuerwehr leichter hat, Nachwuchs zu gewinnen. Das ist eine Frage, die mit einer – wie heißt es so schön – »Kultur der Freiwilligkeit« zu tun hat.

Während die Truppe in Zukunft verkleinert wird, soll die Dauer der Auslandseinsätze der Soldatin-

nen und Soldaten von vier Monaten haben und eine zweijährige Pause dazwischen nicht angerührt werden. Sie bemängeln, dass das heute schon nicht der Fall ist, sondern die Soldaten ungewollt bis zu sechs Monate im Einsatz sind ...

Bedauerlicherweise haben sich die Stehzeiten im Einsatz in weiten Teilen von ursprünglich vier Monaten schleichend auf mittlerweile sechs und mehr Monate verlängert. Ursprünglich festgelegt war eigentlich, dass die Soldatinnen und Soldaten vier Monate im Einsatz sind und dann eine Pause von knapp zwei Jahren bis zum nächsten Einsatz eingehalten wird. Dabei bedeutet zwei Jahre Pause von Einsätzen nicht, dass die Soldaten dann zu Hause bei ihrer Einheit am Standort sind und schon gar nicht im Familienurlaub. Sondern sie müssen in dieser Zeit eine Reihe von Ausbildungslehrgängen und andere Übungen durchführen. In dieser Zeit sind sie meist auch nicht zu Hause bei ihren Familien und Partnern. Ich habe Soldaten kennengelernt, die kamen aus dem Einsatz, gingen auf einen Lehrgang über mehrere Monate und wurden dann schon wieder in den Einsatz gerufen. Das sind zwar Ausnahmefälle, aber auch die gibt es und es werden nach meiner Wahrnehmung leider immer mehr. Deshalb ist es mir wichtig, dass diese schleichende, von keiner politischen Entscheidung gedeckte Verlängerung der Stehzeiten beendet wird. Wir müssen wieder zurückkommen zur ursprünglichen Regelung: vier Monate Einsatz, knapp

UMBAU DER STREITKRÄFTE

zwei Jahre Pause. Da wir derzeit bedauerlicherweise in vielen Bereichen zu wenig Soldaten haben, die in den Einsatz gehen können, ist der Ansatz der Weise-Kommission vollkommen richtig: vom Einsatz her denken. Deshalb ist ein zentrales Ziel der Reform, die Bundeswehr so umzubauen, dass wir deutlich mehr Soldaten für Auslandsmissionen zur Verfügung haben.

Wenn es jetzt eine politische Entscheidung gäbe, die reguläre Stehzeit wieder auf sechs Monate zu erhöhen, würden Sie das mittragen?

Nein, das würde ich nicht, aber ich müsste mich dem beugen. Ich bin nicht der Vormund des Parlamentes. Das Parlament hat sich bisher in dieser Richtung aber auch nicht geäußert. Ganz im Gegenteil: Alles, was ich aus dem parlamentarischen Raum gehört habe, war, dass die Abgeordneten genau meine Auffassung teilen: Mehr als vier Monate sind für den Normalfall zu viel. ◀◀

»Mehr als vier Monate im Einsatz sind zu viel.«

ANZEIGE

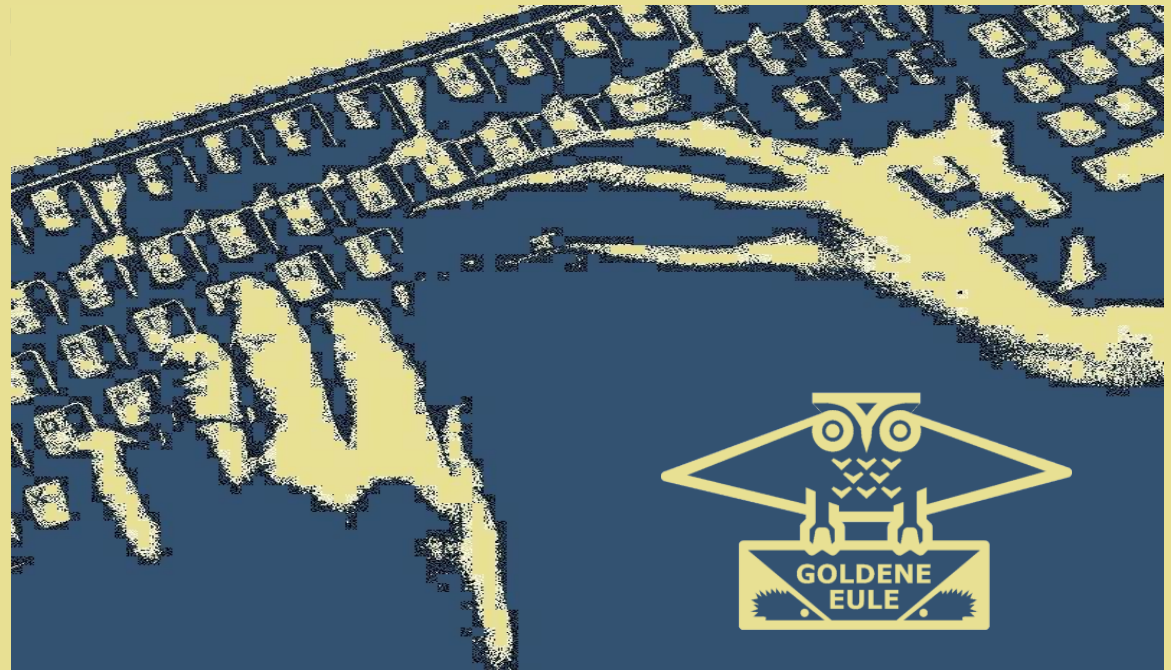
AKADEMISCHER NACHWUCHSFÖRDERPREIS GOLDENE EULE

3 mal 1000 Euro gewinnen!

Veröffentlichung in wissenschaftlichem Sammelband!

SICHERHEITSPOLITISCHE STREITKULTUR IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Ob Wiederbewaffnung Deutschlands, Atomausrüstung der Bundeswehr oder Nato-Doppelbeschluss – Sicherheitspolitik wurde in breiten Kreisen der Bevölkerung und im Bundestag seit der Gründung der Bundesrepublik lebhaft diskutiert. Worin könnten die Wurzeln für das gegenwärtige Desinteresse liegen?



Studierende und Doktoranden können ihre Arbeiten zu diesem Thema mit einem Umfang von 10.000 bis 15.000 Wörtern bis zum 1. April 2011 einreichen. Mehr Informationen unter www.sicherheitspolitik.de und oder bei nachwuchspreis@sicherheitspolitik.de anfragen



Der »Kriegs«-Minister und sein »Reform«-General: Karl-Theodor zu Guttenberg und Volker Wieker vor der Presse.

Aus der deutschen Wehrpflichtigentruppe soll eine moderne Freiwilligenarmee werden. Gefährdet das Deutschlands Bündnisfähigkeit im Rahmen von Nato und Europäischer Union? Und hängt diese wirklich nur von der Anzahl der Soldaten ab, um die gefeilscht wird? Die praktische Kooperation der Allianz im Einsatz in Afghanistan zeigt: Es hängt nicht alles von der Truppenstärke ab, sondern vor allem von der Bereitschaft zur militärischen Solidarität.

▶▶ Fachpolitiker aus allen Lagern liefen Sturm: »Wir melden uns damit von den Zusagen im Bündnis ab«, so Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Die Verteidigungsexpertin der FDP, Elke Hoff, forderte eine Korrektur der Personalstärke nach oben. Schließlich wünschte sich CDU-Verteidigungspolitiker Paul Breuer gar eine »Reform der Bundeswehrreform«. In einem Land, das die Bündnisfähigkeit innerhalb von Nato und Europäischer Union einmal zum Kern

der Staatsräson ausrief, wiegen solche Stimmen schwer.

Die Bundesrepublik ist eines der wenigen Länder Europas – neben der Türkei und Griechenland – das nach Ende des Kalten Krieges noch an der Wehrpflicht festhielt. Großbritannien beispielsweise schaffte die Wehrpflicht bereits nach dem Koreakrieg ab und die USA haben seit Ende des Vietnamkrieges eine Berufsarmee. Beide Länder sahen sich selbst als Weltpolizisten und erkannten, dass Expeditionskriege ohnehin schlecht mit Wehrpflichtarmeen zu führen sind.

Frankreich versuchte bis 1996 noch beides: eine Wehrpflichtarmee zu behalten und gleichzeitig Weltpolizist zu sein. In Indochina kämpften Berufssoldaten der »Legion Étrangère«, in Algerien dagegen die Wehrpflichtigen. Der Algerienkrieg wurde unter dem Druck der Öffentlichkeit schließlich beendet. Erst der Golfkrieg von 1991 führte Frankreich vor, wie effektiv professionelle Streitkräfte in Koalitionskriegen agieren können. Dies trug entscheidend dazu bei, dass man in Frankreich die unantastbar geglaubte republikanische Tradition der Wehrpflicht aufgab – deren Ursprung in der »Levée en Masse«, der totalen Mobilmachung, der Revolutionskriege gelegen hatte.

Die sicherheitspolitische Realität hat sich gewandelt. Ein konventioneller Angriff auf das Territorium der Bundesrepublik gilt als unwahrscheinlich. Heute wird vor allem eine breite Sicherheitsvorsorge getroffen. Krisen

und Konflikten soll frühzeitig vorgebeugt und im Ernstfall begegnet werden, um ihre Auswirkungen zu beschränken. Das schnelle und flexible Zusammenwirken ziviler und militärischer Instrumente und eine multinationale Kooperation sollen erfolgreiches Krisenmanagement ermöglichen. Zudem impliziert der erweiterte Sicherheitsbegriff, dass Deutschlands Sicherheit nicht mehr innerhalb seiner oder europäischer Grenzen, sondern allenfalls an der Peripherie der Nato oder etwa in Krisengebieten jenseits davon, etwa in Somalia, im Kongo, in Georgien oder in Afghanistan, gewährleistet werden soll.

Kartenhaus der Bündnisverflechtungen

Eine Wehrpflichtigenarmee ist also sicherheitspolitisch nicht mehr begründbar. »Die Wehrpflicht ist so ein tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet«, sagte schon 1995 der damalige Bundespräsident Roman Herzog. »Sie ist also kein allgemeingültiges ewiges Prinzip, sondern sie ist auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage.«

Dessenungeachtet beschloss das Bundeskabinett erst in seiner Klausursitzung am 7. Juni

2010, »die Strukturen der Bundeswehr an den Erfordernissen der Befähigung zum Einsatz« auszurichten. Gleichzeitig obliege dem Verteidigungsministerium auch zur Konsolidierung des Bundeshaushalts und zur Einhaltung der verfassungsrechtlich vorgegebenen Schuldenbremse beizutragen. Hardthöhe beziehungsweise Bendlerblock müssen wie alle anderen Ressorts auch den Sparzwängen des Haushalts Rechnung tragen und hat die Zielvorgabe erhalten, 8,4 Milliarden Euro einzusparen.

Nur noch »bedingt bündnisfähig« lautete das Fazit der *ARD-Tagesschau*, das diese aus dem internen 43-seitigen »Bericht des Bundesministers der Verteidigung zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur« zog. Aus diesem gehe hervor, dass die bisher gegenüber der Nato/EU eingegangenen Verpflichtungen in jedem der fünf Reform-Modelle reduziert werden müssten. Also auch im Falle des von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg favorisierten »Modells 4«, das eine Reduzierung der Streitkräfte von bisher 248.000 auf 163.500 Soldaten vorsieht. Das »Modell 4« geht zurück auf den veröffentlichten 63-seitigen »Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010«.

Die *ARD* berichtete weiter, dass es zum Beispiel Einschränkungen »bei der Beteiligung von Marineeinheiten in internationalen Einsatzverbänden und bei Landeinsätzen« gebe. Mehr als zwei gleichzeitig laufende Landope-

rationen seien ebenso wenig möglich. Neben Afghanistan und Kosovo wären folglich Missionen wie die der EU im Kongo 2006 nicht durchführbar. Auch die physische Präsenz in internationalen Hauptquartieren und Stäben wäre demnach nur eingeschränkt möglich, da für die Entsendung von Offizieren schlicht und einfach das Personal fehle.

Am 1. September stellte zu Guttenberg den Bericht des Generalinspektors Volker Wiekert den Verteidigungsausschüssen von Bundestag und Bundesrat vor. Darin ist von Abstrichen bei der Bündnisfähigkeit Deutschlands in diesem Wortlaut keineswegs die Rede. Das Modell 4 sieht neben 156.000 Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit noch 7.500 »freiwillig Wehrdienstleistende« vor. Von den 163.500 Soldaten seien 133.500 für Auslandseinsätze einplanbar. Insgesamt erfülle das Modell 4 »die Anforderungen an die durch die Bundeswehr zu erbringenden Fähigkeiten und Einsatzleistungen in verantwortbarer Weise«. Das Ziel, mindestens 10.000 Soldaten statt bislang rund 7.000 in lang anhaltende Dauereinsätze zu schicken, wäre somit erreicht, denn »für zeitlich begrenzte Einsätze können auch deutlich mehr als 10.000 Soldatinnen und Soldaten bereitgestellt werden«.

Es werde zwar, so der Wiekert-Bericht weiter, eine Verringerung der Beteiligung an multinationalen Stäben und Hauptquartieren geben, allerdings nur »in einem der zu erwartenden Reduzierung dieser Einrichtungen zu vereinba-

UMBAU DER STREITKRÄFTE

rendem Maß«, da auch andere Nationen mit Streitkräftereduzierungen planen. Die Verpflichtungen innerhalb der Nato Response Force und der EU Headline Goals könnten eingehalten werden. Zudem handele es sich bei dem Modell 4, wie es zu Guttenberg in seiner Rede zum Haushaltsentwurf 2011 verdeutlichte, um einen »absoluten Mindestumfang«: »Er darf nicht geringer und er kann durchaus höher ausfallen« als die veranschlagten 163.500 Soldaten.

Mit dem Bericht der Strukturkommission, den Frank-Jürgen Weise am 26. Oktober dem Verteidigungsminister übergab, ist seither vielmehr die Rede von mindestens 180.000 Soldaten. Schon allein weil Aufgaben, die sich aus gesamtstaatlichen Verpflichtungen wie parlamentarischer Flugbetrieb, Sportförderung sowie ministeriellen Aufgaben ergeben, nicht berücksichtigt wurden.

Rotes Licht aus Berlin

Ist nun die endgültige Anzahl der Soldaten im Rahmen der Gesamtreform wirklich so ausschlaggebend für die Bündnisfähigkeit? Karl-Heinz Kamp, Forschungsdirektor des Nato Defense College in Rom, ist der Meinung, es sollte unterschieden werden zwischen nackten Streitkräftezahlen und Fähigkeiten. Soldaten müssten zunehmend in der Lage sein, Operationen polizeilichen Charakters zu übernehmen

Die Bundeswehr im Überblick:

	1990	2000	2010
aktive Truppenstärke gesamt	469.000	321.000	250.500
Dauer der Wehrpflicht	15 Monate	10 Monate	6 Monate
Stärken der Teilstreitkräfte			
Heer	308.000	221.100	163.900
Luftwaffe	106.000	73.300	62.200
Marine	32.000	26.600	24.400
Heeresstruktur	12 Divisionen mit: 17 Panzer-Brigaden 11 Panzergrenadier-Brigaden 3 Fallschirmjäger-Brigaden 1 Gebirgsjäger-Brigade	9 Divisionen mit: 9 Panzer-Brigaden 7 Panzergrenadier-Brigaden 2 Fallschirmjäger-Brigaden 1 Gebirgsjäger-Brigade 1 Spezialkräfte-Brigade 1 Infanterie-Brigade	5 Divisionen mit: 2 Panzer-Brigaden 3 Panzergrenadier-Brigaden 2 Fallschirmjäger-Brigaden 1 Gebirgsjäger-Brigade 1 Spezialkräfte-Brigade 1 Infanterie-Brigade
Anzahl der Soldaten im Auslandseinsatz	-	7.700 (haupts. KFOR)	8.100 (haupts. ISAF)
davon reines UN/EU-Peacekeeping	-	2.400 (haupts. SFOR)	600 (haupts. UNIFIL)
Kampfpanzer (davon 3. Generation) **	5.000 (2.000)	2.800 (1.800)	1.400 (1.000)
Kampfflugzeuge (davon 4. Generation) ***	670 (300)	540 (340)	300 (230)
Transporthubschrauber	400	350	280
Fregatten und Zerstörer	14	14	15
Verteidigungsausgaben* insgesamt	31,0 Mrd. US-Dollar	31,1 Mrd. US-Dollar	33,0 Mrd. US-Dollar (2009)
Verhältnis der Verteidigungsausgaben* zum BIP	2,3 Prozent	1,6 Prozent	1,5 Prozent (2009)

Quellen: The Military Balance; SIPRI Yearbook

* 1990 Verteidigungsbudget ** KSE-Meldungen *** einschl. Ausbildungseinheiten

– sei es für klassische Peacekeeping-Aufgaben, für humanitäre Hilfsaktionen, für Friedenssicherung oder für nichtmilitärische Polizeiasistenzaufgaben.

Darüber hinaus hebt Kamp hervor, dass der deutsche Einfluss innerhalb der Nato und der EU sich nicht allein aus der Größe der Bundeswehr ergebe. Viele Verpflichtungen stünden hauptsächlich auf dem Papier. So manche »Bündnis-Einheit« wurde schlicht und einfach mehrfach gemeldet. So würden Soldaten gleichzeitig für die Battlegroups der EU, als auch für die NRF oder die Standby Forces der Vereinten Nationen geführt. Nur wenn sich EU, Nato und UN entschieden, auch gleichzeitig und unabhängig voneinander in verschiedenen Krisenregionen einzugreifen, fiel das Kartenhaus in sich zusammen.

Aber entstehen Zweifel an der Bündnisfähigkeit eines Landes nicht eher, wenn bei einer Personalstärke von 248.000 Männern und Frauen nur maximal vier Prozent der Streitkraft einsatzfähig sind? Oder wenn Verbündete in einem Gebiet mit kriegsähnlichen Zuständen um Hilfe ersuchen, ihnen diese aus politischen Gründen aber verweigert wird?

Während der Operation »Medusa« in Afghanistan im September 2006 bat der ISAF-Kommandeur David Richards um Unterstützung von verbündeten Kampftruppen, weil kanadische Einheiten im Süden in schwere Bedrängnis geraten waren. Der deutsche Kontingentführer habe laut *Spiegel* daraufhin mitge-

teilt, er habe zwar Soldaten, die er schicken könne, bekomme aber aus Berlin keine Erlaubnis dafür. Es starben in der Folge 28 Soldaten der Koalitionstruppen, davon 12 Kanadier und 14 Briten. Solche Zurückhaltung und die fort-dauernde deutsche Debatte um die Benennung des Kampfeinsatzes, während US-Amerikaner, Briten, Niederländer, Kanadier und Dänen sich im Süden Afghanistans heftigen Gefechte mit den Aufständischen lieferten, brachten Deutschland bei seinen Bündnispartnern den Vorwurf der mangelnden Risikoteilung ein.

Zu Guttenberg schließlich bezeichnete den Afghanistan-Einsatz erstmals als »Krieg« und beendete somit diese Diskussion. Er forderte eine Reform hin zu einer leistungsfähigeren Berufsarmee. Dafür gab es dann von den Bündnispartnern Lob und Anerkennung. Das Motto der Führungsakademie der Bundeswehr »mens agitat molem – der Geist bewegt die Materie« bekommt somit im Zuge der Bundeswehrreform neue, politische, Bedeutung: Bündnisfähigkeit entsteht nicht in erster Linie durch eine Ansammlung von Truppen sondern vor allem und zuerst in den Köpfen. ◀◀

Jéronimo Louis Samuel Barbin hat *Internationale Beziehungen in Dresden und Lausanne, Intelligence Studies in Aberystwyth* studiert.

Quellen und Links:

[Bericht des Generalinspektors vom 1. September 2010 zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni](#)

[Kommentar von Karl-Heinz Kamp in der *Financial Times Deutschland* vom 3. September 2010 »Weniger Soldaten, mehr Gewicht«](#)

[Bericht der *Tagesschau* vom 26. August 2010 zum internen Bericht des Verteidigungsministers](#)

[Michael Gebauer und Severin Weiland im *Spiegel* vom 17. November 2006 über die britisch-amerikanische »Kritik-Kampagne« gegen Deutschland](#)

UMBAU DER STREITKRÄFTE

Ein Umbau der Bundeswehr genügt nicht. Der christdemokratische Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter schlägt eine Anzahl normativer Kriterien für eine verantwortungsbewusste deutsche Außenpolitik vor. Das Konzept nennt er »operative Außen- und Sicherheitspolitik«, an Ergebnissen und Erfolgen orientiert. Die Vorschläge bedeuten einen Umbau auch für die Regierungs- und Parlamentspraxis der Bundesrepublik: von der Einrichtung eines föderalen Sicherheitsberaters bis zu einer ganzheitlichen Kommunikationsstrategie der Bundesregierung.

Reform beginnt an der Spitze



Foto: Bundeswehr/Andrea Bienert

Afghanistan-Mandatsabstimmung im Bundestag: Das Parlament benötigt eine neue Kommunikationsstrategie für die komplexen Zusammenhänge der deutschen Auslandseinsätze.

►► Ziel erfolgreicher Sicherheitspolitik ist Sicherheit in Frieden, Freiheit und Wohlstand – eine zunehmend schwieriger werdende Aufgabe im Zeitalter der Globalisierung. Karl Jaspers hat einmal gesagt: »Frieden ist nur in Kooperation, nie in Konfrontation.« Bei aller Freude an zugespitzten Formulierungen, um Positionen herauszuarbeiten, zeichnet unsere deutsche sicherheitspolitische Debatte im Großen und Ganzen Übereinstimmung in den Grund-

linien aus. Das lässt sich besonders durch die kooperativen Aspekte des gesellschaftlichen Diskurses erreichen. Vielleicht gab es deshalb in den vergangenen Jahrzehnten nur in wenigen Fragen, wie zum Beispiel bei der Wiederbewaffnung oder beim Nato-Doppelbeschluss, wahrnehmbaren deutlichen Dissens in der gesellschaftlichen sicherheitspolitischen Debatte. Mein Eindruck ist aber auch, dass der offensichtlich gesicherte Wohlstand das

erforderliche harte Ringen um Frieden und Freiheit in den Hintergrund drängt und es den sogenannten Fachleuten überlässt.

Für die Zukunft ist es deshalb besonders wichtig, sicherheitspolitische Trends frühzeitig zu erkennen und in die Diskussion zu bringen. Fragen wie Abrüstungspolitische Ziele und der Weg dorthin oder die Energieversorgungs-, ja Ressourcensicherheit und die praktische Umsetzung vernetzter Sicherheit auch mit Blick

auf Ressortzuständigkeit dürften drängende Themen werden, die frühzeitig politischer Lösungswege bedürfen.

Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik ist interessengeleitet und werteorientiert. Sie hat sich kontinuierlich über alle Regierungen hinweg als innenpolitisch konsensorientierte aktive Friedenspolitik ausgezeichnet. Dabei bleiben Deutschlands Integration in die westliche Wertegemeinschaft, über die Europäische Union und Nato, ebenso unstrittig, um unsere Werte und Interessen zu vertreten. Wir setzen uns für fairen Handel und den freien Zugang zu den Weltmärkten ein. Eine gute Nachbarschaftspolitik auf dem eurasischen Kontinent, insbesondere zu Russland, ist für uns auch mit Blick auf unsere bewegte Geschichte zwingend, ebenso wie die Aussöhnung im Nahen Osten. Aktive Friedenspolitik erfordert es, prekäre Staaten nachhaltig zu stabilisieren, vor allem wenn, wie im Kosovokrieg, das Völkerrecht massiv verletzt wurde; oder wenn, wie seit 2001 in Afghanistan, die internationale Sicherheit – und damit auch die Sicherheit Deutschlands – entscheidend gefährdet ist.

Dabei sind die politischen Interessen unseres Landes vor jedem Engagement zu bewerten und auch während der Friedenseinsätze laufend zu überprüfen. Nicht in jedem Fall ist eine deutsche Beteiligung in Form ziviler oder militärischer Hilfe erforderlich oder geboten. Beispielsweise engagierte sich die EU 2008 im Tschad unter Frankreichs Führung – ohne deut-

sche Beteiligung. Unsere nationalen Interessen sollten messbar sein, das heißt anwendungsorientiert formuliert werden, und mindestens einmal jährlich im Parlament debattiert werden. Einige grundlegende Kriterien sollten es erleichtern, Prioritäten für eine verantwortungsbewusste, operative – also an Ergebnissen und Erfolgen orientierte – Außenpolitik zu setzen.

Unsere nationalen Interessen müssen messbar sein.

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sollte ganzheitlich und vernetzt vorgehen. Dazu soll das gesamte zur Verfügung stehende Spektrum präventiver wie auch durchführungsorientierter Mittel – sprich zivile wie militärische und auch nachrichtendienstliche Instrumente – eingesetzt werden. Dabei ist es notwendig, »kulturelle Kompetenz«, so genannte »cultural awareness«, auszubilden und Expertisen bezüglich sprachlicher, historischer, geografischer und geopolitischer Kontexte bei der Arbeit zu berücksichtigen. Um »gute Regierungsführung« nachhaltig zu fördern – sprich staatliche Autorität herzustellen und Korruption zu bekämpfen –, Sicherheit militärisch und polizeilich zu gewährleisten

und den Wiederaufbau, insbesondere durch Bildung und Wirtschaftsförderung, voranzutreiben, gilt es nicht nur die vorhandenen, sondern die bestmöglichen Mittel und Fähigkeiten bereitzustellen. Dies ist mit einer umfassenden Finanzplanung zu unterlegen. Das ist insbesondere bei der Ausstattung des Militärs wichtig, da es sich hier in der Regel um den finanziell aufwändigsten, aber bei drohendem Versagen auch öffentlichkeitswirksamsten Faktor handelt.

Um Sicherheit, Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu stärken, sollte Deutschland dennoch in erster Linie zivile und entwicklungspolitische Instrumente zur Krisenprävention und -bewältigung einsetzen. Nur wenn diese Mittel versagen und diplomatische Verhandlungen erfolglos bleiben, muss geprüft werden, ob militärische Mittel eingesetzt werden. Dabei sollen – entsprechend dem bisherigen Konsens deutscher Außenpolitik – militärische Alleingänge grundsätzlich ausgeschlossen sein.

Werden militärische Mittel eingesetzt, um politische Ziele abzusichern oder gravierende Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, soll, wenn immer dies möglich ist, ein Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zugrundeliegen – Ausnahmen sind die Befreiung deutscher Staatsbürger im Notfall und die Geiselnbefreiung. Ein klares völkerrechtliches Mandat wie zuletzt beim ISAF-Einsatz in Afghanistan gewährleistet internationale Glaubwürdigkeit und ermöglicht effektive Lastentei-

lung. Deutschland soll sein Militär abgestimmt mit supranationalen Organisationen wie den UN, der EU, der Nato oder der OSZE entsenden. Im Krisenfall ist im Rahmen internationaler Konsultationsmechanismen frühzeitig zu prüfen, welche Organisation bestmöglich geeignet ist, um der Krise umfassend und nachhaltig zu begegnen.

Regierung und Parlament legen »benchmarks« für die Auslandseinsätze der Bundeswehr fest.

Gerade der laufende Afghanistan-Einsatz zeigt, wie wichtig es für die 47 an der ISAF mitwirkenden Staaten wäre, sich regelmäßig abzustimmen. Einsätze, insbesondere, wenn sie sich über längere Zeiträume erstrecken und erhebliche Opfer fordern, können die eigenen Kräfte überfordern und dazu führen, dass sie von der jeweiligen Öffentlichkeit abgelehnt werden, ja auch zu Regierungskrisen und vorzeitigem Rückzug von Partnern führen. Somit ist von Anfang an eine enge und regelmäßige

Kommunikation aller Beteiligten notwendig. Dies könnte beispielsweise mittels Regional-konferenzen der beteiligten Staaten in bestimmten Einsatzregionen erfolgen.

Darüber hinaus sollten auch laufende Gespräche mit den Anrainerstaaten in der Krisenregion geführt werden. Diese Konsultationen können mittelfristig zu regionalen Kooperationen und langfristig auch zu stabilisierenden Bündnissen im Sinne einer aktiven Friedens- und Verhandlungspolitik führen. Die Chance dazu sollte zumindest von der internationalen Gemeinschaft ausgelotet werden, um regionale Sicherheit durch regionale Akteure zu schaffen und die internationale Gemeinschaft nach erfolgreichem Einsatz zu entlasten. Aufgrund bekannter historischer Gegebenheiten war dies beim Kosovo-Krieg vom März bis Juni 1999 nicht möglich. Die Bundesrepublik engagierte sich mit der Bundeswehr erst, als sämtliche diplomatische Mittel bereits versagt hatten.

Dazu sollten auch frühzeitig Ziele festgelegt werden, die erreicht sein müssen, um das internationale Engagement wieder beenden zu können. Diese Ziele sind gleichfalls völkerrechtlich zu mandatieren, bevor das Engagement beginnt. Für jeden signifikanten Auslandseinsatz der Bundeswehr sollten auch Regierung und Parlament in Berlin Erfolgsfaktoren in Form von »benchmarks« festlegen, die es der Politik erlauben, Fortschritte wie Rückschläge des Einsatzes zu messen, um gegebenenfalls auch zeitgerecht nachsteuern zu kön-



Foto: Deutscher Bundestag/H. J. Müller

Roderich Kiesewetter

stammt aus Baden-Württemberg und ist seit 2009 direkt gewählter CDU-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Aalen-Heidenheim. Er arbeitet unter anderem als stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. In der CDU ist er Mitglied im Bundesfachausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik. Der ehemalige Nato-Generalstabsoffizier ist zudem Stellvertreter des Präsidenten des Reservistenverbandes der Bundeswehr.

nen. Des Weiteren sollte es neben militärischen Mandaten auch zivile Mandate, beziehungsweise im Sinne der vernetzten Sicherheit Gesamtmandate, immer dann geben, wenn zivile Organisationen umfassend durch Bundesmittel in den Einsatzgebieten finanziert werden. Dies wird in der Regel bei Beteiligung von Regierungsorganisationen der Fall sein.

Beispiele wie die UNOSOM-I- und II-Einsätze in Somalia Anfang der 1990er Jahre zeigen, dass internationales Engagement, wenn es beendet wird, der Nachsorge bedarf. Demnach wäre es vorausschauend, international Mittel für die Nachsorge bereitzuhalten. Um die Zahlungsmoral zu erhöhen sollte deutlich gemacht werden, was auf dem Spiel steht: Bereits bei Beginn eines Einsatzes sollten der mögliche Fall des Scheiterns mit bedacht und mögliche Konsequenzen taxiert werden.

Um aus bisherigen Fehlern und Erfolgen Schlüsse ziehen zu können – Stichwort: »lessons learned« –, sollte jeder Auslandseinsatz umfassend dokumentiert werden. Diese Daten sollten der operativen Politik des eigenen Landes wie auch den internationalen Partnern und Organisationen für nachfolgende Prozesse oder künftige Einsätze aufbereitet werden, damit nicht jedes Mal »das Rad neu erfunden« werden muss.

Auch die Synapsen im institutionellen Gefüge der Bundesregierung sollten stimuliert werden, um das »institutionelle Gedächtnis« zu verbessern. Bisher werden die militärischen

Einsätze vom Einsatzführungsstab des Verteidigungsministeriums geführt, das Experten aus dem Auswärtigen Amt, dem Innenministerium, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Finanzministerium hinzuzieht. Ihrerseits verfügen das BMVg, das Auswärtige Amt und das BMZ über eigene Lagezentren. Um die Handlungsinstrumente im Bereich der Krisenprävention, der Entwicklungspolitik, der zivilen und militärischen Krisenbewältigung besser zu koordinieren, sollte die Federführung in der Exekutive entweder im Auswärtigen Amt oder besser im Bundeskanzleramt angesiedelt werden. Der im Bundeskanzleramt installierte Bundessicherheitsrat könnte zwar bei der Koordination helfen, er kommt bislang aber nur anlassbezogen zusammen. Im Sinne einer ganzheitlichen, kohärenten Außen- und Sicherheitspolitik wäre es zweckmäßig, auf Ebene des Bundeskanzleramts einen übergreifenden Lage-, Koordinierungs- und Entscheidungsstab einzurichten.

Dieser Stab könnte mit einem nationalen oder föderalen Sicherheitsberater verknüpft werden, um vier wichtige Aufgaben zu erfüllen: Erstens könnte damit die Beteiligung Deutschlands an laufenden internationalen Einsätzen besser koordiniert werden. Zweitens könnten internationale Entwicklungen, zum Beispiel Migration, Technologien oder Ressourcen, beobachtet und analysiert werden. Eine Verbesserung der internen Expertise

würde zudem, drittens, die Kooperation mit externen Think-Tanks im In- und Ausland fördern, um die Trends noch besser einschätzen zu können. Schließlich könnte, viertens, dieser Stab einen wertvollen Beitrag für eine nationale Kommunikationsstrategie leisten, geht es doch darum, komplexe Einsätze im Ausland zu erklären und nationale Interessen der Bevölkerung zu vermitteln.

Wir sollten bereits bei Beginn ein Scheitern mit bedenken.

Bei allen Einsatzüberlegungen sollte von Beginn an eine integrierte Kommunikationsstrategie mitgedacht werden, die differenziert, also zielgruppengerecht an die eigene Bevölkerung, internationale Gemeinschaft und die Öffentlichkeit im jeweiligen Einsatzgebiet gerichtet ist. Insbesondere die eigene Bevölkerung ist, vorzugsweise in einem gesamtgesellschaftlichen Dialog, frühzeitig über die Ziele und Instrumente des deutschen beziehungsweise internationalen Engagements zu informieren und über die Chancen und erst recht Risiken aufzuklären. ▶▶

In einem parlamentarischen Regierungssystem wie dem der Bundesrepublik Deutschland ist das die genuine Aufgabe des Bundestags. Der Bundestag hat nicht nur die Rolle, den Willen des Volkes zu vertreten und die Regierung – unter anderem auch über die Haushaltsbewilligung – zu kontrollieren und damit zur Verbesserung der Regierungsleistungen beizutragen. Indem Abgeordnete helfen, Entscheidungen zu erläutern und Fortschritte zu kommunizieren, tragen sie letztendlich auch zur Legitimation bei: der gemeinhin gehegten Auffassung in der Bevölkerung, dass die Regierung Unterstützenswertes leistet.

Im Bundestag sollte rasch mit einer Diskussion unserer sicherheitspolitischen Interessen begonnen werden, um damit eine gesamtgesellschaftliche Debatte anzuregen. Das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik aus dem Jahre 2006 sollte von der Bundesregierung künftig jährlich fortgeschrieben werden, nicht zuletzt um diese Debatte zu fördern.

Das Haushaltsbewilligungsrecht gibt den Abgeordneten ein Mitgestaltungspotenzial, um die erforderlichen Mittel für die Auslandseinsätze zur Verfügung zu stellen und diese nach allgemein nachvollziehbaren Kriterien zu gewähren. Damit kann auch jährlich geprüft werden, ob die jeweiligen Einsätze der deutschen »Parlamentsarmee« im nationalen Interesse liegen. Ähnliche Debatten könnten auch mit Blick auf das Engagement von Polizeikräften sowie Regierungsorganisationen wie der

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit oder des Technischen Hilfswerks im Bereich der Entwicklungspolitik und zivilen Aufbauhilfe geführt werden. Schließlich wäre es auch dem Bundestag möglich, sich selbst besser zu organisieren.

Analog zum Aufbau des Stabes im Bundeskanzleramt könnte auch die Ausschussorganisation des deutschen Parlaments entsprechend angepasst werden, um einsatzbezogene, übergreifende Ausschussarbeit leisten zu können. Damit bliebe der Deutsche Bundestag auf der Höhe der Zeit und könnte den hohen Anforderungen an eine »operative Außenpolitik« im beschleunigten Zeitalter der Globalisierung und asymmetrischer Gefahren gerecht werden. ◀◀

**Das Weißbuch zur
Sicherheitspolitik
kann jährlich
fortgeschrieben
werden, um die
Debatte zu fördern.**



Illustration: mmo

Zwanzig Jahre nach Ende des Kalten Krieges streben neue Militärmächte an die Spitze, die alten in Europa müssen sich anpassen oder bleiben im Hintertreffen. Im Zeitalter der Globalisierung und Proliferation wandeln sich Streitkräfte weltweit – und immer schneller. Ein Überblick.

▶▶ Die Friedensdividende ist aufgebraucht. Zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer und der Selbstauflösung des Warschauer Paktes herrscht in Europa echter Frieden, aber von den Hoffnungen der 1990er Jahre scheint wenig übrig geblieben, wenn man den Blick nach außen richtet. Während in Europa jetzt die Finanzkrise die Militäretats weiter schrumpfen lässt, steigen die globalen Rüstungsausgaben, aufstrebende Regionalmächte wie Indien oder Brasilien schließen zu den alten Kolonial- und Mittelmächten Frankreich und Großbritannien auf, während die Volksrepublik China sich anschickt, Russland als Supermacht links liegen zu lassen. Regime wie im Iran oder in Nordkorea bedrohen zudem ihre Nachbarn mit unkontrollierten nuklearen Ambitionen. Staatenzerfall und Terrorismus lauern in der so genannten Dritten Welt – mit direkten und indirekten Folgen für den Westen.

Auf die aufgebrauchte Friedensdividende ...

Dabei muss der Blick von Deutschland, der Insel des Friedens, gar nicht weit in die Ferne schweifen. Auch für europäische Partner sind nach dem Ende des Kalten Krieges – neben den so oft heraufbeschworenen neuen asymmetrischen Bedrohungen, die oft so neu gar nicht sind – rein konventionell militärische Heraus-

forderungen erwachsen oder gar geblieben. Norwegen und das Baltikum trauen dem Frieden mit dem großen Nachbarn Russland nicht ganz. Die baltischen Staaten unterstützt die deutsche Luftwaffe mit einer regelmäßigen Luftraumpatrouille – wie sie auch das scheinbar wehrlose Island von der Nato in Anspruch nimmt. Dabei hält die Allianz allein schon mangels Masse der einzelnen Mitglieder zusammen – die Streitkräfte der Staaten West- und Zentraleuropas sind seit 1990 teils um ein mehrfaches geschrumpft, kaum eine basiert noch auf der Wehrpflicht.

Zwar steht der globale Trend gegen das Rekrutenheer – selbst Russland und China, die einst auf Massenarmeen gesetzt haben, professionalisieren und verkleinern ihre Streitkräfte –, aber in Krisenregionen bleibt die Wehrpflicht eine wichtige strategische Reserve. Die demokratischen Rivalen Türkei und Griechenland verzichten darauf genauso wenig wie das bedrohte Israel oder die arabischen Diktaturen. Deren Armeen sind häufig nicht nur Machtbasis der Regime, sondern auch ein Mittel zur Kontrolle der eigenen unzufriedenen Bevölkerungen. Auf die Spitze getrieben hat dieses Prinzip allerdings Myanmar: Die burmesischen Generäle haben die viertgrößte Landstreitmacht der Welt aufgebaut und erst in diesem Januar die allgemeine Wehrpflicht in dem südostasiatischen Vielvölkerstaat eingeführt.

Währenddessen dreht sich die Rüstungs- und Technologiespirale weiter. Die »revolution

in military affairs«, hat den globalen Vorreiter, die Streitkräfte der USA, innerhalb von zwei Jahrzehnten und drei Kriegen vollkommen umgekrempelt. Die enormen militärtechnologischen Fortschritte Amerikas seit den 1980er Jahren halten viele auch für die adäquate militärische Antwort auf Gefahren wie den internationalen Terrorismus und die »neuen Kriege«.

... folgt eine neue Unübersichtlichkeit.

Andere Armeen eifern dem Vorbild nach und werden in globalisierten Handelsplätzen fündig. Denn das Ende des Wettrüstens zwischen Ost und West hat die internationale Konkurrenz auf dem Rüstungsmarkt nur belebt: Die Hersteller von Verteidigungsgütern aus Westeuropa, Russland und den USA sind mehr denn je auf ihre Verkäufe in Übersee angewiesen, und den neuen Mächten ist es gelungen, eigene potente Waffenschmieden aufzustellen.

Die Folge aller dieser Entwicklungen: Auf der ganzen Welt transformieren sich Streitkräfte, wenn die geopolitische Lage es bedingt oder die wirtschaftliche Lage erzwingt, in immer geringeren Zeitabständen. Auch die Armeen in den Ecken des Globus, die in alten Konflikten – der Kalte Krieg im westlichen Pazifik und der arabisch-israelische Konflikt im Nahen Osten – stecken geblieben scheinen,

wandeln sich allmählich. Die Globalisierung des europäischen Modells von Streitmächten war so erfolgreich wie die Idee des Nationalstaats – aber im 21. Jahrhundert ist daraus eine neue Unübersichtlichkeit geworden. Keine Armee, keine Struktur, keine Wehrform gleicht der anderen und die Bemühungen, mit Hilfe von Statistiken Vergleiche anzustellen, sind vergeblich.

Der ADLAS will ein wenig Ordnung in das Chaos bringen. Wir typologisieren mit zehn Beispielen einige der Streitkräfte der Gegenwart. Die vorgestellten Exempel reichen von der Hauptstütze des ehemaligen Systems Mubarak bis zur heimlichen Marine Islands, von den treuen »Wächtern« der Revolution Ayatollah Khomeinis bis zu den Selbstzweifeln der Eidgenössischen Armee. **mmo**

ÄGYPTEN

Armee statt Arbeitslose

Seit 1952 die »Freien Offiziere« die Monarchie am Nil zu Fall brachten, ist in Ägypten das Militär eng mit dem Staat verwoben, die personelle Vernetzung von Militär, Staatsapparat und Wirtschaft Ausdruck der besonderen his-

torischen Rolle der Streitkräfte – nach innen wie nach außen. Obwohl der Friedensschluss mit Israel 1979 Ägypten das wichtigste Feindbild nahm, war aber eine echte Zäsur für die Armee bereits die politische Entscheidung von Präsident Anwar as-Sadat vor dem Oktoberkrieg von 1973 gewesen, das strategische Bündnis mit der Sowjetunion aufzukündigen und sich den USA anzunähern. Die Friedensdividende, die Kairo dann von dem Ausgleich mit Israel erhielt, war so auch keine echte Abrüstung, sondern die Umrüstung vor allem auf amerikanische Waffensysteme.

Innenpolitisch erfüllte das Militär bis heute noch zwei entscheidende Funktionen: Erstens bildeten die Streitkräfte die vielleicht wichtigste Stütze des Mubarak-Regimes. Die seit 1981, dem Jahr der Ermordung Sadats, geltenden Notstandsgesetze ermöglichen einen Einsatz der Armee im Inneren. In der Vergangenheit war die Armee wiederholt gegen Regimegegner vorgegangen. Zweitens ist das Militär für Ägypten, mit einer offiziellen Arbeitslosenrate von zehn Prozent und einer Armutsquote von zwanzig Prozent, einer der wichtigsten Arbeitgeber. Das rasante Bevölkerungswachstum und die hohe Beschäftigungslosigkeit sind Nährboden für soziale Unzufriedenheit gerade bei jungen Männern. Der dreijährigen Wehrpflicht für alle männlichen Ägypter ab achtzehn Jahren diente bis vor kurzem als Ventil, um Druck vom Arbeitsmarkt zu nehmen und die Jugend im Sinne des Regimes zu formen. ▶▶

Streitkräfte im Überblick, zehn Beispiele:

ÄGYPTEN

Armee statt Arbeitslose S. 26

IRAN

Aus der Revolution geboren S. 27

ISRAEL

Besatzungspanzerarmee S. 28

ISLAND

Es geht auch ohne S. 29

JAPAN

Pazifistische Militärmacht S. 30

NORWEGEN

Heimatverteidigung, fortgesetzt S. 31

RUSSLAND

Großväterchens Armee S. 32

SCHWEIZ

Milizarmee in der Sinnkrise S. 33

SÜDKOREA

Kampfgeist für einen Kalten Krieg S. 33

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE

Von Scheichs und Söldnern S. 35

Bis zur »Nil-Intifada« im Februar 2011 hat dieses Prinzip funktioniert.

Vor allem diese Umstände erklären, dass sich Ägyptens Armee trotz des Friedens mit Israel kaum grundlegend gewandelt hat. Die Mannstärke der regulären Streitkräfte – mit über 460.000 immer noch die elftgrößten der Welt – ist seither mehr ein Ausdruck des innen- als des außenpolitischen Bedarfs. Bezeichnend für diesen Zweck ist ebenso die Größe der berüchtigten, paramilitärisch organisierten »Zentralen Sicherheitskräfte«, die dem unbeliebten Innenministerium unterstellt sind: Mit geschätzt knapp 400.000 Angehörigen sind sie sogar zahlenmäßig noch stärker als das Heer, wenn auch leichter ausgerüstet. Sie waren aber der institutionalisierte Beweis dafür, dass das Instrument Streitkräfte für das alte Regime zweierlei leistete: Arbeitslose von der Straße zu holen, die notfalls im Straßenkampf gegen andere Arbeitslose eingesetzt werden. Dass sich Ägypten trotz seiner wirtschaftlichen Probleme neue Waffentechnologie leistet, als einziges arabisches Land eigene Überwachungssatelliten besitzt, muss aber nicht verwundern. Solche Anschaffungen wurden bislang von der großzügigen Militärhilfe der USA in Höhe von rund 1,3 Milliarden US-Dollar jährlich finanziert.

Einen echten Umbau der ägyptischen Streitkräfte wird es nicht geben, solange Staat und Militär so eng miteinander verknüpft bleiben: Noch dient die Armee nicht nur als Beschäftigungsmaßnahme, sondern fungiert seit

dem Sturz von Hosni Mubarak als wichtigster, wenn nicht sogar einziger, innenpolitischer Stabilisator. An der dominanten Rolle des Militärs wird sich vorerst nichts ändern.

Einstweilen bleibt vermutlich auch die Spitzenstruktur der Streitkräfte byzantinisch: Luftmarschall Hosni Mubarak war bis zu seinem Rückzug vom Präsidentenamt nominell »oberster Befehlshaber«, der Verteidigungsminister Feldmarschall Muhammad Hussein Tantawi ist »Oberbefehlshaber«. Beim Stabschef des Heeres, direkt unter dem Verteidigungsminister, bündeln sich die Fäden der Befehlskette, denn ihm sind zugleich Luftwaffe, Marine und Luftverteidigung unterstellt. Zurzeit bekleidet Generalleutnant Sani Anan diesen Posten, unbestätigten Meldungen zufolge hatte er auf den Stuhl des seit 1991 amtierenden, inzwischen 75-jährigen Tantawi nachrücken sollen. Nach der Regierungsübernahme durch den »Militärrat«, einer Art uniformierten Notstandsregierung, die zuletzt während des Oktoberkrieges 1973 zusammengetreten war, unter der Leitung Tantawis aber eine bis auf weiteres unwahrscheinliche Aussicht.

Über Tantawi und Anan ist – wie so oft bei öffentlich zurückhaltenden Spitzenmilitärs – relativ wenig bekannt. Nur *AlJazeera* hatte nach der überstürzten Abreise Anans von einem Pentagonbesuch am 28. Januar eine Quelle zitieren können, die ungenannt bleiben möchte: »Jemand, der den Respekt der USA zu haben scheint.« Und das trifft auch auf seinen Vorgesetzten Tantawi zu. [wal/mmo](#)

IRAN

Aus der Revolution geboren

Gegen die »sowjetische Bedrohung« unterstützten die USA bis 1979 das Reich Schah Reza Pahlewis. Iranische Offiziere absolvierten ihre Ausbildung an amerikanischen Militärakademien und Amerika exportierte Rüstungsgüter in Milliardenwerten in den Iran. Im Zentrum der materiellen Aufrüstung stand die Luftwaffe, die als modernste Teilstreitkraft der Truppen des Schahs galt.

Die islamische Revolution beendete das abrupt. Sie legte den Grundstein für die ungewöhnliche Doppelstruktur der iranischen Streitkräfte, die heute aus regulärer Armee und Revolutionsgarde besteht. Anstoß war das Misstrauen der islamischen Revolutionsführer gegenüber der führerlosen, aber dem geflohenen Schah noch treuen Streitmacht, die Ayatollah Khomeini bei seiner Rückkehr aus dem Exil vorgefunden hatte. Er vereinte als regimeloyales Gegengewicht paramilitärische Banden zu einer Truppe gottesfürchtiger »Wächter – Pasdaran« über die neue Islamische Republik.

Die Zwangslage des Krieges mit dem Irak beeinflusste die Entwicklung dann zusätzlich: Die Revolutionsgarden, anfänglich nur im Innern eingesetzt, wurden zu einem militäri-

schen Verband mit den eigenen Teilstreitkräften zu Land, Wasser und in der Luft ausgebaut; die »Luftwaffe« der Pasdaran kontrolliert heute das strategische Raketenprogramm des Iran. 1990 wurde zudem die Gendarmerie, die zu eng mit der alten Armee verwoben war, abgeschafft. Die Armee hingegen hat sich seit Kriegsende strukturell nur wenig verändert, ihre Waffentechnik aber aufgrund des US-Embargos massiv an Qualität verloren, und die Truppe büßte zugunsten der Pasdaran an Größe ein. Heute zählt die reguläre Armee 350.000 Angehörige, die Revolutionsgarde etwa 125.000, und beide zusammen garantieren die Landesverteidigung.

Die Pasdaran sollen zudem die islamische Revolution des Iran im In- und Ausland schützen: Im Innern gehen Schlägertruppen der paramilitärischen Unter-Einheit »Basij«, eine Art »Tugendwächter« in zivil, gegen Opposition vor. Ihre Stärke wird auf mindestens 100.000 Mann geschätzt, im Kriegsfall sollen sie bis zu einer Million Aktivisten mobilisieren können. Für Operationen im Ausland ist die berühmte, etwa 5.000 Mann starke »Al-Quds-Brigade« zuständig, die 2007 von der US-Regierung zur Terrororganisation deklariert wurde. Sie soll unter anderem für die Unterstützung der libanesischen Hizbollah zuständig sein. Zudem gelten die Pasdaran aufgrund ihres enormen Einflusses auf die iranische Politik, Gesellschaft und Wirtschaft als »eines der mächtigsten Kartelle der Welt«.

Rebekka Salm ▶▶

ÄGYPTEN	1989	1999	2009
aktive Truppenstärke gesamt	450.000	448.500	468.500
paramilitärische Organisationen	»Zentrale Sicherheitskräfte«, Nationalgarde und Grenzschutz: 397.000		
Dauer der Wehrpflicht	bis zu 3 Jahre		
Anzahl der Soldaten im Auslandseinsatz	0	100	3.700 (haupts. im Sudan)
Verteidigungsausgaben im Verhältnis zum BIP	6,7 Prozent	3,4 Prozent	2,9 Prozent (2008)
Verteidigungsausgaben insgesamt	6,8 Mrd. US-Dollar	3,0 Mrd. US-Dollar	4,6 Mrd. US-Dollar (2008)
Kampfpanzer (davon 3. Generation)	3.200 (0)	3.700 (600)	3.700 (1.000)
IRAN			
aktive Truppenstärke gesamt*	504.000	513.000	523.000
paramilitärische Organisationen*	Grenz- und Sicherheitstruppen: 60.000; »Basij«: 100.000		
Dauer der Wehrpflicht	24 Monate	21 Monate	18 Monate
Anzahl der Soldaten im Auslandseinsatz	2.000 (im Libanon)	200 (im Libanon)	0
Verteidigungsbudget im Verhältnis zum BIP	2,2 Prozent (1988)	5,2 Prozent	2,8 Prozent (2008)
offizielles Verteidigungsbudget	8,8 Mrd. US-Dollar	5,7 Mrd. US-Dollar	9,6 Mrd. US-Dollar (2008)
Kampfpanzer (davon 3. Generation)*	500 (0)	1.100 (0)	1.600 (0)
ISRAEL			
aktive Truppenstärke gesamt	141.000	173.000	177.000
paramilitärische Organisationen	Grenzpolizei: 8.000		
Dauer der Wehrpflicht	3 Jahre	3 Jahre	3 Jahre
Anzahl der Soldaten im Auslandseinsatz	130 (Militärberater in Eritrea)	0	0
Verteidigungsausgaben im Verhältnis zum BIP	15,8 Prozent	9,0 Prozent	6,5 Prozent
Verteidigungsausgaben insgesamt	6,3 Mrd. US-Dollar	8,9 Mrd. US-Dollar	13,0 Mrd. US-Dollar (2008)
Kampfpanzer (davon 3. Generation)	4.300 (200)	3.900 (400)	3.500 (600)

Quellen: The Military Balance; SIPRI Yearbook
* Daten sind mangels zuverlässiger Quellen Schätzungen

ISRAEL

Besatzungs- panzerarmee

Im Libanonkrieg 2006 hat »Tzwa HaHaganah LeJisrael«, kurz Tzahal, die »Verteidigungsarmee Israels«, eine bittere Lektion gelernt: Man war in der Routine einer Besatzungsarmee selbstgefällig geworden. Das gilt als ein Hauptgrund für die Schwierigkeiten Tzahals im Feldzug im Südlibanon – man hat den Gegner Hizbollah drastisch unterschätzt. Zugleich zehrt der scheinbar endlose Besatzungsdienst in den Palästinensergebieten an der Moral der israelischen Soldaten.

Die Leistungsfähigkeit des Heeres soll seit 2007 der Reformplan »Tefen 2012« wieder verbessern. Zu Lasten von Luftwaffe und Marine wird verstärkt in die Bodentruppen investiert – gemäß den aus dem Libanonkrieg gezogenen Lehren. Kampfpanzer und andere Panzerfahrzeuge bleiben wesentliche Ausrüstung. Und mehr als andere westliche Armeen besitzen die israelischen Streitkräfte eine ganze Reihe von Spezialfahrzeugen für den Häuserkampf, darunter die gepanzerten Bulldozer D9 »Doobi – Teddybär«. Dabei war Ziel eines 1998 begonnenen Umbaus der Streitkräfte noch die Reduzierung des Heeres gewesen. Der palästinensische Aufstand seit 2001 erforderte aber wieder eine stärkere Präsenz der aktiven Truppe.

Damals wurde auch eine neue Spitzengliederung beschlossen: Die Bodentruppen erhielten eine separate Kommandobehörde. Ein Novum für Israel, denn bislang war der Generalstab eigentlich immer ein Heeresgeneralstab gewesen, der nebenbei noch mit der Leitung von Luftwaffe und Marine beschäftigt war. Mittlerweile entlastet ein eigenständiger Armeekommandeur den mächtigen Generalstabschef. Da damit Befehlswege um eine Ebene verlängert wurden, digitalisiert sich Israels Heer gleichzeitig, um die Kommandostruktur wieder zu straffen. In fünf Jahren wurden 640 Millionen Euro für das »Programm Digitale Armee« ausgegeben, so dass die politischen Entscheidungsträger sich künftig in Echtzeit ein virtuelles Bild von der militärischen Lage vor Ort machen können. Mikromanagement soll das angeblich nicht zur Folge haben.

Eine Abschaffung der Wehrpflicht steht in Israel angesichts des breiten Bedrohungsspektrums auch aus der unmittelbaren Nachbarschaft nicht zur Debatte – vor allem der Frieden mit Ägypten gilt als gefährdet, sollte in Kairo ein islamistischer Umsturz stattfinden. Indes macht eine sinkende Geburtenrate Militärplaner flexibel: Jüdisch-orthodoxen Israelis, die von der Wehrpflicht ausgenommen sind, werden immer mehr Möglichkeiten geboten, freiwillig Militärdienst zu leisten. Inzwischen gibt es geschlossene Bataillone, in denen ausschließlich Orthodoxe dienen, und in deren Laufbahn sich religiöse Studien mit militärischer Ausbildung abwechseln.

Und auch wenn die israelischen Grundgesetze die Streitkräfte fest dem Primat der zivilen Entscheidungsträger unterstellen – Beobachter konstatieren eine zunehmende Militarisierung von Politik und Gesellschaft. Gleichzeitig schrumpft die bislang eher linksliberal gesinnte Elite im Offizierskorps. Der Rechtsruck in Israels Gesellschaft macht sich auch im »Betriebsklima« von Tzahal bemerkbar. **mmo**

ISLAND

Es geht auch ohne

Island zählt zu den wenigen Staaten auf der Welt, die keine Armee unterhalten – wie Costa Rica, Liechtenstein oder der Vatikan. Stattdessen verlassen sich die 320.000 Isländer seit den 1950er Jahren auf ein enges Bündnis mit den USA und der Nato, die regelmäßig auf der Insel und in ihren Gewässern üben. Die letzten Jets der US Air Force zogen allerdings als Spätfolge des vergangenen Kalten Krieges 2006 ab: Das war das Ende der amerikanischen »Iceland Defense Force«; seither hat ausländisches Militär keine permanente Präsenz mehr auf Island, die Nato leistet nur noch eine rotierende Luftraumüberwachung. Wartung und Betrieb der Radar- und Luftverteidigungsanlagen hatte für ein paar Jahre eine isländische »Verteidigungsagentur« übernommen, deren Aufgaben aber im

vergangenen Jahr unter dem Außenministerium und der Küstenwache aufgeteilt wurden.

Der Schutz der territorialen Integrität der Insel obliegt hauptsächlich der Küstenwache. Mit einem vierten Patrouillenschiff, der ICGV »Ðór«, wächst deren Flottille dieses Jahr um ihre bisher größte Einheit. Daneben existiert eine Spezialeinheit der Polizei, das »Vikingasveitin«. Diese Anti-Terror-Kommandoeinheit ist kaum größer als ein Infanteriezug, aber einige ihrer Mitglieder waren schon auf dem Balkan und in Afghanistan im Rahmen der Nato eingesetzt. Internationale Friedenseinsätze unterstützt das isländische Außenministerium mit einem gut 200 Köpfe zählenden Personalpool, der Angehörige der Polizei und der Küstenwache einschließt. Diese »Friedensreaktionseinheit« war 2007 starker pazifistischer Kritik ausgesetzt, als sie auch im Irak eingesetzt wurde. Seither tragen ihre Mitglieder Uniform und Waffen nur, wenn es die Situation unbedingt erfordert. mmo

JAPAN

Pazifistische Militärmacht

Mit dem Ende des Kalten Krieges fiel für Japan die sowjetische Bedrohung weg. Doch für das

Land der aufgehenden Sonne stellte sich im Gegensatz zu Europa keine Friedensdividende ein. Der Aufstieg Chinas und vor allem die Raketenrüstung Nordkoreas sorgten früh für ein anhaltendes Gefühl der Bedrohung – eine fortschreitende Modernisierung des Militärs soll dem entgegenwirken.

Dementsprechend liegt ein Fokus der japanischen »Selbstverteidigungskräfte« immer mehr auf der Raketenabwehr. Japan besitzt mit dem vom Verbündeten USA erworbenen Aegis-Radarsystem und Patriot-Flugabwehrraketen die zurzeit effektivsten Mittel auf diesem Gebiet. Solche Einheiten werden bei nordkoreanischen Raketentests sogar im Zentrum Tokios nahe dem Kaiserpalast in Stellung gebracht. Zudem werden auf Kosten des Heeres die Fähigkeiten der Luftwaffe und der Marine stark erweitert. Japanische Kampffjets haben dank der Anschaffung von Tankflugzeugen seit 2008 eine Reichweite bis ins südchinesische Meer, um Japans äußerst lange Versorgungsrouten schützen zu können. Und die Marine wird in den kommenden Jahren zwei leichte Flugzeugträger erhalten, auch wenn sie diese als »Helikopter tragende Zerstörer« bezeichnet. Das Kernstück japanischer Sicherheitspolitik, die Allianz mit den USA, steht jedoch regelmäßig unter Spannung. Vor allem der Streit um die immer wieder vertagte Reduzierung der US-Stützpunkte auf Okinawa führte zum Rücktritt des letzten Regierungschefs Yukio Hatoyama. Nichtsdestotrotz stärken die Streit-

kräfte beider Länder auf operativer Ebene durch gemeinsame Kommandozentralen und Manöver immer deutlicher ihre Interoperabilität – insbesondere um möglichen Ambitionen Chinas entgegenzutreten zu können.

Der Pazifismus, festgelegt in Artikel 9 der Verfassung, schien durch die Wahl der Demokratischen Partei Japans 2009 eine Wiederbelebung zu erfahren. Nach Einsätzen im Irak und im Indischen Ozean kehrte Japan scheinbar wieder zur Scheckbuchdiplomatie zurück. Doch die Diskussion über eine Revision des Artikels 9 will nicht verstummen. Vor allem konservative Kreise der Liberaldemokratischen Partei, die von 1955 bis 2009 die Regierung stellte, fordern eine stärkere Aufrüstung. Und tatsächlich sind dank des stark gestiegenen Kurses des Yen zum US-Dollar die Militärausgaben in den letzten vier Jahren um fast zehn Milliarden Dollar gestiegen.

Japan ist also durchaus gewillt, für seine eigene Sicherheit zu sorgen. Dabei scheint China immer öfter in der japanischen Rhetorik Nordkorea als »Staatsfeind Nummer Eins« abzulösen. So wurde erst vor einigen Jahren ein eigenes Projekt zur Entwicklung eines Tarnkappenjägers gestartet, nachdem die USA sich weigerten, die neuentwickelte F-22 zu exportieren. Und obwohl Japan sich 1976 selbst eine Beschränkung seines Verteidigungsbudgets auferlegt hat – auf nicht mehr als ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts – wurde diese Regel bereits 1987 schon einmal gebrochen, als

UMBAU DER STREITKRÄFTE

die USA sich weigerten, auf eine Verstärkung der sowjetischen Pazifikflotte zu reagieren.

Seit 1988 wurde die Ein-Prozent-Hürde nicht mehr angetastet. Aber allein das Beispiel der Küstenwache zeigt, wie intransparent der Militärhaushalt Tokios sein kann: Mit über einhundert Einheiten ist die japanische Küstenwache fast halb so groß an Tonnage wie die chinesische Flotte. Zwar vermögen die leichten Schiffe kein direktes Seegefecht überstehen. Jedoch können über ein Drittel der Patrouillenschiffe Helikopter aufnehmen und sind somit in der Lage, die »Maritimen Selbstverteidigungskräfte« effektiv gegen die Bedrohung zu unterstützen, die von den mittlerweile über 50 U-Booten der chinesischen Marine ausgeht. **dim**

NORWEGEN

Heimatverteidigung, fortgesetzt

Norwegen ist groß aber dünnbesiedelt: Nur etwa fünf Millionen Menschen leben in einem Land der Größe Deutschlands. Daher sind auch die norwegischen Streitkräfte »Forsvaret – Verteidigung« zahlenmäßig klein – trotz zwölfmonatiger Wehrpflicht dienen nur etwa 24.000 Soldatinnen und Soldaten. Groß dagegen sind zum einen das Ansehen, das die Soldaten in

	1989	1999	2009
JAPAN			
aktive Truppenstärke gesamt	249.000	236.700	230.300
paramilitärische Organisationen	Küstenwache: 12.500		
Dauer der Wehrpflicht	keine Wehrpflicht		
Anzahl der Soldaten im Auslandseinsatz	0	30	700 (haupts. Anti-Piraterie)
Verteidigungsbudget im Verhältnis zum BIP	1,0 Prozent	1,0 Prozent	1,0 Prozent
Verteidigungsbudget	28,1 Mrd. US-Dollar	40,8 Mrd. US-Dollar	52,6 Mrd. US-Dollar
Kampfpanzer (davon 3. Generation)	1.200 (0)	1.100 (200)	880 (320)
NORWEGEN			
aktive Truppenstärke gesamt	34.100	26.700	24.000
paramilitärische Organisationen	keine		
Dauer der Wehrpflicht	bis zu 15 Monate	12 Monate	12 Monate
Anzahl der Soldaten im Auslandseinsatz	900	1.300 (davon 1.200 KFOR)	700 (haupts. ISAF)
Verteidigungsausgaben im Verhältnis zum BIP	3,6 Prozent	2,2 Prozent	1,3 Prozent (2008)
Verteidigungsausgaben insgesamt	3,4 Mrd. US-Dollar	3,3 Mrd. US-Dollar	6,1 Mrd. US-Dollar (2008)
Kampfpanzer (davon 3. Generation)	100 (0)	170 (0)	70 (50)
RUSSLAND			
aktive Truppenstärke gesamt	3.988.000	1.004.000	1.027.000
paramilitärische Organisationen	Grenzschutz, »Interne Truppen«, »Föderaler Sicherheitsdienst«, »Föderaler Schutzdienst« und Eisenbahntruppen: 449.000		
Dauer der Wehrpflicht	24 Monate	24 Monate	12 Monate
Anzahl der Soldaten im Auslandseinsatz	18.900 (haupts. »Militärberater« in Übersee)	22.200 (davon 20.400 im »nahen Ausland«/GUS)	27.500 (davon 27.100 im »nahen Ausland«/GUS)
Verteidigungsausgaben im Verhältnis zum BIP	ca. 5,0 Prozent*	5,1 Prozent	3,0 Prozent (2008)
Verteidigungsausgaben insgesamt	117,5 Mrd. US-Dollar*	56,0 Mrd. US-Dollar	41,0 Mrd. US-Dollar (2008)
Kampfpanzer (davon 3. Generation)	61.500 (0)	21.800 (100)	23.000 (300)

Quellen: The Military Balance; SIPRI Yearbook

* Schätzung

ihrer Heimat genießen, zum anderen die Anforderungen, die an sie gestellt werden, denn die Streitkräfte müssen gleichzeitig für zwei Kernmissionen gewappnet sein – den Schutz der norwegischen Territorialhoheit und der Krisenprävention- und Bewältigung in Übersee.

Der Hohe Norden steht im Mittelpunkt der »Heimatverteidigung«. In der Arktis droht – ausgelöst durch das Abschmelzen der Polarkappen – ein Wettkampf um Bodenschätze und Territorium. Skeptisch betrachten die Norweger dabei trotz jüngster politischer Annäherungen insbesondere den großen Nachbarn Russland. Gleichzeitig entsendet das Land seine Soldaten aber auch in Auslandsmissionen, zur Krisenbewältigung und zum Antiterrorereinsatz. Derzeit sind norwegische Soldaten im Kongo, im Sudan, im Libanon und andernorts eingesetzt. Deutlicher Schwerpunkt ist aber die ISAF-Mission, an der sich knapp 500 Soldaten beteiligen.

Während des Kalten Krieges waren die Forsvaret eine klassische Mobilmachungsarmee mit starker Landwehrkomponente. Den neuen Bedrohungen, sei es im Hohen Norden oder am anderen Ende der Welt, wurde diese Struktur aber nicht mehr gerecht. Seit 2001 werden die Streitkräfte Norwegens daher umgebaut von einer Mobilmachungsarmee zu einer flexiblen Eingreiftruppe. Der Doppelauftrag spiegelt sich in der Heeresstruktur wider: Neben starken Spezialkräften verfügt das norwegische Heer über eine »klassische« mechanisierte Brigade

für das Gefecht mit schweren Waffen. Die Landwehr ist viel kleiner, aber flexibler geworden: Sie verfügt jetzt über 13 Eingreif-Heimwehren in Kompaniegröße, um schnell wichtige Objekte zu sichern. All das geschieht aber, ohne an der Wehrpflicht zu rütteln. Das betont auch das jüngste Weißbuch »Capable Force«: »Die Wehrpflicht bleibt von großer Bedeutung, um die Streitkräfte in der Gesellschaft zu verankern und um den Nachwuchs zu sichern.« Das freilich betonte auch die Bundeswehrführung bis vor wenigen Monaten. **msei**

RUSSLAND

Großväterchens Armee

Die »Dedowschtschina«, das »Großväterchen-Prinzip« – blutiges Schikanieren jüngerer Rekruten durch ältere – ist nur eines der gravierenden Probleme in der russischen Armee. Die Missstände beschränken sich nicht nur auf Fragen der inneren Verfasstheit: Seit 1992 ein Großteil der Sowjetarmee in den Streitkräften der Russischen Föderation aufging, haben diese eine ganze Reihe von Reformen hinter sich gebracht: Die meisten waren kurzfristige Reaktionen auf offen zu Tage tretendes Versagen,

darunter die faktische Niederlage im ersten Tschetschenienkrieg mit über 60.000 eigenen Verlusten, davon über 8.000 Tote und Vermisste. Zuletzt war es der Georgienkrieg im August 2008, der fundamentale Mängel in Ausbildung, Ausrüstung, Einsatz, Führung und Kräftezusammenstellung schonungslos offenbarte.

Alle Reformen zielten darauf ab, die Streitkräfte zu einer effektiveren und schlagkräftigeren Truppe umzubauen. Bis heute wurde jedoch keine erfolgreich umgesetzt, nachhaltig implementiert oder gar ausreichend finanziert. Der Wandel ließ sich höchstens an den Soldatenzahlen ablesen: Von 2,8 Millionen im Juni 1992 sank die Truppenstärke kontinuierlich, im Jahr 2006 lag sie bei knapp unter einer Million Soldaten, die zum allergrößten Teil hoffnungslos veraltetes und unzureichend gewartetes Material behüteten. Inzwischen ist die Stärke wieder auf knapp über eine Million gestiegen. Das im September 2008 von Präsident Medwedjew ausgerufene »Zukunftskonzept« soll die Streitkräfte endlich zu einem im Sinne der politischen Führung effektiven außenpolitischen Instrument formen.

Ob damit endlich auch eine tatsächlich konzeptionelle Änderung durchgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Die Rahmenbedingungen sind freilich ambitioniert: Russland will weg von der derzeitigen Mobilmachungsarmee nach Art des Kalten Krieges, in der ein Heer wehrpflichtiger Soldaten in personell nur teilweise besetzten Einheiten auf die Verstärkung

durch ein Abermillionenheer unzureichend ausgebildeter Reservisten angewiesen ist.

Alle Landstreitkräfte sollen mechanisiert und personell zu 100 Prozent präsent sein. Daneben wird die Spitzenstruktur gestrafft, über 100.000 Offiziersstellen werden in den kommenden Jahren abgebaut. Eine in der postsowjetischen Geschichte beispiellose Rüstungsoffensive soll den nunmehr umgeformten Streitkräften das entsprechende, moderne Gerät bereitstellen. Abschließend wurde ab dem Jahr 2012 eine Verdreifachung der Gehälter angekündigt, um vermehrt qualifiziertes Personal auch für die Unteroffiziersränge werben zu können. Es bleibt abzuwarten, ob diese jüngste und bis dato ambitionierteste Reform zu einer Erfolgsgeschichte wird. An militärpolitischem Ehrgeiz – und den nötigen Finanzen – mangelt es dem Duo Putin-Medvedjew jedenfalls nicht. **hoff**

SCHWEIZ

Milizarmee in der Sinnkrise

Die Schweiz gilt als neutraler Staat par excellence. Dennoch oder gerade deswegen besitzt das Alpenland ein einzigartiges System der Volksbewaffnung: »Die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine Armee«, besagt eine Rede-

wendung. Diese Armee organisiert sich auf der Basis eines Milizsystems. Danach dienen alle wehrdiensttauglichen Männer zwischen 18 und 34 Jahren. Nach einer etwa fünfmonatigen Grundausbildung sind die Angehörigen der Armee verpflichtet jedes Jahr drei Wochen lang an so genannten Fortbildungsdiensten der Truppe teilzunehmen. Anders als in Deutschland bleiben die Wehrdienstleistenden über ihren Rekrutendienst hinaus bis weit in ihr Berufsleben hinein bei der Armee. Eine weitere Besonderheit des Schweizer Milizmodells ist der Umstand, dass die Soldaten ihre Waffen daheim aufbewahren. Es gibt aber auch Alternativen zum Dienst an der Waffe: entweder ein ziviler Ersatzdienst oder eine Ersatzabgabe in Höhe von drei Prozent des Jahreseinkommens.

Dieses Verteidigungskonzept der Schweiz wurde vor allem durch die Bedrohungslage im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg zu einem wichtigen Teil des Schweizer Selbstverständnisses. Während sich immer noch eine Mehrheit für die Wehrpflicht ausspricht, gerät das Modell jedoch seit dem Ende des Ost-West-Konflikts immer stärker unter Druck von verschiedenen Seiten.

In den letzten 15 Jahren wurden in Volksabstimmungen zwei Armee Reformen angenommen. Die letzte, »Armee XXI« aus dem Jahr 2003, reduzierte die mobilisierte Truppenstärke von 400.000 auf 200.000 Soldaten. Seither können Schweizer ihren Militärdienst im Rahmen einer 300tägigen Wehrpflicht auch an

einem Stück ableisten. An den Grundfesten der Milizstruktur haben aber die Reformen nicht gerüttelt. Die Zahl der Berufssoldaten ist mit nur etwa fünf Prozent weiterhin relativ gering.

Noch tiefer als die Bundeswehr aber steckt die Schweizer Armee in einer Sinnkrise. Ohne nennenswerte Auslandseinsätze und ohne direkte Bedrohung des Kernlandes wird die Frage immer lauter, gegen welchen Feind sich die Schweiz eigentlich zu verteidigen sucht. Umstrittene Einsätze der Streitkräfte zur Sicherung des Weltwirtschaftsforum in Davos und anderer Großveranstaltungen tragen nicht dazu bei, ihre Daseinsberechtigung zu festigen. In den nächsten Jahren werden deshalb die Schweizer sicher wieder über die Zukunft ihrer Armee abzustimmen haben. **wal**

SÜDKOREA

Kampfgeist für einen Kalten Krieg

Auf der koreanischen Halbinsel ist der Feind seit über fünfzig Jahren klar definiert, seine Kräfte bekannt – wie zu Zeiten des Kalten Krieges in Zentraleuropa. Und so stehen der »Armee der Republik Korea« für ein konventionelles Gefecht zahlreiche moderne Kampfpanzer, Artilleriesysteme und Flugzeuge zu Verfügung,

UMBAU DER STREITKRÄFTE

um einen Angriff aus dem Norden gemeinsam mit den US-Verbündeten abzuwehren. Dennoch muss der Süden seine Streitkräfte umbauen – aus demographischen Gründen. Denn die Geburtenzahlen werden ab 2020 nicht mehr ausreichen, um wie bisher 690.000 Soldaten unter Waffen zu halten. In seiner »Defense Reform 2020« will Südkorea daher Quantität durch Qualität ersetzen und so die Schlagkraft seiner Armee erhalten. Veraltete Waffensysteme werden ausgemustert und durch neue, leistungsfähigere ersetzt. Dafür sollte das Verteidigungsbudget zwischen 2005 und 2015 jährlich um knapp zehn Prozent steigen.

Das Reformpapier sieht neben der nordkoreanischen Bedrohung aber auch andere Gefahren: terroristische Anschläge, Angriffe auf die Handelswege und internationale Krisen. Schon jetzt beteiligt sich das Land daher an einer Vielzahl internationaler Missionen. Konsequenterweise wird auch Südkoreas Marine zu einer »blue-water navy« mit großer Reichweite umgebaut.

Doch die südkoreanischen Reformpläne und das Selbstvertrauen der militärischen Führung wurden durch Nordkorea im vergangenen Jahr empfindlich gestört. Im März des letzten Jahres versenkte Nordkorea die südkoreanische Fregatte »Cheonan«, im November beschoss es die Yeonpyeong-Insel. Auf beide Attacken reagierten die südkoreanischen Streitkräfte zu langsam, zu kraftlos – fand die südkoreanische Öffentlichkeit genauso wie der

SCHWEIZ	1989	1999	2009
aktive Truppenstärke gesamt	3.500 (zzgl. 36.000 Rekruten)	3.500 (zzgl. 24.500 Rekruten)	4.100 (zzgl. 18.000 Rekruten)
paramilitärische Organisationen	keine		
Dauer der Wehrpflicht	4 Monate, 15 Jahre Reservepflicht	4 Monate, 22 Jahre Reservepflicht	5 Monate, 10 Jahre Reservepflicht
Anzahl der Soldaten im Auslandseinsatz	0	180	230
Verteidigungsbudget im Verhältnis zum BIP	1,3 Prozent	1,3 Prozent	0,9 Prozent
Verteidigungsbudget	3,8 Mrd. US-Dollar	3,2 Mrd. US-Dollar	4,4 Mrd. US-Dollar
Kampfpanzer (davon 3. Generation)	870 (180)	560 (370)	500 (400)
SÜDKOREA			
aktive Truppenstärke gesamt	750.000	683.000	687.000
paramilitärische Organisationen	»Seepolizei«: 4.500		
Dauer der Wehrpflicht	30 bis 36 Monate	26 bis 30 Monate	26 Monate
Anzahl der Soldaten im Auslandseinsatz	0	450 (in Ost-Timor)	400 (haupts. UNIFIL)
Verteidigungsbudget im Verhältnis zum BIP	4,7 Prozent	2,9 Prozent	2,8 Prozent
Verteidigungsbudget	9,9 Mrd. US-Dollar	11,6 Mrd. US-Dollar	24,5 Mrd. US-Dollar
Kampfpanzer (davon 3. Generation)	1.600 (0)	2.300 (0)	2.800 (1.400)
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE			
aktive Truppenstärke gesamt	44.000	65.000	51.000
paramilitärische Organisationen	keine		
Dauer der Wehrpflicht	keine Wehrpflicht		
Anzahl der Soldaten im Auslandseinsatz	0	1.200 (KFOR)	0
Verteidigungsausgaben im Verhältnis zum BIP	5,7 Prozent	7,3 Prozent	6,3 Prozent (2008)
Verteidigungsausgaben insgesamt	1,5 Mrd. US-Dollar	3,8 Mrd. US-Dollar	15,5 Mrd. US-Dollar (2008)
Kampfpanzer (davon 3. Generation)	150 (0)	350 (250)	500 (400)

Quellen: The Military Balance; SIPRI Yearbook

seit November 2010 neue Verteidigungsminister Kim Kwan-jin. Er will die Streitkräfte auf Vordermann bringen. Das soll aber weder durch Strukturreformen erfolgen, noch durch neue Waffen oder zusätzliches Geld. Kim will stattdessen vor allem die Moral und den Kampfgeist seiner Truppen stärken. Denn daran fehle es, während es ein Übermaß an Selbstzufriedenheit und Bürokratie gebe. Mit gutem Beispiel vorangehen sollten dabei die insgesamt 435 Generäle in Südkorea. Sie sollten auf Statussymbole – goldverzierte Ständer an Dienstfahrzeugen, bequeme Halbschuhe zur Uniform – verzichten und stattdessen der geistigen Erneuerung im Schnürstiefel voranmarschieren. Nach Protesten der Generalität relativierte Generalstabschef Kim Sang-ki diese Order aber wieder: Für Dienstfahrten dürften die Sternenbanner weiterhin an den Fahrzeugen angebracht werden. **msei**

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE

Von Scheichs und Söldnern

Als die Vereinigten Arabischen Emirate Ende 1971 in die Unabhängigkeit entlassen wurden, verfügten sie lediglich über die Leibgarden der Herrscherfamilien und die 2.500 Mann der

»Trucial Oman Scouts«, eine von den Briten in der Kolonialzeit gegründete paramilitärische Einheit. Aus ihnen entstanden 1976 die »Union Defence Force«, die Streitkräfte der modernen VAE.

Die Bedrohung durch die Golfkriege hatte in den 1990er Jahren eine deutliche Vergrößerung des Heeres bedingt, das inzwischen wieder geschrumpft ist. Aber immer noch rekrutiert sich knapp ein Drittel der mehr als 50.000 Soldaten aus abgeworbenen Angehörigen der pakistanischen Streitkräfte. Sprach- und Organisationsbarrieren haben dazu geführt, dass ausländische Soldaten in eigenen Einheiten organisiert sind, um im Kriegsfall eine effektive Kommandoführung zu garantieren. Alle Mitglieder der Armeeführung entstammen den königlichen und anderen einflussreichen Familien der Einzelstaaten und noch immer werden die meisten der Offiziersanwärter in den Militärakademien Großbritanniens ausgebildet. Seit 1997 ist das gemeinsame militärische Hauptquartier aller Emirate in Abu Dhabi angesiedelt, lediglich Dubai verfügt noch über unabhängige Strukturen. Übrig geblieben aus der Zeit ist ein um das Zehnfache gewachsenes Verteidigungsbudget.

Obwohl die VAE über eine sehr lange Küstenlinie verfügen, ist die Marine im Vergleich zu anderen Teilstreitkräften immer noch sehr klein. Aktuell liegt der Fokus von Modernisierung und Ausbau jedoch auf der Luftwaffe. Charakteristisch ist hier ein seit Jahren andauernder Bieterwettbewerb zwischen westlichen

Produzenten. Die große Geschwindigkeit, mit der die VAE modernste Rüstungstechnik einführen, hat viele amerikanische und europäische Ausbilder ins Land gebracht. Doch selbst diese können nicht vermeiden, dass die Streitkräfte der Union durch ein Sammelsurium an Modellen und Systemen mehr geschwächt, denn gestärkt wird. Die Streitkräfte fanden bislang keinen Einsatz in einem der zahlreichen Konflikte der Region. Jedoch dienen sie als dauerhafte Abschreckung gegenüber dem Iran, der politischen Anspruch auf mehrere Inseln der VAE im Persischen Golf erhebt. **Nils Metzger** ◀◀

Foto: MoD UK



Die globale Finanzkrise hat Großbritannien heftig getroffen. London muss drastisch sparen. Daher sind beim Militär weitreichende Streichungen vorgesehen. Die Lücke zwischen globalen Ansprüchen und militärischer Handlungsfähigkeit dürfte sich dadurch vergrößern. Die geplanten Einsparungen im Verteidigungsetat werden Auswirkungen auf die Rolle des Landes in der Welt und die Beziehungen zum wichtigsten strategischen Partner USA haben.

▶▶ Die alte Weisheit, dass Britannien die Meere beherrscht, dürfte endgültig ein Relikt der Vergangenheit sein. Das Vereinigte Königreich wird im 21. Jahrhundert seine Stellung als bedeutende Seemacht endgültig verlieren. Die Regierung von Premierminister David Cameron wird nicht nur bei der Marine an militärischen Fähigkeiten drastisch kürzen müssen, um ihren Haushalt zu sanieren. Neben der Reduzierung des gesamten Militärs steht auch

eine strategische Neuausrichtung der britischen Streitkräfte an. »Our objectives are a secure and resilient United Kingdom, and shaping a stable world«, gibt der Premier die Prioritäten der neu erlassenen Strategic Defence and Security Review (SDSR) wieder. »In pursuit of those goals, our highest priorities are tackling terrorism, cyber security, international military crises and national disasters such as floods and pandemics.«

Während im letzten SDSR, dem Weißbuch von 2003, noch Einsätze in Kriegsgebieten wie Irak und Afghanistan im Vordergrund standen, werden in der neueren Fassung andere Hauptbedrohungen ausgemacht. Schwerpunkt der neuen Strategie sind Terrorismus, Cyber-Sicherheit, internationale Krisen und Naturkatastrophen. Für drei dieser Bedrohungen ist kein schweres militärisches Gerät vonnöten: Flugzeugträger, strategische Atom-U-Boote oder Kampfpanzer richten wenig aus gegen Cyberterroristen und Überschwemmungen. Wegen der veränderten strategischen Ausrichtung ist es vorgesehen, das Militär schlanker und effizienter zu machen und an die neuen Herausforderungen anzupassen. Bis zum Jahre 2014 soll das Verteidigungsbudget um real acht Prozent schrumpfen. Zusätzliche Investitionen wird es nur im Bereich der Informationstechnologie und bei den Spezialkräften geben; ansonsten aber stehen alle drei Teilstreitkräfte in den nächsten fünf Jahren vor teils sehr schmerzlichen Einschnitten:

- ▶ Reduzierung des Zivilpersonals des Verteidigungsministeriums um 25.000 Stellen auf 60.000.
- ▶ Verkleinerung der Royal Navy um 5.000 Stellen auf 30.000 Mann, auf nur noch 19 statt 23 Zerstörer und Fregatten; Außerdienststellung eines Hubschraubträgers. Es werden zwar zwei neue Flugzeugträger der »Queen Elizabeth«-Klasse gebaut, jedoch wird nur einer in Dienst gestellt werden. Der zweite Träger wird als Reserve eingelagert oder verkauft.
- ▶ Das Heer wird um 7.000 Stellen auf 95.500 Mann verkleinert, 40 Prozent der Kampfpanzer und 35 Prozent der Artillerie fallen weg. In Zukunft wird es nur noch fünf, statt wie bisher sechs Brigaden umfassen.
- ▶ Die Royal Air Force soll rund 5.000 Stellen einsparen und nur noch 33.000 Mann umfassen. Zudem müssen die Luftwaffenpläne in Zukunft ohne den Senkrechtstarter vom Typ Harrier auskommen. Seine Rolle soll in Zukunft durch den Eurofighter und den Tornado ausgefüllt werden.

Weiterhin ist in der neuen Verteidigungsplanung vorgesehen, eine Brigade von 6.500 Soldaten für eine unbefristete Auslandsoperation vorzuhalten. Gleichzeitig sollen zwei Interventionen mit geringerer Truppenstärke gleichzeitig möglich sein. Zeitlich begrenzt sollen sogar 30.000 Soldaten für Besatzungsdienste eingesetzt werden können. Zum Vergleich: Derzeit

sind allein in Afghanistan 10.000 Briten stationiert. Die Einsatzfähigkeit der Truppen in Afghanistan soll durch die geplanten Reduzierungen nicht gefährdet werden, denn außenpolitisch ist der Einsatz am Hindukusch eine der Prioritäten der Regierung Cameron.

Noch mehr Einspareffekte sollen durch eine engere militärische Kooperation mit Frankreich geschaffen werden. Beide Staaten unterzeichneten im vergangenen Jahr ein als historisch bewertetes Militärabkommen, den »UK-France Defence Cooperation Treaty«, zur gemeinsamen Nutzung militärischer Fähigkeiten und kostengünstigerer Beschaffung und Unterhaltung ihrer Waffensysteme. So wollen London und Paris auf dem Sektor komplexer Waffensysteme, bei der Entwicklung unbemannter Flugkörper, der Kommunikation militärischer Satelliten sowie bei Maßnahmen im Kampf gegen maritime Verminung stärker zusammenarbeiten.

Das Abkommen sieht auch die Aufstellung einer bi-nationalen, 5.000 Mann starken Eingreiftruppe, der »Combined Joint Expeditionary Force«, und die gemeinsame Nutzung der Flugzeugträger vor. Dazu will Großbritannien seine Flugzeugträger so umrüsten, dass auch französische Kampfflugzeuge auf ihnen landen können. Auch soll die Wartung dieser Schiffe so abgestimmt werden, dass jederzeit mindestens ein Flugzeugträger verfügbar ist und die Interessen beider Länder wahrnehmen kann. Die Militärtransporter und Tankflugzeuge vom Typ Airbus A400M sollen ab ihrer Zuführung im

nächsten Jahre beiden Staaten zur Verfügung stehen und mit der EADS soll auch bei Ausbildung und Wartung für den A400M kooperiert werden. Nicht zuletzt im Bereich der nuklearen Abschreckung wollen die beiden europäischen Atomkräfte enger zusammenarbeiten und Synergieeffekte nutzen.

**Es ist schwer
vorstellbar, dass
»Charles de Gaulle«
die Falklandinseln
verteidigt.**

Eine Folge dieser Militärkooperation ist, dass sich Großbritannien enger an Frankreich bindet. Dies schränkt seine politische Handlungsfähigkeit weiter ein. Von beiden Seiten wurde nach der Vertragsunterzeichnung zwar immer wieder betont, dass beide Staaten eine gemeinsame »strategische Vision« haben und zugleich voll souverän sind. Im Falle eines Einsatzes wird es immer nur einen Kommandeur geben, das heißt englische Truppen können von einem Franzosen befehligt werden, oder umge-

kehrt. Es ist aber schwer vorstellbar, dass der französische Flugzeugträger »Charles de Gaulle« im Zweifelsfalle als Flaggschiff eines Flottenverbands vor Port Stanley kreuzt, um argentinischen Ambitionen auf den Falklandinseln entgegen zu treten.

Internationale Beobachter und Sicherheitsexperten wie Amyas Godfrey vom Royal United Services Institute, einem der einflussreichsten britischen Think-Tanks, betonen, dass die Verkleinerung der britischen Streitkräfte durch die vergleichsweise gute Ausrüstung und die vorhanden Fähigkeiten kompensiert werden können: »The short of it is that we will have a smaller military. But it is still our intention to be a small island with global impact able to project our force around the world. And unlike many, like Germany and France, we actually do it.« Die Rolle Großbritanniens als Militärmacht in den internationalen Beziehungen bleibt seiner Meinung nach gleich. Der Kassensturz in der Verteidigungspolitik macht aber eine gegenläufige Entwicklung deutlich.

Erstens ist Großbritannien militärisch gesehen nur noch eine Mittelmacht unter vielen. Großbritannien nahm in den letzten 50 Jahren eine Sonderrolle zwischen Juniorpartner der USA und potenter Militärmacht in der Weltpolitik ein. Dies zeichnete sich einerseits auch durch militärische Alleingänge wie dem Falklandkrieg aus. Andererseits wurde die Sonderrolle des Vereinigten Königreiches durch Machtsymbole wie einen permanenten Sitz im

Weltsicherheitsrat, dem Status als Atommacht und dem Plus besonders guter, kampferprobter Truppen gepflegt. Diese Zeit scheint vorüber zu sein. Besonders die Stellung als globale Seemacht mit der Fähigkeit zur Machtprojektion steht in Frage.

Das Ende der »special relationship«?

Der Verteidigungsminister Liam Fox warnte in einem persönlichen Brief an Premierminister Cameron seine Regierung vor den drastischen Auswirkungen des Sparkurses auf die internationale Rolle des Landes: »Our decisions today will limit severely the options available to this and all future governments. The range of operations that we can do today we will simply not be able to do in the future.« Sicherheitspolitik darf sich seiner Meinung nach nicht an der momentären Lage eines Landes ausrichten. London aber wird zukünftig voraussichtlich nicht mehr in der Lage sein, einen Krieg um die Falklandinseln zu führen, geschweige denn zu gewinnen. Dafür benötigt man Flugzeugträger und Kampfflugzeuge.

Doch ist der Sparzwang so groß, dass für rund zehn Jahre kein eigener britischer Träger zur Verfügung stehen wird oder man auf französische Hilfe angewiesen ist. Im Gegenzug

rüsten Schwellenländer wie Indien, das ehemalige Kronjuwel des Empires, auf und bauen eigene Flugzeugträger. Der Abstand zwischen Mutterland und dieser ehemaligen Kolonie ist kleiner geworden. Man verhandelt jetzt auf Augenhöhe.

Zweitens wird sich durch den Verlust von militärischer Handlungsfähigkeit Großbritanniens Stellenwert in der US-Weltpolitik ändern. Die »besondere Partnerschaft« zwischen den beiden englischsprachigen Ländern wird sich nur bewähren, wenn das Vereinigte Königreich auch in Zukunft einen konstanten und höheren Beitrag als andere Länder für gemeinsame Interessen leisten kann. Sollte dies nicht der Fall sein, werden sich die USA einen neuen besten Freund suchen. Großbritannien gab in den letzten Jahren zwar weniger für sein Militär als die USA, aber mehr als die meisten europäischen Länder aus, und konnte sich deshalb Spezialfähigkeiten aufbauen, die auch den USA von Vorteil waren.

Die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton betonte zwar jüngst, dass Großbritannien wichtigster Militärpartner der USA bleibt und einen großen Beitrag zur globalen Sicherheit beiträgt, doch in Washington wird die Reduzierung der britischen Militärausgaben und die engere Zusammenarbeit mit Frankreich nicht nur positiv bewertet. London war für Washington in den letzten Jahrzehnten der wichtigste militärische Verbündete und ist in Afghanistan der zweitgrößte Truppensteller

hinter den USA. Die vorgesehene Verkleinerung der britischen Landstreitkräfte wird sich negativ auf die Durchhaltefähigkeit bei Auslandseinsätzen auswirken. Die Folge wäre eine Reduzierung des im Ausland stationierten Kontingents zu Lasten der Amerikaner. Auch das Abkommen mit Paris stößt in Washington hinter vorgehaltener Hand auf Skepsis. Seit dem französischen Nein zum Irakkrieg 2003 wird französische Sicherheitspolitik in Amerika nicht ohne Argwohn betrachtet. Die britische Abhängigkeit von französischen militärischen Fähigkeiten wird es den USA erschweren, Großbritannien für Ad-hoc-Bündnisse, wie im Falle des Irakkrieges, zu gewinnen.

So gesehen aber könnte der britische Kasernensturz sich positiv auf eine engere europäische Verteidigungspolitik auswirken. Das Abkommen mit Frankreich macht deutlich, dass auch das euroskeptische Großbritannien in Zeiten knapper öffentlicher Kassen auf militärische Zusammenarbeit mit dem Kontinent angewiesen ist. Die militärische Entente zwischen Paris und London trägt zur Stärkung der im Jahre 2004 geschaffenen Europäischen Verteidigungsagentur bei, deren Ziel die Etablierung einer gemeinsamen europaweiten Rüstungsplanung, -beschaffung und -forschung sind. Eine weitere Folge der Zusammenarbeit könnte die Stärkung der militärischen Integration der europäischen Staaten und eine Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik sein.

Andererseits leistete sich das Vereinigte Königreich in den letzten Jahrzehnten herausragende militärische Fähigkeiten, auf die zum Beispiel die bevölkerungsreichere und ökonomisch weitaus potentere Bundesrepublik verzichtete. Der Kasernensturz holt Großbritannien aus seiner imperialen Vergangenheit zurück ins 21. Jahrhundert: Als eine Mittelmacht unter vielen. ◀◀

Philipp Starz *studiert Internationale Beziehungen an der TU Dresden.*

Quellen und Links:

[Großbritanniens »National Security Strategy« vom Oktober 2010](#)

[Die »Strategic Defence Review« vom November 2010](#)

[Die Washington Post vom 20. Oktober 2010 über das britische Militär-Sparpaket](#)

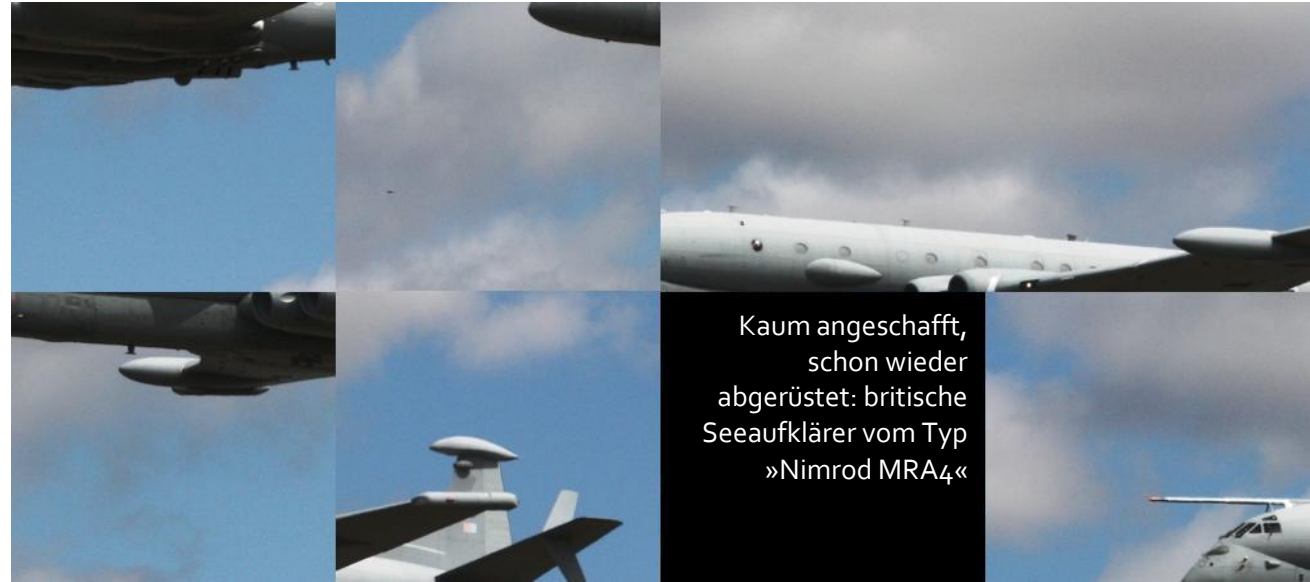
[Der Guardian vom 3. Dezember 2010 über die Außerdienststellung der »Ark Royal«](#)

Neuwertiges Altmetall

Großbritanniens Verteidigungsminister
Liam Fox setzt den Rotstift an.
Und lässt deshalb auch brandneue
Aufklärungsflugzeuge verschrotten.

►► In den Wirtschaftswissenschaften bezeichnen »sunk costs« jene Ausgaben, die in der Vergangenheit entstanden sind und die in Gegenwart oder Zukunft nicht mehr beeinflusst werden können. Entscheidungsträger sollten solche »versunkenen«, unabänderbaren Kosten bei Entscheidungen daher nicht beachten; sie sind, besagt die Theorie, »entscheidungsirrelevant«.

Die jüngsten Kürzungen im britischen Verteidigungsetat sind ein Beispiel für eine Entscheidung, die sunk costs berücksichtigen: Die Royal Air Force schlachtet neun nagelneue Seeaufklärer »Nimrod MRA4« – optimiert für das Abfangen elektronischer Signale und U-Bootaufklärung – aus und verschrottet sie. Der Erstflug der Maschinen fand erst im September des letzten Jahres statt. Entwicklung und Anschaf-



Kaum angeschafft,
schon wieder
abgerüstet: britische
Seeaufklärer vom Typ
»Nimrod MRA4«

fung der neun Flugzeuge verschlangen insgesamt knapp 3,6 Milliarden Pfund, umgerechnet circa 4,4 Milliarden Euro.

Das britische Verteidigungsministerium nannte diese Lösung die »most cost effective option«: Es hofft, in den nächsten zehn Jahren zwei Milliarden Pfund einzusparen, wenn das Flugzeug nicht in Dienst gestellt wird. Kritiker bezeichneten die Nimrods hingegen als teuersten Haufen Altmetall der Welt.

Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht ist diese Entscheidung richtig: Es galt, Kosten und Nutzen des Programms in der Zukunft abzuwägen. Allzu großen Nutzen scheint das Ministerium den Maschinen nicht beigemessen zu haben – die Entscheidung wurde ausschließlich finanziell begründet. Die ursprünglichen Kos-

ten waren sowieso verloren und nicht wiederzubringen.

Eine ähnliche Rechnung macht die britische Regierung bei den neuen Flugzeugträgern für die Royal Navy auf. Zwar werden beide Schiffe wie geplant gebaut – es wäre zu teuer, die Verträge mit den Werften zu brechen –, aber nur eines soll nach der Fertigstellung 2020 in den aktiven Dienst übernommen werden. **msei**

Quellen und Links:

[Projektbericht des Ministry of Defence vom 15. Oktober 2010 beim National Audit Office](#)

[BBC News vom 27. Januar 2011 über die Verschrottung der Nimrods](#)



China wächst scheinbar unaufhaltsam und somit sein Militär. Flugzeugträger, Tarnkappenjäger, Anti-Schiffsraketen, U-Boote – die Liste der materiellen Modernisierung ist lang. Dabei wird von der internationalen Presse allerdings der wichtigere Prozess gerne übersehen: Die Professionalisierung der Streitkräfte und damit die Abkehr von der Politarmee nach kommunistischer Lesart. Damit sollen die Streitkräfte der Volksrepublik das Rüstzeug erhalten, um militärisch mit den USA gleichzuziehen.

Fähigkeiten

Wachsendes Selbstbewusstsein zeigen die Soldaten der chinesischen Ehrenformation beim Besuch von US-Verteidigungsminister Robert Gates im Januar.

▶▶ Die Volksbefreiungsarmee Chinas hat schon einige Kriege geführt. Doch an dem Wafengang, der sie wie kein anderer verändern sollte, war sie nicht beteiligt. Erstaunt sahen die chinesischen Entscheidungsträger auf CNN die Bilder von intelligenten Bomben der USA im Irak-Krieg 1991. Die scheinbar unüberwindbare Überlegenheit der Amerikaner ließ die Führung der Volksrepublik aufschrecken. Es stellte sich die Frage, ob man im Falle eines Konfliktes

mit den USA in der Lage wäre, die neuen wirtschaftlichen Ballungszentren in Küstennähe schützen zu können. Die vorhandenen Streitkräfte maoistischer Prägung als Kampf-, Produktions- und Politarmee schienen dafür auf einen Schlag wenig geeignet.

Dabei hatte bereits 1975 der Reformler Deng Xiaoping wenig Schmeichelhaftes über die Volksbefreiungsarmee (VBA) zu sagen. Sie sei »aufgebläht, unbekümmert, eingebildet, extra-

vagant und träge«. Doch für Deng stand die wirtschaftliche vor der militärischen Entwicklung, und so musste sich das Militär weitere 15 Jahre gedulden, bis es eine umfassende Modernisierung erfuhr.

In den 1990er Jahren wurden unter dem damaligen Generalsekretär der KP Chinas, Jiang Zemin, die »Militärischen Richtlinien für das neue Zeitalter« verabschiedet, die die chinesischen Streitkräfte dazu befähigen sollten, lokal

begrenzte Kriege unter Hochtechnologie-Bedingungen – auch über Taiwan hinaus – zu gewinnen. Der Fokus stand nun auf Qualität, nicht mehr auf Quantität. Nicht das Massenheer sollte den Sieg im Konfliktfall herbeiführen, sondern eine professionalisierte Armee mit modernen Waffensystemen. Dabei lag der Schwerpunkt allerdings nicht ausschließlich auf den neuen Rüstungsprojekten. Im Zentrum des Modernisierungsprozesses stand die Professionalisierung der Streitkräfte. Erst gut ausgebildete Soldaten und eine wohlüberlegte Taktik verleihen modernen Waffensystemen ihre Effektivität.

Die Professionalisierung der VBA gestaltete sich jedoch schwieriger als gedacht. So waren militärische Ränge, eine Selbstverständlichkeit auf der gesamten Welt, unter dem Yan'an Modell aus den 1960er Jahren weitgehend belanglos geworden. Im Fokus stand der Soldat als Vorbild für die Bevölkerung. Konsequenterweise besaß daher der politische Unterricht eine dominantere Rolle als die militärische Ausbildung. Dies änderte sich mit den Reformen unter Deng und Jiang. Die Polit-Erziehung wurde komplett durch militärische Ausbildung ersetzt.

Mitte der 1990er endete ebenfalls die Existenz der Streitkräfte als Produktionsarmee. Bis dahin besaß die Armee zehntausende Betriebe, um sich möglichst autark versorgen zu können. Dies hatte den Effekt, dass ganze Einheiten sich ausschließlich um den eigenen Betrieb kümmerten. Korruption blühte. Und zu allem Überfluss machten diese indirekt staatlich geförder-

ten Armeebetriebe den neuen privaten Betrieben der Reformära Konkurrenz und behinderten somit den Erfolg des wirtschaftlichen Aufschwunges. Die Parteiführung beschloss, die Existenz der Produktionsarmee zu beenden, und befahl den Generälen, die Betriebe aufzulösen oder in staatliche Hände zu übergeben. Obwohl dieser Befehl eindeutig gegen die Interessen vieler Offiziere der VBA gerichtet war, fügten sich diese widerstandslos. Ein eindeutiges Zeichen dafür, dass die Partei immer noch die Kontrolle über das Militär in Händen hält.

Der Modernisierungsprozess endete aber nicht mit der Abschaffung der Polit- und Produktionsarmee. Nun setzte die Führung den Fokus auf die Modernisierung der Ausbildung. So sagte Jiang Zemin noch als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission 2003, dass die Armee einen großen Bedarf an hoch ausgebildetem und talentiertem militärischen Personal habe. In diesem Sinne waren bereits früher die Militärakademien entstanden, deren Absolventen sich sehr stark mit ihren Schulen identifizieren. Die alten Feldarmee-Loyalitäten aus den Zeiten Maos spielen keine Rolle mehr. Die Akademien dienen vor allem dem Zweck, die neueste militärische Richtlinie unter dem heutigen Staatschef Hu Jintao zu erfüllen: lokal begrenzte Kriege im Informationszeitalter zu gewinnen – auch besser bekannt als »vernetzte Kriegsführung«, zu finden in jedem neueren Weißbuch westlicher Industrienationen. China zielt darauf, mit den Fähigkeiten der USA gleichzuziehen.

Dies lässt sich aber nicht mit Bauern bewerkstelligen, die früher den größten Teil der größten Armee der Welt mit 4,2 Millionen Soldaten ausgemacht haben.

Verteidigungsstudenten machen die Volksbefreiungsarmee professioneller.

Von 1978 bis in die späten 1990er Jahre ist daher die Volksbefreiungsarmee um über 1,7 Millionen Soldaten geschrumpft, darunter vornehmlich Offiziere, um finanzielle Kapazitäten freizustellen. Mit der gleichzeitigen Modernisierung soll die Armee somit attraktive Arbeitsmöglichkeiten bieten. Dabei wurde früh erkannt, dass die klassische Ausbildung über die Militärakademien den Bedarf an professionellen Offizieren nicht decken kann. Mit dem Programm »guofang sheng – nationaler Verteidigungsstudent« soll jungen Universitätsabsolventen die Möglichkeit geboten werden, eine militärische Karriere einzuschlagen. Allein im Jahr 2006 wurden über 11.000 »Verteidigungsstudenten« registriert, fast genauso viele wie an

den Militärakademien. Heute werden jährlich rund 3.000 Offiziere auf diese Weise in die Streitkräfte aufgenommen. Daneben werden vakante Stellen vor allem im technischen Bereich mit Absolventen der Ingenieurwissenschaften und verwandten Fächern direkt besetzt. Es scheint, dass die Volksbefreiungsarmee der Bundeswehr in diesem Punkt bereits ein gutes Stück voraus ist.

Das Ziel Chinas, mit den USA in Sachen Ausbildung und Professionalität gleichzuziehen, ist zwar nicht in naher Zukunft zu erreichen. Allerdings gibt es bereits heute Bereiche, in denen die Volksrepublik eindeutig aufholt, wenn nicht gar schon gleichgezogen hat. Im Jahr 2000 zum Beispiel hatte ein chinesischer Luftwaffenpilot weniger als einhundert Flugstunden pro Jahr und damit nicht einmal die Hälfte eines amerikanischen Piloten. Zudem wurden die Übungen sehr realitätsfern gestaltet, direkter Luftkampf war größtenteils nicht vorgesehen. Heute stellt sich das Bild wesentlich anders da: Chinesische Piloten haben nun ebenfalls 200 Flugstunden pro Jahr auf ihrem Konto und üben regelmäßig realistische Szenarios in großangelegten Manövern, vornehmlich mit den Mitgliedsstaaten der Shanghaier Kooperation. Erst in Verbindung mit solch gut ausgebildeten und trainierten Piloten werden die neuen Tarnkappenjäger J-20 der chinesischen Streitkräfte zu einem ernsthaften Gegenpart für Amerikas Präsenz in Ostasien. ◀◀

Quellen und Links:

[Die Financial Times Deutschland](#)
[vom 15. Januar 2011](#)

[Bericht der *defensenews.com*](#)
[vom 11. Januar 2011 über den Erstflug von](#)
[Chinas Tarnkappenkampfflugzeug »J-20«](#)

[Studie des United States Army War College](#)
[»The PLA at Home and Abroad« vom Juni 2010](#)

[Bericht der RAND Corporation](#)
[vom Mai 2010 über die Entwicklung](#)
[der chinesischen Luftwaffe](#)

Entscheidung vertagt

von Marcus Mohr
und Michael Seibold

Afghanisierung des Krieges: Mehr und mehr heimische Sicherheitskräfte und Milizen werden von der ISAF ausgebildet. Hier ein Mitglied es »Afghan Road Maintenance Team« aus dem Tagab-Tal bei einer Übung.

Das Jahr 2010 sollte im Kampf der ISAF gegen Taliban und andere Aufständische in Afghanistan die Entscheidung bringen. Ein klarer Erfolg der Koalition ist aber ausgeblieben. Deutlich gestiegen sind die Verluste. Während die US-Regierung gerade deshalb auf dem Abzugsbeginn im Sommer besteht, äußert sich ISAF-Kommandeur David Petraeus wesentlich zurückhaltender. Indes nimmt der Zusammenhalt der Koalition ab, und auch in Deutschland bröckelt der parteiübergreifende Konsens, der bislang den Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch stützte.

Foto: US Air Force/Joseph Swafford

►► Am deutlichsten hatte US-General Stanley McChrystal beschworen, dass im Jahr 2010 die Würfel fallen müssten: »Failure to gain the initiative and reverse insurgent momentum in the near-term (next 12 months) risks an outcome where defeating the insurgency is no longer possible«, so der damalige ISAF-Kommandeur im September 2009. Etwas anderes lässt auch die US-Administration bis heute nicht gelten, denn im Sommer 2011 soll der Abzug amerikanischer Soldaten vom Hindukusch beginnen, wie mehrfach von Präsident Barack Obama angekündigt.

Ein Vierteljahr nach McChrystals Festlegung fielen die Würfel aber zunächst ganz anders: Obama entließ ihn nach einem allzu offenen Interview im Rolling Stone Magazine und benannte General David Petraeus als dessen Nachfolger. Petraeus wurde beauftragt, die schon im Irak erfolgreiche »Surge«-Strategie auf Afghanistan übertragen: Mehr Soldaten sollten den Aufständischen die militärische Initiative entreißen, damit kurzfristig die Sicherheit erhöhen und es der Koalition erlauben, die Sicherheitsverantwortung so bald wie möglich auf die Afghanen zu übertragen.

Petraeus – ein erfahrener und ausgewiesener Experte der Aufstandsbekämpfung – aber begann schnell damit, seine eigene Regierung und die Verbündeten darauf vorzubereiten, dass der Kampf länger dauern könnte als geplant. Ein Jahr nach den optimistischen Äußerungen seines Vorgängers verschob der ISAF-Kommandeur in einem Leitartikel des *Army Magazine* im Oktober 2010 die Hoffnungen der Koalition auf 2011: »The year ahead will be a critical period during which we can help our Afghan partners further their gains and work toward long-term security and economic opportunity in their country.« Die Zeit bislang habe die »Bedingungen für Fortschritt« geschaffen. Demnach erwartet Petraeus Fortschritt also erst in diesem Jahr. Entsprechend will er, so heißt es, den Truppenabzug nicht im Juli beginnen, sondern abwarten, wie sich die Situation entwickelt. Die neue militärische Führung scheint die Entscheidung noch abzuwarten.

Die Offensiven der Verbündeten im Süden Afghanistans kommen trotz ihres großen Umfangs in der Tat nur langsam voran. Die Clear-and-Hold-Taktik der ISAF schreitet nur Distrikt um Distrikt voran. In den

Unruheprovinzen herrscht Kleinkrieg, Entscheidungsschlachten bleiben aus. Es rächte sich in diesem Jahr, dass der Kriegsschauplatz am Hindukusch so lange von der Führungsmacht USA vernachlässigt worden war. Die Taliban waren vorbereitet und dementsprechend musste die ISAF in diesem Jahr so viele Verluste wie noch nie seit Beginn ihres Einsatzes hinnehmen.

Bedingungen für Fortschritt sind kein Fortschritt.

Auch politisch ist noch keine Entscheidung gefallen. Zwar sind die ersten Abzugskandidaten mittlerweile ermittelt – die Niederlande zogen 2010 ab, Kanada wird demnächst folgen, die französische Meinung schwankt –, doch gerade aus deutscher Sicht scheint alles offen. Ende Januar verlängerte der Bundestag das Mandat für die deutsche ISAF-Beteiligung erneut. Mit der expliziten Perspektive auf eine Truppenreduzierung zwar, aber nur wenn sich die Sicherheitslage bis Ende 2011 verbessert hat. Dieses Caveat ist der Meinungsverschiedenheit zwischen Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und Außenminister Guido Westerwelle geschuldet. Man könne nicht so weit in die Zukunft schauen und müsse sehen, wie die Lage konkret zu Jahresende aussehe, so zu Guttenberg. Westerwelle hingegen war sich sicher: »Wir werden in diesem Jahr mit der Rückführung der Präsenz der Bundeswehr zum Ende des Jahres beginnen.«

Und wie in der Regierungskoalition spiegeln sich auch in der Opposition zwei Meinungen wider: Trotz der offiziellen Linie der SPD-Führung, die den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr weiter unterstützt, mehren sich die Stimmen in der Partei, die sich für einen sofortigen Abzug aussprechen, unter ihnen der Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns Erwin Sellering. Die Grünen indes zeigten sich bei der Mandatsabstim-

mung im Reichstag als gespalten, viele von ihnen enthielten sich der Stimme. Wirklich entscheidend scheint 2010 also nicht gewesen zu sein.

Minimalziel erreicht

Wirklich sicher sind sich auch die Autoren des »Fortschrittsbericht Afghanistan« der Bundesregierung nicht: »Das Jahr 2010 könnte jedoch auch als Wendepunkt betrachtet werden«, denn die neue ISAF-Strategie habe »2009 und 2010 die Voraussetzungen dafür geschaffen, den Abwärtstrend zu stoppen.« Es seien somit »alle Voraussetzungen für eine spürbare Trendwende im Jahr 2011 gegeben.« Kaum eine andere Wortwahl als General Petraeus sie getroffen hat. Immerhin: Ein Minimalziel wäre erreicht, wenn die stetige Verschlechterung der Sicherheitslage im



Foto: US Marine Corps/Heidi Agostini

Gefallene der ISAF

	USA	Großbri- tannien	Kanada	Frankreich	Deutsch- land	Dänemark	Italien	Spanien	Nieder- lande	Polen	Australien	Rumänien	Übrige	gesamt
2001	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12
2002	49	3	4	-	10	3	-	-	-	-	1	-	-	70
2003	48	-	2	-	6	-	-	-	-	-	-	2	-	58
2004	52	1	1	3	-	1	1	-	-	-	-	-	1	60
2005	99	1	1	2	4	-	2	18	-	-	-	1	3	131
2006	98	39	36	6	-	-	6	1	4	-	-	1	-	191
2007	117	42	30	3	7	6	2	4	8	1	3	1	8	232
2008	155	51	32	11	3	13	2	2	6	7	3	3	7	295
2009	317	108	32	11	7	7	9	1	3	8	4	3	11	521
2010	499	103	16	16	9	9	12	4	4	6	10	6	17	711
gesamt	1446	348	154	52	46	39	34	30	25	22	21	17	47	2281

Quelle: iCasualties.org

vergangenen Jahr aufgehalten wurde. Erst im Vergleich mit den kommenden Monaten kann festgestellt werden, ob diese Behauptung zutrifft.

Klare Ergebnisse aber sehen anders aus. Diese Auffassung teilt auch Citha Maaß von der Stiftung für Wissenschaft und Politik »Die Äußerungen im Fortschrittsbericht und im Mandat zu einem Truppenabbau werden an so viele Bedingungen geknüpft, dass ich keine echte Abzugsperspektive sehe«, so Maaß in einem Interview mit dem *Hamburger Abendblatt*. Das Entscheidungsjahr in Afghanistan war also keines. Es bleibt beim Unentschieden. ◀◀

Quellen und Links:

[Bericht des Hamburger Abendblatts vom 29. Januar 2011 über die Mandatsverlängerung des Bundestages](#)

[Fortschrittsbericht Afghanistan der Bundesregierung vom Dezember 2010](#)

[David Petraeus im ARMY Magazine vom Oktober 2010](#)



Amerikas neue beste Freunde im Osten Europas: US-Vizepräsident Joseph Biden wurde bei seinem Rumänienbesuch im Oktober 2009 von Staatschef Traian Băsescu herzlich aufgenommen.

►► Als einer der ersten Nato-Partner erklärte Rumänien sich nach den Anschlägen des 11. September 2001 bereit, Truppen zur Unterstützung ihres Partners USA nach Afghanistan zu entsenden. Obwohl für den Einsatz in Zentralasien völlig unvorbereitet, schickte die rumänische Armee ihr erstes ISAF-Kontingent bereits im Mai 2002. Als Rumänien 2004 Nato-Mitglied wurde, erhöhte es seinen Beitrag in Afghanistan. Nach dem Rückzug aus dem Irak und mitten in der Finanzkrise entschied im Januar 2010 der für Truppeneinsätze verantwortliche Ministerrat, unter der Leitung des Präsidenten Traian Băsescu und des Mitte-Rechts-Premiers Emil Boc von der »Partidul Democrat Liberal«, 600 aus Irak zurückkehrende Soldaten zur Verstärkung nach Afghanistan zu schicken. Über die Jahre hinweg wurde der Beitrag Rumäniens zur ISAF stetig erhöht und ist, mit momentan knapp 1.800 Soldaten in den südlichen Provinzen Zabul und Kandahar, der zweithöchste unter den mittel- und osteuropäischen Ländern, die sich für ISAF engagieren.

Bukarests Bündnistreue

von Iulia Joja

Rumäniens Sicherheitspolitik unterscheidet sich stark von der »alter« Nato-Mitglieder. Das Land will sich im Kontext des Afghanistaneinsatzes durch einen relevanten militärischen Beitrag in Kandahar als loyaler ISAF-Partner beweisen und hat als sicherheitspolitische Priorität die strategische Partnerschaft mit den USA. Diese Haltung ist innenpolitisch so gut wie gar nicht umstritten.

Unmittelbar vor dem letzten Nato-Gipfel im November 2010 in Lissabon erklärte Präsident Băsescu, dass Rumänien sich solange nicht aus Afghanistan zurückziehen werde, bevor nicht die Nato das gesamte afghanische Staatsgebiet kontrolliere – vorausausichtlich also nicht vor dem Jahr 2014. So setzt Bukarest seine Solidarität gegenüber Washington fort: Rumänien verließ auch den Irak nur im letzten Moment, zusammen mit den Amerikanern.

Dabei debattierte Rumäniens Öffentlichkeit noch während des Irakkriegs über einen möglichst frühzeitigen Abzug der eigenen Truppen. Ein Grund lag gewiss in der Rivalität der damaligen zentristischen und konservativen Koalitionspartner, Auslöser der Diskussion war aber die Entführung rumänischer Journalisten im Irak. Im Unterschied dazu schließt die politische Führung heute einen baldigen Rückzug Rumäniens aus Afghanistan aus. Das Thema wird auch in der Öffentlichkeit kaum problematisiert. ►►

Die wenigen medialen Beiträge zum Thema stellen den nationalen Beitrag zu ISAF sowohl als notwendig, als auch selbstverständlich dar. In einem Artikel über die rumänische Motivation zum Afghanistaneinsatz stellte Ravzan Belciuganu im Juni letzten Jahres im *Jurnalul Național*: die rhetorische Frage »Warum ist es notwendig, dass ungefähr 1.000 rumänische Soldaten unser Geld in Afghanistan ausgeben?« Die Antwort gab er gleich selbst: »Diese Art von Problemstellung annulliert alles, was Rumänien im letzten Jahrzehnt erreicht hat.« Zum Erreichten zählt Belciuganu die Vorteile, die Rumänien durch seine Beteiligung an der ISAF erhalte: Erfahrungsgewinn für das Militär, Aufbau guter Beziehungen zu Afghanistan und vor allem der Beweis gegenüber der internationalen Gemeinschaft, dass Rumänien ein verlässlicher Bündnispartner sei.

Rumäniens Helden gehen ihr eigenes Risiko ein.

Die seltene Problematisierung von Außenpolitik in der öffentlichen Debatte ist ein allgemeines Phänomen, das die meisten ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas kennen. Im Unterschied zu den »alten« EU- und Nato-Partnern werden Militäreinsätze in den »neuen« Mitgliedsstaaten als eine politische Entscheidung angesehen, bei der die Öffentlichkeit nicht mitwirken kann. Zudem gibt es ein allgemein begrenztes Interesse gegenüber außenpolitischen Themen in Rumänien. Dies ist verständlich in einer Gesellschaft, die noch voll damit beschäftigt ist, ihre Wirtschaft anzukurbeln und einen Wohlfahrtsstaat aufzubauen. Ein Vergleich zwischen Deutschland und Rumänien in Bezug auf die Wahrnehmung des Militärs und seiner Einsätze ist bemerkenswert: Während in der Bundesrepublik Soldaten oftmals kritisiert werden und die Öffentlichkeit internationale militärische Einsätze mehrheitlich negativ wahrnimmt, sehen die meisten Rumänen den nationalen Einsatz in Afghanis-



Foto: Rumänisches Präsidialamt

tan als einen Beweis ihres Engagements auf internationaler Ebene und als eine Möglichkeit, sich innerhalb der Nato zu behaupten.

Wenn die Rede auf die inzwischen 17 Gefallenen in Afghanistan kommt, dann betrachten Rumänen diese als Helden, die sich für ihr Land eingesetzt haben und zu dessen guten Ruf beitragen. Das Argument, dass man einen Krieg führe, der nicht der ihre ist, in dem jedoch rumänische Soldaten sterben, wird schnell gekontert durch das Gegenargument, die Soldaten bewerben sich freiwillig und gingen dadurch ihr eigenes Risiko ein.

Trotzdem stellt sich die Frage, was Bukarest motiviert, sich in Afghanistan so intensiv zu engagieren. Vor 2004 war die Hauptmotivation ein schneller Nato-Beitritt, der Rumäniens Sicherheit erhöhte und größeren Auslandsinvestitionen einbrachte. Die Zustimmung der rumänischen Öffentlichkeit zum Beitritt war die höchste unter den neuen Mitgliedsstaaten. Doch bis heute hat Afghanistan für das Verteidigungsministerium Rumäniens, derzeit unter Gabriel Oprea, Priorität. Neben der Behauptung, sich als aktiver und zuverlässiger Nato-Partner beweisen zu müssen, wird »nationale Sicherheit« ins Feld geführt – Oprea und andere Politiker betrachten den Terrorismus als größte Bedrohung für Rumänien, wie das Bukarester »Institute for Public Policy« bereits 2005 feststellte. Auf ersten Blick, so die Experten des Instituts, werde Terrorismus als eine nationale Bedrohung konstruiert, da Rumänien im Gegensatz zu etwa

Großbritannien oder Spanien nie Ziel von terroristischen Angriffen war. Andererseits stiegen die Chancen eines möglichen Anschlags in Rumänien durch die strategische Partnerschaft mit den USA und den amerikanischen Raketen-Abwehrschirm, der auf rumänischem Staatsgebiet installiert werden soll.

Für den einzelnen rumänischen Soldaten hingegen bedeutet eine Abkommandierung nach Afghanistan ein hohes Einkommen, für das das Risiko für Leib und Leben in Kauf genommen wird. Zudem genießen die Armee und das Verteidigungsministerium in Rumänien ein hohes Ansehen. Während der Revolution im Jahre 1989, als in Rumänien der Regimewechsel stattfand, standen die Streitkräfte auf der Seite des »Volkes« und gegen das alte Ceaușescu-Regime. Dies und die Bereitschaft des Militärs, mit der neuen zivilen Führung zusammenzuarbeiten, führte dazu, dass das Militär zu den Institutionen gehört, zu dem Rumänen immer noch größtes Vertrauen haben.

Sicherheitspolitische, normative und finanzielle Motive erklären demnach das Engagement der Rumänen in Afghanistan. Zudem herrscht auf politischer Ebene Konsens über die Bedeutung der Nato für Rumänien, sowohl auf politischer als auch auf militärischer Ebene. Dies sind gleichzeitig Gründe, warum die Gefallenen in der Öffentlichkeit selten Gesprächsthema sind.

Rumäniens Priorisierung ihrer transatlantischen Partnerschaft führte automatisch zu seinem stetigen und vergleichsweise hohem Beitrag zur ISAF. Wie Politiker und Journalisten einhellig argumentieren, betrachtet Rumänien sein Engagement am Hindukusch als Pflicht. Ob allerdings, wie von Präsident Băsescu behauptet, die Nato tatsächlich Afghanistans komplettes Territorium bis 2014 kontrollieren wird, steht in den Sternen. Einfacher vorauszusehen ist, dass Rumänien auf keinen Fall vor seinem strategischen Partner USA vom Hindukusch zurückkehren wird. ◀◀

Iulia Joja hat *International Conflict Studies* am King's College in London studiert.

Quellen und Links:

[Meldung der rumänischen *Nine O'Clock* vom 2. Dezember 2010](#)

[Bericht der *Nine O'Clock* über Rumäniens Verhältnis zur Nato vom 29. Oktober 2010](#)



Die Verringerung der Arbeitslosenquote in den afghanischen Provinzen dient der ISAF immer häufiger als Mittel zur Aufstandsbe-kämpfung. Die wirtschaftliche Lage der Menschen spielt eine ent-scheidende Rolle. Also gewinnt der zivile Anteil von »counter insur-gency« an Bedeutung, besonders wenn man die Abhängigkeit der Aufständischen beziehungsweise der Taliban vom Zuspruch der lo-kalen Zivilbevölkerung bedenkt.

Welche Rolle spielt der wirtschaftliche Erfolg Einzelner im Krieg am Hindukusch? US-Forscher des kalifornischen »Institute on Global Conflict and Cooperation« haben eine gewagte These aufgestellt.

Arbeitslos und sicher

Beschäftigungslosigkeit ist neutral

CONTRA von Wolfgang Alschner

►► Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Sicherheit ist zweifelsohne komplex. Nicht nur weil beide Größen einander bedingen und die Art des jeweiligen Einflusses schwer zu bestimmen ist, sondern auch weil viele andere Faktoren das Verhältnis beider beeinflussen. So-wohl psychologische Größen wie Einschüchterung und politische Motive bis hin zu »messbaren« materiellen Faktoren haben Auswirkung auf das Zusammenspiel von Arbeitslosigkeit und Sicherheit.

Preisdumping auf dem Markt für Informationen

PRO von Caterina Becker

►► Arbeitslosigkeit destabilisiert Staaten und bietet den Nährboden für Aufständische. Diese Erkenntnis ist mittlerweile geradezu zur Binsen-weisheit geworden. Und in der Tat: Insbesondere die Taliban scheinen ein attraktiver – oft der einzige – Arbeitgeber zu sein für Beschäftigungs-lose, die zu »Aufstandstagselöhnern« werden. Bereits im November 2009 haben die amerikanischen Politologen Eli Berman, Joseph Felter und Ja-cob Shapiro aber errechnet, dass in Aufstandsgebieten wie in Afghanis-

Für die Aufstandsbekämpfung in Afghanistan bedeutet es, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit allein keinen Mehrwert bringen kann. Mit anderen Worten, Arbeitslosigkeit an sich ist in erster Linie neutral. Ob empirische Studien einen positiven oder negativen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Sicherheit feststellen, ist daher zweitrangig. Es sind letztlich die weiterreichenden Lebensumstände der Menschen, die Arbeitslosigkeit einen Kontext geben und zu einem Erfolg oder Scheitern der Aufstandsbekämpfung führen. Das Ziel, die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen, ist dabei vielsagender als es klingen mag. Es gilt, die gefühlte Lebensqualität der örtlichen Bevölkerung zu erhöhen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen kann dabei nur als einer von vielen Aspekten einer Counter-Insurgency-Strategie erfolgreich sein.

Wenn also nur im Kontext die Schaffung von Arbeitsplätzen volle Wirkung entfalten kann, heißt dies, dass in anderen Umständen die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sogar kontraproduktiv sein könnte? Ein Beispiel dafür könnte tatsächlich der Markt für Informationen zur Aufstandsbekämpfung sein. Ist die Arbeitslosigkeit hoch, sind Hinweise über die Taliban »billig«. In der Hand der ISAF können diese Informationen wiederum zur Verhinderung und Reduzierung von Gewalt genutzt werden. Leider verkennt diese Analyse wiederum die Rolle des Kontexts. Der Markt an Information ist ebenso neutral wie Arbeitslosigkeit. Mit anderen Worten: Genauso wie die ISAF können die Taliban auf diesem Markt Informationen preiswert erwerben. Die wiederum können Anschläge erleichtern und zu einem Anstieg der Gewalt führen.

Das Verhältnis von Arbeitslosigkeit und Sicherheit ist also weder auf Binsenweisheiten zu reduzieren noch zu verallgemeinern. Es kommt stattdessen auf die weiteren Lebensumstände der Menschen an. Und da gibt es in Afghanistan noch viel zu tun. ◀◀

tan, Irak und in den Philippinen die Zahl von Anschlägen auf Regierungseinrichtungen und -Soldaten keineswegs automatisch wächst, wenn die Arbeitslosigkeit steigt.

Es lohnt sich also, abseits der Binsenweisheit zu denken. Denn: Arbeitslosigkeit kann lokal und kurzfristig auch einen Nutzen für die den Kampf gegen die Taliban und andere Gruppen haben. Aufstandsbekämpfung – auch in Deutschland ist der englische Begriff »counter insurgency« (COIN) zunehmend geläufig – zielt darauf ab, die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen, Aufständischer habhaft zu werden und die Sicherheit zu erhöhen. Dafür sind die COIN-Kräfte besonders stark auf Informationen angewiesen. Gerade solche Informationen werden aber billiger, wenn die Arbeitslosigkeit steigt. Der Markt für Information und sachdienliche Hinweise bewegt sich somit im Falle von hoher Arbeitslosigkeit und sinkender Verdienste zu einem geringeren »Stückpreis« für jede einzelne Information – und damit erhöht sich der Grad an Sicherheit. Diese Korrelation stellt einen simplen ökonomischen Zusammenhang dar, den die COIN-Kräfte nutzen können, um auf kosteneffektive Art und Weise die aufständische Gewalt zu verringern.

Die Bezahlung für Informationen muss auch keineswegs immer nur mit Geld erfolgen: Auch die Bereitstellung öffentlicher Güter – Schulen, Strom- und Wasserversorgung, Infrastruktur – durch die Regierung stellt ein Anreiz für die Bevölkerung dar, ihre Informationen mit der Regierungsseite und eben nicht den Aufständischen zu teilen. Zumindest solange der Nutzen für den Einzelnen das Risiko übersteigt, von den Aufständischen »bestraft« zu werden.

Auf kurze Sicht kann Arbeitslosigkeit also paradoxerweise helfen, Aufständische zu bekämpfen und – lokal – die Sicherheit der Bevölkerung zu erhöhen. ◀◀

Quellen und Links:

[Working Paper »Do Working Men Rebel?«](#) des »Institute on Global Conflict and Cooperation« vom Dezember 2010

Das Erbe der Gewalt

von Manuela Pelz

Mit einer überwältigenden Mehrheit von über 99 Prozent hat die Bevölkerung des Südsudans im Januar für die Unabhängigkeit der Region gestimmt. Doch auch wenn alte Zentralregierung in Khartum unter Omar al-Bashir das Ergebnis des Referendums akzeptiert – ein Blick in Gegenwart und Geschichte des ungeteilten Sudan zeigt, dass die Ursachen für Konflikte die Abstimmung überdauern können. Die kommende südsudanesishe Regierung übernimmt blutige Altlasten auch unter den Menschen, die bislang gegen die Herrschaft des Nordens vereint waren.

Böse Miene zum guten Spiel: Sudans Präsident und Diktator Omar al-Bashir zeigt sich mit der Unabhängigkeit des Südsudans einverstanden.

Foto: US Navy/Jesse B. Awalt

►► Voller Enthusiasmus strömte die südsudanische Bevölkerung vom 9. bis zum 15. Januar 2011 in die Wahllokale, um sich in einem Referendum dafür zu entscheiden, dass sich der Süden vom Norden des Landes trennen und einen eigenständigen Staat bilden wird. Die Volksabstimmung war Teil des »Comprehensive Peace Agreement«, das 2005 unter Mithilfe der internationalen Staatengemeinschaft und nach langen Verhandlungen zwischen der »Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung« (SPLM) und der Regierung des Präsidenten Omar al-Bashirs ausgehandelt worden war. Bis dahin hatten seit der Unabhängigkeit des Sudans im Jahr 1956 – bis auf eine kurze Periode des friedlicheren Zusammenlebens – Bürgerkriege und gewaltvolle Konflikte das Leben der Menschen im Sudan beherrscht.

Der Sudan gehört (noch) zu den größten Flächenstaaten Afrikas – er ist circa 13-mal so groß wie Deutschland – und hier leben circa 150 Sprachgruppen, sowie etwa 20 verschiedene ethnische Großgruppen, die sich wiederum in knapp 600 Untergruppen aufgliedern. Diese verschiedenen ethnischen Gruppen werden grob in Araber und Afrikaner oder aber in muslimische und nichtmuslimische Stämme unterteilt. Diese ethnische Pluralität haben verschiedenen Kolonialherren und Regierungen zudem noch auf ganz eigene Weise geprägt.

Vor der ägyptisch-osmanischen Besatzung seit 1821 gab es nicht das eine Land Sudan. Die Region war keine politische Einheit, sondern

bestand aus verschiedenen unabhängigen Königreichen. Auch vermochten die ersten Besatzer es nicht gleich, das ganze Gebiet einzunehmen. Den Bewohnern der südlichen Gebiete gelang es sehr lange, Widerstand gegen die ägyptisch-osmanische und anfänglich auch gegen die 1882 folgende britisch-ägyptische Kolonialherrschaft zu leisten.

Marginalisierung des Südens, Förderung des Nordens

Während des britisch-ägyptischen Kondominiums über den Sudan wurden der Norden und Süden sehr ungleichgewichtig behandelt. Im Norden, in dem vor allem arabisch-muslimische Stämme lebten, konnten sich Wirtschaft und Bildung weiter entwickeln. Im Vergleich dazu blieb der Süden recht marginalisiert. Er war nur bedingt von Interesse für die britische Kolonialregierung, da es zu dieser Zeit dort keine bekannten Ressourcen gab und die Kosten für die Verwaltung und Kontrolle des Südens weitaus höher als der Nutzen gewesen wären. Gleichzeitig lag es aber auch im Interesse der Briten, dass der arabisch-islamische Einfluss nicht auch den Süden erfassen würde. »Mit der fadenscheinigen Begründung, der Süden sei noch nicht reif ge-

nug für eine Modernisierung«, urteilt der deutsche Historiker Magnus Pahl, »betrieben sie mit ihrer ›southern policy‹ eine heimliche Abschottungspolitik, die den Süden isolieren sollte und im Ergebnis die kulturelle, ethnische und sprachliche Aufspaltung des Gesamtstaates administrativ festigte.«

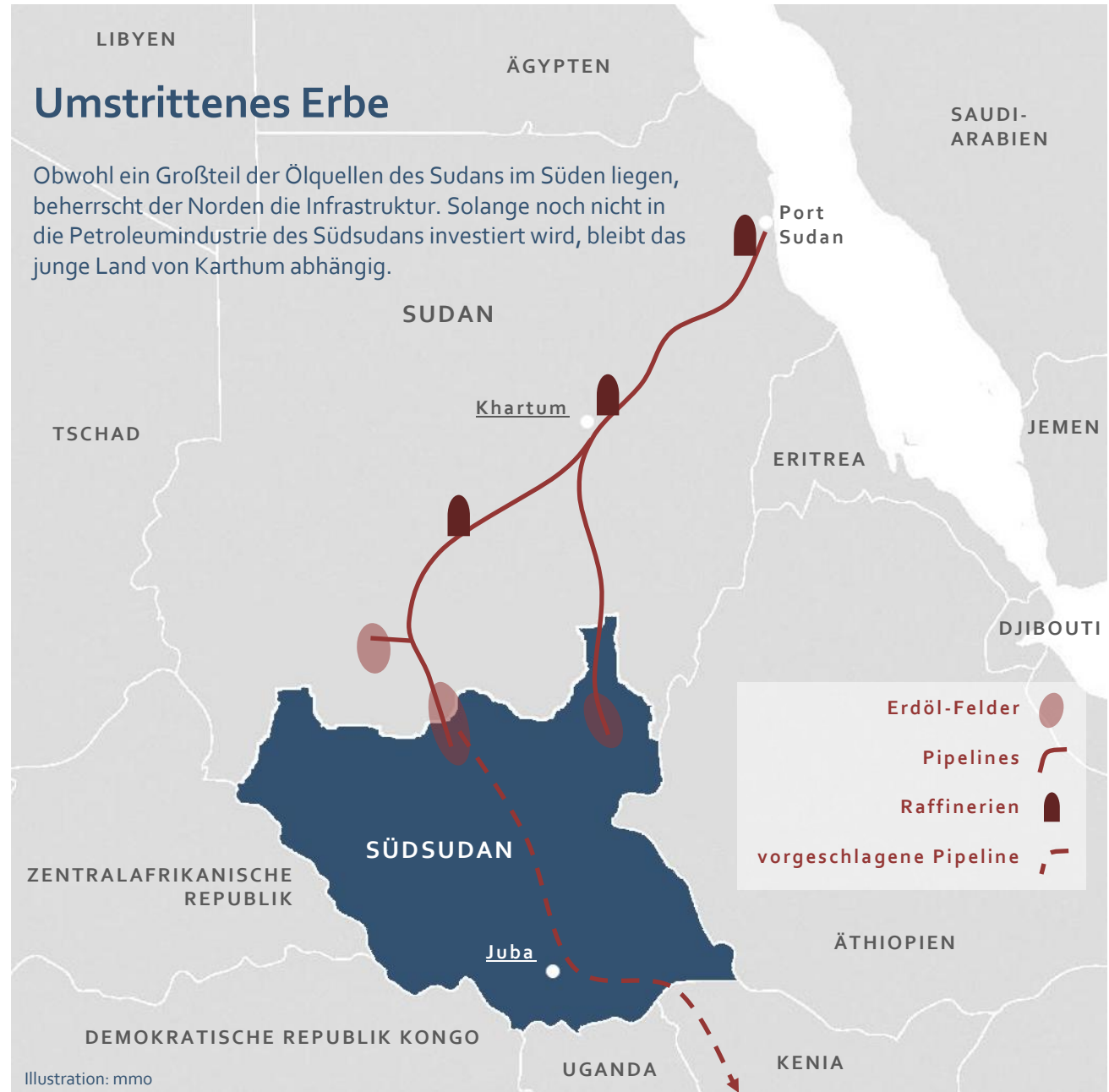
Der Norden konnte dagegen unter den Augen der Kolonialherren eigene wirtschaftliche und politische Eliten aufbauen und das Arabische als Amts- und Verwaltungssprache etablieren. Im Süden hingegen sollte Englisch – auf Wunsch der Kolonialregierung – zur Amts- und Verwaltungssprache werden. Jedoch war dies durch das minimale Bildungsangebot kaum umsetzbar. Dadurch blieb zum einen im Süden weiterhin eine immense Sprachvielfalt bestehen. Zum anderen führte dies auch dazu, dass die Bewohner des Südens kaum Möglichkeiten besaßen, selbst in höhere Positionen der Verwaltung aufzusteigen und somit von den politischen Entscheidungen in ihrem Land ausgeschlossen waren.

Neben dieser Ungleichbehandlung durch Briten und Ägypter spielten und spielen der Sklavenhandel, der vor allem von den arabischstämmigen Nordsudanesen mit den Menschen aus dem Süden betrieben und von der britischen Kolonialregierung toleriert wurde, sowie die sogenannten »traditionellen Feindschaften« zwischen den verschiedenen Abstammungsgemeinschaften des Sudans bis heute eine entscheidende Rolle in den Konflikten der Region. ►►

Als die britische-ägyptische Kolonialverwaltung die »Nation Sudan« 1956 ins Leben rief und in die Unabhängigkeit entließ, ignorierte sie das enorme Spannungspotential, das sich durch die drei Faktoren – Ungleichbehandlung, Sklavenhandel und traditionelle Feindschaften – aufgebaut hatte. Der Norden war dem Süden wirtschaftlich und politisch nicht nur weit überlegen, sondern er war auch politisch und im Alltag von einer ganz anderen religiösen Strömung, dem Islam, geprägt. Gerade vor diesem Hintergrund trennen bis heute Identitäten und Lebensvorstellungen der Menschen im Norden und Süden Welten voneinander.

Der neue Staat beruhte somit nicht auf einer Gemeinschaft von Menschen, die sich für einen Weg als eine Nation entschieden hatten, sondern war ohne die Einbeziehung der verschiedenen Gruppen entstanden. So ist es nicht verwunderlich, dass es bereits kurz vor der Unabhängigkeit zu Gewaltausbrüchen kam, da die Bewohner des Südens fürchteten, im neuen Staat wieder vom Norden benachteiligt, vergessen und unterdrückt zu werden.

Die ethnischen Konflikte wurden seit der Unabhängigkeit des Sudans immer wieder von den jeweiligen Regierungen Sudans ausgenutzt. Bestimmte ethnische und religiöse Gruppen wurden und werden gegeneinander aufgewiegelt und bewaffnet, um die eigene Politik durchzusetzen. Besonders der derzeitige Präsident Omar al Bashir, der 1989 mit Hilfe eines Militärputsches an die Macht kam, hat die



ethnischen Konflikte in grausamer Weise dafür genutzt, seine Macht zu sichern. Nach seiner Machtübernahme ordnete er den Neuaufbau des Staates, sowie die Islamisierung und Arabisierung des Südens an. Der Islam sollte fortan Staatsreligion sein und die Grundlage für Staatsform und Lebensweise aller Sudanesen bilden. Mit brutalsten Mitteln setzte Bashir sei-

ne Diktatur durch, wobei er keinen Unterschied zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen machte. Bashir wurde am 4. März 2009 vom International Criminal Court wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen angeklagt.

Nach jüngsten Schätzungen wird die Mehrheit der Bevölkerung des Sudans, circa 70 Prozent, dem muslimischen Glauben zugeordnet, während – je nach Schätzung – 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung als Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen gelten und etwa 5 bis 10 Prozent Christen sind. Gerade die Menschen, die nicht dem muslimischen Glauben angehören, haben unter den gewaltsamen Zwangsislamisierungen und Zwangsarabisierungen durch die verschiedenen Regierungen in Khartum gelitten. Die Einführung der Scharia beispielsweise zwang Christen und Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen, ein gesetzliches Regelwerk zu akzeptieren, das nicht mit ihren eigenen Überzeugungen und Glaubensinhalten übereinstimmt. Aber auch afrikanische Muslime, wie beispielsweise die Nubia und Fur, wurden von der Regierung Bashirs unterdrückt, gefoltert, und ermordet.

Die gewaltsame Islamisierung unter al-Bashir und die generelle Nicht-Beteiligung der Bewohner des Südens an der politischen Macht haben provoziert immer wieder Widerstand. Ein wichtiger Faktor, der sich zu diesem Konfliktpotential hinzugesellte, wurden die im Südsudan in den 1970er Jahren entdeckten Öl-

vorkommen. Die Zentralregierung hat die Pipelines in den Norden gelegt, so dass der Süden erneut ausgeschlossen und benachteiligt wurde.

Der Unmut unter der Bevölkerung des Südens hat seit der Unabhängigkeit zu Gründungen verschiedener Widerstandsgruppen geführt. Waren diese Gruppen anfänglich meist noch schlecht organisiert, entstand 1983 die »Sudanese Volksbefreiungsbewegung – Sudan People's Liberation Movement« (SPLM), die unter Führung von John Garang im Jahr 2005 den Friedensvertrag mit der sudanesischen Regierung unterzeichnete.

Guerillas mit langer Tradition

Auch wenn die SPLM als gemeinsame Widerstandsgruppe beziehungsweise Rebellenarmee gegen die Unterdrückung des Südens kämpfte, zeichnete auch sie sich durch gewaltvolle Übergriffe auf die Zivilbevölkerung sowohl des Nordens als auch des Südens aus. So führten politische Richtungsstreitigkeiten und traditionelle Feindschaften der verschiedenen Abstammungsgemeinschaften, die innerhalb der SPLM agierten, zu Abspaltungen und Nebenkriegen. Im August 1991 spitzte sich beispielsweise der Konflikt zwischen Vertretern der beiden größten ethnischen Gruppierungen, der Nuer und der Dinka, innerhalb des bewaffne-

Foto: UN Photo/Jenny Rockett



Präsidentlicher Aufsteiger: Salva Kiir Mayardit durfte sich bislang schon Präsident der Region »Südsudan« nennen. Der erfahrene Guerillakämpfer muss sich als demokratischer Friedensfürst des Südens noch beweisen.

ten Arms der SPLM, der »Sudan People's Liberation Army« (SPLA) blutig zu. Abspaltungen von der SPLA zogen strategische Konsequenzen nach sich: Die vereinte Front gegen die Zentralregierung zerfiel, und musste mühevoll wieder aufgebaut werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass mittlerweile auch Veränderungen des Lebensraums für neue Konfliktobjekte sorgen. Schon heute sind 75 Prozent des Sudans als natürliche Wüstenlandschaft nicht bewohnbar. Indes nimmt die Desertifikation immer weiter zu. Das führt dazu, dass sich Wanderungsbewegungen verstärken und letztlich dazu, dass Abstammungsgemeinschaften verschiedener Gebiete auf einmal zusammen leben müssen. Sie konkurrieren auf immer enger werdenden Raum um Mitbestimmung und Ressourcen zum Überleben.

Südafrika könnte als Vorbild dienen.

Die Konsequenzen der anhaltenden Bürgerkriege und gewaltvollen Exzesse im Sudan sind überall im Land sichtbar, wie zum Beispiel in der zerstörten Infrastruktur, den Millionen von Flüchtlingen und Toten, Hass und Misstrauen unter der Bevölkerung oder der Lahmlegung von Gesellschaftseinrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern. Im Allgemeinen sind in

den letzten 60 Jahren die Grundvoraussetzungen zum Leben in Teilen des Landes, vor allem im Süden, zerstört worden.

Auch wenn die gewaltsamen Islamisierungsbestrebungen der jeweiligen Regierungen einen Hauptanteil an der desaströsen Situation im Sudan haben, sollte der Konflikt nicht nur auf die religiöse Dimension zurückgeführt und beschränkt werden. Der Islam wurde im Falle des Sudans für machtpolitische Zwecke missbraucht, was beispielsweise an Bashirs Vorgehen auch gegen Muslime deutlich wird.

Wenn der Süden nun seinen Weg in die Unabhängigkeit gehen wird, sind die bestehenden Probleme des Sudans damit noch nicht gelöst. Die Regierung Bashirs im Norden muss noch beweisen, dass sie die Unabhängigkeit mit allen damit verbundenen Konsequenzen annimmt. Die zukünftige Regierung des Südens ist mit einem Gemeinwesen konfrontiert, das in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens eine immense Aufbauarbeit zu leisten hat. Daneben ist der Südsudan auch mit einem schwer überwindbaren Misstrauen zwischen den einzelnen ethnischen Gruppen konfrontiert, die durch die Gewalterfahrungen in der Vergangenheit geprägt wurden.

Diese Erfahrungen sind eine Herausforderung für die neue Regierung, die nicht zu unterschätzen ist. Die Bewohner des Landes sind von einer nun fast schon 200-jährigen virulenten Geschichte geprägt. Diese Gewalt war nicht allein die eines Herrschers gegen seine Bevöl-

kerung, es war auch die Gewalt Einzelner gegen Nachbarn. Wenn Gewalt über so lange Zeiträume zur Alltäglichkeit wird, schleicht sie sich in das kulturelle Erbe der Menschen ein und wird Teil ihrer Identität. Für das Aufbrechen dieser kulturellen Gewalt, die die Beziehungen und Menschen im Sudan so lange prägte, gibt es kein Patentrezept.

Die Südafrikaner versuchten durch die Einrichtung einer »Wahrheits- und Versöhnungskommission« ihrer gewaltbeherrschten Vergangenheit Herr zu werden und so gemeinsam der Zukunft im Zeichen der Versöhnung entgegenzutreten. Inwiefern dies auch im Sudan umsetzbar sein wird, können wir heute noch nicht sagen. Es bleibt zu hoffen, dass die Spirale der Gewalt, die ein so fester Bestandteil des Lebens für die Menschen im Sudan wurde, sich nicht weiter drehen wird. ◀◀

Manuela Pelz ist Promotionsstudentin der Religionswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Quellen und Links:

[Bericht der BBC News über Flüchtlingschicksale im Südsudan vom 12. April 2010](#)

[SWP-Paper vom Februar 2011 über Separatismus in Afrika](#)

In der Grauzone

von Juliane Ulbricht



Foto: Free Gaza Movement

Die »Mavi Marmara« wurde Anfang 2010 von der umstrittenen türkischen Organisation »IHH İnsani Yardım Vakfı« erworben. Hier nimmt sie am 22. Mai 2010 Kurs auf Zypern.

Ende Mai 2010 töteten israelische Soldaten neun türkische Aktivisten der so genannten »Gaza-Hilfsflottille«. Das Vorgehen bleibt völkerrechtlich umstritten: Legal ist die Blockade des palästinensischen Küstenstreifens nur, wenn Israels Verhältnis zur Hamas als »bewaffneter Konflikt« gelten kann, das Verhalten der Soldaten nur, wenn sie tatsächlich Notwehr ausübten. Nicht weniger als fünf nationale und internationale Kommissionen sollten und sollen den Vorfall beurteilen. Israels eigene zivile Untersuchung der Vorgänge kam im Januar zum Schluss, dass man vollkommen rechtmäßig gehandelt habe.

▶▶ Auf Hoher See, nicht in den eigenen Hoheitsgewässern, brachte die israelische Marine am 31. Mai 2010 die sechs zivilen Schiffe der so genannten »Gaza-Solidaritätsflotte« auf. Diese wollten nach eigenen Angaben nicht-militärische Hilfsgüter nach Gaza einschiffen und beabsichtigen als bewusste Protestmaßnahme, die israelische Seeblockade des Palästinensergebiets zu brechen. Auf dem Flaggschiff der Flottille, dem türkischen Passagierschiff »Mavi Marmara« stießen Aktivisten und Marinekommandos gewaltsam aufeinander. Neun türkische Aktivisten wurden während des Zwischenfalles von den Soldaten getötet, mehrere Aktivisten wurden verletzt.

Der Vorfall löste enorme internationale Kritik an Israels Vorgehen aus. Der Sprecher des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen verur-

teilte in dessen Namen in einer nicht rechtsverbindlichen Stellungnahme am 1. Juni das israelische Vorgehen. Die Türkei, Katar und die Hamas kündigten an, zusammenzuarbeiten, um den Fall vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen. Dass Israel seinem internationalen Ansehen durch missglücktes militärisches Vorgehen extrem geschadet hat und unabhängig von der Rechtmäßigkeit seiner Blockademaßnahmen für sich vorteilhaftere Wege hätte beschreiten können, steht außer Frage.

Israel und seiner Marine wurden von den Kritikern »ein Akt der Piraterie« vorgeworfen. Hat diese Verurteilung einen wahren Kern? Welche Taten tatsächlich als »Piraterie« eingestuft werden und dann völkerrechtlich – zum Beispiel vor dem Internationalen Gerichtshof – ahndbar sind, ist genau festgelegt: Die verbindliche Definition von Piraterie ist im UN-Seerechtsübereinkommen (SRÜ) in Artikel 101 zu finden. »Seeräuberei ist jede rechtswidrige Gewalttat, welche die Besatzung oder die Fahrgäste eines privaten Schiffes oder Luftfahrzeugs zu privaten Zwecken begehen.« Per Definition ist es also nur privaten Schiffen möglich, im völkerrechtlichen Sinne Piraterie zu begehen. Anders gesagt: ein israelisches Kriegsschiff kann keine Seeräuberei begehen, da es ein Organ des israelischen Staates und damit per se nicht privat ist. Ausnahmen hiervon wären höchstens Fälle, in denen die Besatzung des Kriegs- oder sonstigen staatlichen Schiffes erfolgreich gemeutert hat und mithin einem privaten Schiff gleich-

zustellen ist. Da dies nicht der Fall war, hat Israel keinen Akt der Piraterie im völkerrechtlichen Sinne begangen und kann hierfür nicht völkerrechtlich belangt werden.

Auf Hoher See darf nach SRÜ in Friedenszeiten keinerlei Hoheitsgewalt über ein anderes Schiff ausgeübt werden, so dass der Staat einen Völkerrechtsbruch begeht, der im Frieden außerhalb seiner staatlichen Hoheitsgewässer ein fremdes Schiff aufbringt. Darunter fällt auch, dass ein fremdes Schiff nicht inspiziert werden darf. Ausnahmen von dieser Inspizierungsfreiheit gäbe es nur, wenn der Flaggenstaat des untersuchten Schiffes zustimmt, oder das Schiff unter dem Verdacht der Piraterie steht. Beides trifft auf die Schiffe der Gazaflottille nicht zu, so dass Israel eigentlich kein Recht zur Durchsicherung hatte und damit auf den ersten Blick Völkerrecht gebrochen hat.

Jedoch schon in seiner ersten offiziellen Stellungnahme nach dem Zwischenfall an Bord erklärte das israelische Außenministerium am 31. Mai, dass sich Israel momentan in einem bewaffneten Konflikt mit dem Hamas-Regime befinde und eine Seeblockade völkerrechtlich gegen den Konfliktgegner verhängt werden könne. In der Tat darf sie laut »San Remo Manual« vom 12. Juni 1994 als militärisches Mittel, also während eines bewaffneten Konflikts, zur See eingesetzt werden.

Eine erste Bedingung des Artikels 93 des Manuals für ihre Rechtmäßigkeit ist, dass sie allen Staaten angezeigt wird. Israel beansprucht

für sich, die exakten Koordinaten der Blockade über international anerkannte professionelle Kanäle bekannt gegeben zu haben; zudem wurden die Schiffe der Flottille auch direkt per Funk auf die Blockade hingewiesen. Die Voraussetzung ist somit wohl erfüllt.

Eine derartige Seeblockade darf zum Zweiten »nach militärischen Erfordernissen« ausgedehnt werden. Somit könnte die Blockade auch völkerrechtlich zulässig einen Teil der Hohen See umfassen, wie Israel es beansprucht. Die Blockade darf zum Dritten auch mit militärischen Mitteln aufrechterhalten werden; dazu gehören die Aufbringung von Handelsschiffen oder Durchsicherungen. Wenn sich Israel also in einem bewaffneten Konflikt befindet und die genannten Konditionen erfüllt, ist die Errichtung und Durchsetzung der Seeblockade, und damit auch das Aufbringen und Durchsuchen der Gazaflottille völkerrechtlich zulässig gewesen.

Die Kernfrage scheint, ob sich Israel tatsächlich in einem bewaffneten Konflikt mit der Hamas befindet. Hierzu sind zwei Überlegungen wichtig: Welcher Art ist dieser Konflikt? Und ist die Intensität eines bewaffneten Konfliktes bereits erreicht? Das Völkerrecht sieht zwei mögliche Formen von »bewaffneten Konflikten« vor: einerseits internationale – also zwischen mehreren staatlichen Parteien – andererseits innerstaatliche bewaffnete Konflikte. Der von Israel angenommene Konflikt mit der Hamas müsste in eine der beiden Kategorien eingeordnet werden, um nach Völkerrecht als solcher anerkannt

zu sein – als Voraussetzung dafür, dass eine Durchsicherung auf Hoher See erlaubt und eine Seeblockade völkerrechtlich zulässig wäre.

Piraten sind immer Privatleute.

Aufgrund des unklaren Status des Gazastreifens ist die Zuordnung zu einem der Konflikttypen in diesem Fall jedoch äußerst problematisch: Für einen »internationalen Konflikt« müsste der Gazastreifen Staatscharakter haben und die Hamas die Regierung sein; eine Einordnung als »innerstaatlicher Konflikt« hingegen würde voraussetzen, dass der Gazastreifen faktisch israelisches Territorium wäre – was nach dem israelischen Ende der Okkupation seit 2005 nicht mehr der Fall sein kann. Jede Zuordnung zu einer der Kategorien zöge demnach Folgen nach sich, die von Israel gewiss nicht erwünscht sind. Israel sah daher bisher von einer genauen Stellungnahme über diese Zuordnungen ab. Unabhängig von der Zuordnungsfrage ist auch reichlich unklar, ob die unregelmäßigen Raketenangriffe auf israelisches Gebiet und die israelischen Gegenschläge ein bewaffneter Konflikt im Sinne des Kriegsvölkerrechts sind.

Angenommen aber, es bestünde ein bewaffneter Konflikt zwischen Israel und der

Hamas, wäre die Absperrung der palästinensischen Enklave dennoch nur unter bestimmten Bedingungen erlaubt: San Remos Artikel 102 verbietet Seeblockaden, wenn sie das alleinige Ziel haben, die Bevölkerung verhungern zu lassen oder ihr andere überlebensnotwendige Güter vorzuenthalten. Das kann Israel nicht glaubhaft unterstellt werden. Es hat wiederholt den Schutz der eigenen Bevölkerung und die Verhinderung von Waffenschmuggel als Beweggründe vorgebracht und auch Maßnahmen für deren Verwirklichung ergriffen.

Die Suche nach dem »mildesten zugänglichen Mittel«

Darüber hinaus wurde die Versorgung des Gazastreifens mit Lebensmitteln über den Landweg wenigstens im Mindestmaß sichergestellt. Ebenfalls unzulässig wäre die Blockade aber auch, wenn der Schaden für die Zivilbevölkerung exzessiv größer ist als der sich aus der Blockade ergebende konkrete militärische Vorteil. Es kommt also auf Verhältnismäßigkeit zwischen Absperrung Gazas und der Verhinderung etwa von Waffenschmuggel an, die von vielen Kritikern in Frage gestellt wird.

Nicht zuletzt hat Israel die völkerrechtliche Pflicht, den Zugang für lebensnotwendige Waren zu gewähren, wenn die Bevölkerung des Gazastreifens unzureichend versorgt wäre. Nach Meinung mancher Aktivisten habe Israel daher die Pflicht gehabt, den Seeweg für die Flotte frei zu geben.

Entscheidend für die Klärung ist letztlich zum Einen, inwieweit das Überleben der Bevölkerung tatsächlich aufgrund der Güterknappheit durch die Seeblockierung gefährdet wird. Sollte es gefährdet sein, hat Israel tatsächlich die Pflicht, Hilfsgüter, wie etwa die der Gazaflottille, passieren zu lassen. Jedoch folgt aus dieser Verpflichtung nicht das Recht, dass zum Ersten auch die Flotte selbst passieren können muss, und zum zweiten ist der Weg nicht vorgeschrieben. Solange die Güter den Gazastreifen erreichen können, hat Israel das ausdrückliche Recht, über »technische Arrangements« weiterhin Durchsuchungen vorzunehmen oder den Gütertransport allein auf dem Landweg zu gestatten. Das vorherige Angebot an die Aktivisten, die Waren über den Landweg nach Gaza zu schicken, könnte bereits als ausreichend angesehen werden, um Israels Pflicht zur Ermöglichung von Gütertransporten als erfüllt zu betrachten. Dann wäre im Ergebnis auch eine vorherige Durchsuchung der Schiffe grundsätzlich zulässig gewesen – selbst wenn die Gaza-Bevölkerung kurz vor dem Verhungern stünde.

Wenn man die Seeblockade als ordnungsgemäß eingerichtet einstuft, darf Israel im Fol-

genden nur legitime notwendige und verhältnismäßige Methoden zu deren Aufrechterhaltung anwenden, wie sie das Humanitäre Völkerrecht vorschreiben. Die eingesetzten Mittel müssten erstens geeignet sein, das legitime Ziel der Aufrechterhaltung der zulässigen Seeblockade zu erreichen, und zweitens das »mildeste

Hohe See

Als »Hohe See« wird im Völkerrecht jener Abschnitt der Meeresoberfläche genannt, der nicht zu einem Staat zugehörig ist und keiner staatlichen Hoheitsgewalt untersteht. Ein Staat kann über die »Hoheitsgewässer« vor seiner Küste bis zu einer Reichweite von 12 Seemeilen wie über sein Territorium verfügen und etwa Zölle verfügen, Durchsuchungen vornehmen und die Durchfahrt nach seinen Vorgaben gestalten. Bis 200 Seemeilen hinter seiner Küste kann der Staat in der so genannten Ausschließlichen Wirtschaftszone die Bodenschätze und etwa Fischerei exklusiv nutzen, muss aber die friedliche Durchfahrt gewähren. Auf dem Gebiet danach, also spätestens ab 200 Seemeilen vor der Küste, beginnt die Hohe See, auf die kein Staat Zugriff hat und die somit alle Staaten gleichberechtigt etwa wirtschaftlich oder für ihren Verkehr nutzen können. Die »Mavi Marmara« wurde 45 Seemeilen vor der Mittelmeerküste aufgebracht.

Quelle: [Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982](#)

zugängliche Mittel« sein. Eine Erstürmung der Schiffe mit sofortiger Anwendung von Waffengewalt entspräche diesen Anforderungen sicherlich nicht. Sollte das Töten der Personen an Bord der Schiffe sogar bewusstes Ziel der israelischen Soldaten gewesen sein, würde dies den Rahmen der Verhältnismäßigkeit endgültig sprengen. Hiergegen spricht, dass es nur auf einem der sechs zeitgleich aufgebracht Schiffe zu blutigen Auseinandersetzungen kam. Auf den anderen fünf Schiffen lief die Übergabe gewaltlos und ohne Zwischenfälle ab. Hieraus lässt sich schließen, dass die Israelis die Eskalation auf der »Mavi Marmara« nicht beabsichtigt hatten.

Eine Durchsuchung von Schiffen im Rahmen einer rechtmäßigen Seeblockade wäre zudem von der betroffenen Besatzung zu dulden. Folglich war Widerstand dagegen unzulässig. Ein verhältnismäßiger Gewalteinsatz von Seiten Israels gegen unzulässigen Widerstand gegen eine israelische rechtmäßige Durchsuchung wäre dann rechtmäßig. Bis heute lässt sich allerdings nicht zweifelsfrei beurteilen, ob überhaupt und wenn ja, welcher Widerstand von Seiten der Aktivisten ausgeübt wurde.

Jedoch ist, auch bei einem grundsätzlichen Recht auf Gewaltanwendung, die Tötung von Personen als Mittel zur Brechung des Widerstandes in jedem Fall unverhältnismäßig und nicht zulässig. Sie könnte höchstens dann rechtfertigbar sein, wenn sie ein Akt der Notwehr der israelischen Soldaten war. Ob die Soldaten das Erschießen der neun Aktivisten

auf der »Mavi Marmara« schlussendlich nur als letztes Mittel in Selbstverteidigung und damit verhältnismäßig anwandten, hängt von jedem der konkreten neun Einzelfälle ab und sollte in einer Untersuchungskommission geklärt werden. Die prompte Einrichtung einer solchen »nach internationalen Normen« forderte der UN-Sicherheitsrat in seiner Stellungnahme am 1. Juni ein. Hierauf reagierten die verschiedenen Akteure, so dass im Folgenden nicht weniger als fünf parallele Kommissionen arbeiteten.

Fehlt einer legitimen Blockade nur die de facto-Anerkennung des Gazastreifens als eigener Staat?

Als erstes ernannte der UN-Menschenrechtsrat gleich am Folgetag der Stellungnahme ein Expertenpanel: In ihrem Abschlussbericht vom 23. September verurteilten drei Fachleute die israelische Aktion als »klare Verletzung des internationalen Rechts«, als illegitim und unverhältnismäßig. Dieses Ergebnis wurde von Israel als

»parteilich, politisiert und extremistisch« zurückgewiesen; die europäischen Staaten enthielten sich während der Verabschiedung des Berichtes; die Türkei und die arabischen Staaten unterstützen diesen Bericht stark und verurteilten in einer gemeinsamen Stellungnahme im Rahmen der »Organisation der Islamischen Konferenz« (ICO) die Nichtunterstützung des Berichtes als »Illustration des Messens mit zweierlei Maß und Völkerrechtsbruch«.

Die ICO hatte zuvor im Juni schon den UN-Generalsekretär aufgefordert, eine internationale, unabhängige Kommission unter seiner Führung einzusetzen. Dem entsprach Ban-Ki Moon mit der Berufung von vier Experten. Israel verweigerte der Kommission, israelische Soldaten zu befragen. Obwohl bis zum September erwartet liegt ein Bericht dieses Gremiums bis heute nicht vor.

Israel selbst setzte sowohl eine militärische als auch eine zivile Untersuchungskommission ein, letztere mit fünf Experten unter Leitung des ehemaligen Verfassungsrichter Jaakov Turkel besetzt. Die Militäruntersuchung gestand Fehler ein – man habe die Möglichkeit und Härte eines möglichen Widerstandes unterschätzt –, die Operation und das Verhalten der Soldaten an Bord seien jedoch legitim gewesen. Auch die zivile »Turkel-Kommission«, deren erster Bericht am 23. Januar 2011 veröffentlicht wurde, sieht die Vorfälle an Bord und die Seeblockade als rechtmäßig und im Einklang mit dem Völkerrecht stehend an. Im Zuge letzterer

Untersuchung waren Aussagen Netanjahus und Baraks vorgenommen worden, die beteiligten Militärs jedoch erneut nicht zugelassen. Die Türkei erklärte das Ergebnis beider Untersuchungen für einseitig und nichtig.

Eine türkische Untersuchung hatte nicht das Ziel, investigativ mögliche Verfehlungen zu ermitteln, sondern wurde im August 2010 explizit zur »Verfolgung und Bestrafung der für die Ermordung von Zivilisten Verantwortlichen« eingerichtet. Aus Sicht Ankaras stand der Rechtsbruch bereits fest und die Kommission hatte daher einen komplett anderen Ansatz als ihre vier Gegenstücke. Sie konnte die israelischen Verantwortlichen selbstverständlich bisher nicht belangen.

»Moralischer Druck« gegen Israel

Könnte Israel nun für das Vorgehen seiner Marinesoldaten vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gebracht werden? Einem Verfahren, bei dem Israel vor dem IGH verurteilt werden könnte, steht entgegen, dass sich das Land nicht dessen Kompetenz unterworfen hat und wohl auch nicht vorhat, dies ausgerechnet für diesen speziellen Sachverhalt zu tun. Dies ist jedoch Voraussetzung für die gerichtliche Überprüfung durch den IGH, implizit aus Ar-

tikel 36 seines Statuts: »The jurisdiction of the Court comprises all cases which the parties refer to it.«

Möglich wäre aber die Aufnahme eines Gutachterverfahrens vor dem IGH, das auf Beschluss der UN-Generalversammlung oder des Sicherheitsrates eingeleitet werden kann. Aufgrund einer Israel kritisch gegenüberstehenden Mehrheit in der Generalversammlung ist dies auch durchaus denkbar. Der IGH könnte etwa die rechtmäßige Einhaltung des San Remo Manuals überprüfen und zu Fragen der Verhältnismäßigkeit eine Stellung abgeben. Rechtliche Verbindlichkeiten entstünden dabei nicht, eventuell jedoch aufgrund der Autorität des IGH ein gewisser »moralischer Druck«. Es ist unwahrscheinlich, dass Israel sich dem zukünftig beugen würde.

Die Verantwortlichen der Aktion von 2010 haben unterdessen angekündigt, zum Jahrestag des Zwischenfalles am 31. Mai 2011 erneut einen Hilfskonvoi mit der »Mavi Marmara« als Flaggschiff gen Gaza auslaufen lassen zu wollen. ◀◀

Juliane Ulbricht *studiert Internationale Beziehungen an der TU Dresden.*

Quellen und Links:

[Erster Teil des Berichts der israelischen »Turkel-Kommission« vom 23. Januar 2011](#)

[Die Irish Times vom 23. Januar 2011](#)

[Meldung des Spiegel vom 2. August 2010 über die Anerkennung der UN-Kommission durch Israel](#)

[Statement des UN-Sicherheitsrats vom 1. Juni 2010](#)

[»San Remo Manual on International Law Applicable to Armed Conflicts at Sea« vom 12. Juni 1994](#)

[Bericht der Jungen Welt vom 25. Januar 2011 über die geplante nächste »Gazaflottille«](#)

Unter sticht ober

von Dominik Peters

Yoav Galant sollte ranghöchster Soldat der israelischen Armee werden; als Vertrauter des ehemaligen Premiers Ariel Sharon hatte er beste Verbindungen zu Politik und Wirtschaft des kleinen Landes aufgebaut. Der Naturbursche ist bekannt für seine harte Gangart gegenüber Feinden und Rivalen: Dass seine Machenschaften dem Vorgänger Gabi Ashkenazi das traditionelle fünfte Jahr als Generalstabschef kosteten, störte ihn wenig. Nun ist der ehrgeizige Galant kurz vor der Amtsübernahme über seine eigenen Füße gestolpert.



Foto: IDF

Martialisch und medienbewusst: So zeigte sich Generalmajor Yoav Galant während des Gaza-Krieges an der von ihm kommandierten Südfrent.

►► In große Fußstapfen wäre er getreten, wäre Yoav Galant am 14. Februar der neue »Kopf der Streitkräfte – Ramatkal« der israelischen Armee geworden. Der einäugige Moshe Dayan, der ermordete Jitzhak Rabin und der höchstdekorierte Soldat des Landes, Ehud Barak, waren vor ihm da gewesen.

Galant wurde 1958 in ärmlichen Verhältnissen in Jaffa geboren. Seine Mutter, eine Überlebende des Holocausts, die mit dem legendären Schiff »Exodus« das damalige Palästina erreicht hatte, und sein Vater, ein Scharf-

schütze und Teilnehmer des Unabhängigkeitskriegs von 1948/49, nannten ihren Sohn nach einem Neffen König Davids, der zum General von dessen Armee aufgestiegen war. Vier Jahre nach dem Jom-Kippur-Krieg, in dem sein Vater gefallen war, trat Galant in die »Verteidigungskräfte Israels – Tzahal« ein und ging zur Marine. Bald wurde er Kampftaucher in der »Flottille 13 – Shayetet 13« – die Eliteeinheit, die im Mai 2010 bei der Erstürmung des Flaggschiffs »Mavi Marmara« der »Gaza-Hilfsflottille« ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit geraten war. ►►

Dennoch nimmt sich Galants Lebenslauf nicht immer martialisch aus. Nach sechs Jahren Dienst nahm er sich zwei Jahre Auszeit und verließ die mediterrane Umgebung. Sein Sabbatjahr verbrachte er teils in Alaska. Dort betätigte er sich unter anderem auch als Holzfäller. Zurückgekehrt nach Haifa studierte Galant Wirtschaft und Finanzen. Zeit für ein Privatleben fand er auch: Der Hobby-Kanute ist verheiratet und mittlerweile Vater von drei Kindern, seine Familie hat bei Zikhron Yaacov in der Nähe von Haifa Haus und Garten.

Nachdem er die Axt wieder beiseitegelegt hatte, begann seine eigentliche Karriere. 1986 wurde er Kompaniechef in der Marine-Kommandoeinheit. 1993 wechselt er zum Heer als Kommandeur der Jenin-Brigade im Westjordanland: Für ein Jahr hatte er Verantwortung für diesen Großverband im zermürbenden Besatzungsdienst. Dann übernahm er die Führung »seiner« Flottille 13, wo sein Weg begonnen hatte. Drei Jahre war er der Vorgesetzte von 300 Elitesoldaten, deren Aktivitäten bis heute der Geheimhaltung unterliegen. 1997 schließlich erhielt er das Kommando über die Heeres-Division im damals noch besetzten Gaza-Streifen.

Galants Fähigkeiten, so unterschiedliche Einheiten zu führen und derart verschiedene Aufgaben zu übernehmen, brachten ihm einen hervorragenden Ruf ein. Der hatte dem israelischen Kriegshelden und damals neuen Premierminister Ariel Sharon so sehr imponiert, dass er Galant 2002 zum Militärberater in seiner Regierung

machte. In dieser Zeit gehörte der einstige Kampfschwimmer dem elitären Zirkel um Sharon an, der auf dessen Privattranch in der Negev-Wüste über die Politik des Landes bestimmte. Diese Zeit, so heißt es einstimmig in den israelischen Medien, nutzte Galant, um sich mit den wichtigsten Politikern und Geschäftsleuten des Landes zu vernetzen. Ein entscheidender Vorteil für seinen weiteren Werdegang.

2005, nachdem Sharon Israels Siedler und Soldaten aus ganz Gaza abgezogen hatte, übernahm Galant das Süd-Kommando der Armee. Hier war er verantwortlich für die Kontrolle der neuen Grenze gegenüber dem palästinensischen Landstreifen, der seit 2007 von der radikalen Hamas kontrolliert wird. Und so befahl er auf diesem Posten im Winter 2008/09 die Operation »Gegossenes Blei« gegen die islamistische Organisation.

Der international umstrittene Einsatz war Galants Sprungbrett in die Öffentlichkeit. Auf den Titelseiten der israelischen Zeitungen war ein wild entschlossener General zu sehen, der im Kampfanzug, Helm auf dem Kopf und Sturmgewehr in der Hand an vorderster Front stand, anstatt fernab der Gefechtszone Befehle über Leben und Tod zu erteilen.

Damals kam es zum offenen Streit zwischen ihm und Generalstabschef Gabi Ashkenazi. Der hatte 2007 nach dem Libanonkrieg als umsichtiger Reformier die Streitkräfte übernommen und notwendige Veränderungen durchgeführt. Sein Untergebener Galant hingegen wollte bei nahe-

zu jedem Grenzzwischenfall zurückschlagen und während des jüngsten Krieges die Truppen immer tiefer in den Gaza-Streifen vorrücken lassen, die Hamas bis aufs Äußerste bekämpfen. Ashkenazi stoppte ihn. Seither war das Verhältnis der beiden belastet – und Galant soll seine Kontakte gespielt haben lassen, um seinen Vorgesetzten und Widersacher so schnell wie möglich aus dem Amt zu schaffen.

Rückendeckung von ganz oben für eine Schmutzkampagne

Im August 2010 hatten der israelische Fernsehsender *Channel 2* und *ynet*, die Internetausgabe des Massenblattes *Jedioth Ahronoth*, ein Dokument zugespielt bekommen, dessen Absender die PR-Beraterfirma »Arad Communications« und dessen Empfänger Galant gewesen war. Das Papier soll den Medienberichten zufolge Ratschläge und Beratungsangebote für eine medienwirksame Schmutzkampagne gegen den damaligen stellvertretenden Ramatkal Benjamin Gantz – der im November der Armee den Rücken kehrte – enthalten haben. Der bis dahin kometenhaft Aufgestiegene galt lange als einer der Hauptkonkurrenten für die Machfolge des noch amtierenden Ashkenazi. ►►



Nach zwei Affären und einer Überraschung: Seit dem 14. Februar ist der 51-jährige Benjamin Gantz Israels neuer Generalstabschef.

Doch Galant hatte zunächst Glück – an ihm ist die Affäre nicht hängen geblieben; bisher wurden nur untere Ränge verhört und in Gewahrsam genommen. Das mag auch an Ehud Barak liegen: In Israels Verteidigungsminister, selbst ein ehemaliger Kommandosoldat, hatte der ausgebremste Draufgänger einen mächtigen Verbündeten gefunden. 2010 wurde immer deutlicher, dass Ashkenazi bei Barak in Ungnade gefallen war – und Galant Rückendeckung von ganz oben für seine Bewerbung als neuer Ramatkal erhielt. Der Verteidigungsminister demontierte Ashkenazi peu à peu. Dass dessen Konterfei in jeder Falafel-Bude zwischen Akko und Ashdod hing und er sich sowohl bei der Bevölkerung als auch bei der Truppe größter Beliebtheit erfreute, nutzte ihm nichts.

Das traditionelle fünfte Jahr, das die meisten Generalstabschefs in der Geschichte Israels an ihre offizielle vierjährige Amtszeit anhängen, blieb Ashkenazi nun verwehrt. Er verlor den Kampf – gegen Ehud Barak, der ihm seine Beliebtheit neidete. Ashkenazi hatte sich stets gegen Galant als seinen Nachfolger ausgesprochen, der Verteidigungsminister schlug ihn dennoch im August letzten Jahres dem israelischen Kabinett als neuen Generalstabschef vor.

Ein unverhoffter Gewinner

Bis zum 1. Februar ist Galants Rechnung aufgegangen. An diesem Tag gaben Premier Netanyahu und Verteidigungsminister Barak überraschend bekannt, dass ihr Kandidat Galant doch nicht Ashkenazis Posten übernehmen werde.

Zuvor hatte der Israels Generalstaatsanwalt Yehuda Weinstein dem Premier erklärt, angesichts schwerer Vorwürfe gegen Galant nicht in der Lage zu sein, dessen Ernennung zum Generalstabschef zu bestätigen. Der Grund: Nach einer längeren Untersuchung Weinsteins wurde immer offensichtlicher, dass Galant sich unrechtmäßig öffentliche Grundstücke angeeignet hat. Die Affäre dämmerte schon seit einiger Zeit, aber der Verdacht hat sich nun anhand von Beweisen bestätigt, die dem Staatsrechnungsprüfer vorliegen.

Plötzlich ist ausgerechnet Benny Gantz aus dem Ruhestand zurückgekehrt und hat am 14. Februar das vormalige Büro Ashkenazis im IDF-Hauptquartier in Tel Aviv bezogen. Barak hatte den einstigen Mitbewerber Galants nach nur vier Tagen Bedenkzeit als neuen Kandidaten vorgeschlagen. Gantz wurden im März 2010 übrigens ähnliche Vorwürfe gemacht wie Galant: Aber die illegale Aneignung von Land ist ihm nicht nachgewiesen worden.

Für den inzwischen in allen Ehren verabschiedeten und hochgelobten Ashkenazi ist diese Entwicklung vielleicht eine kleine Genugtuung: Seine Nemesis Yoav Galant hat sich selbst zu Fall gebracht. ◀◀

Dominik Peters *studiert Nahoststudien und Politikwissenschaften in Halle und ist Stipendiat der katholischen Journalistenschule.*

Quellen und Links:

[Haaretz vom 1. Februar 2011](#)

[Die Jerusalem Post vom 22. August 2010 über Yoav Galant](#)

[Profil Galants in der Haaretz vom 22. August 2010](#)

[Jedioth Ahronoth vom 8. Juni 2010 über die erste »Affäre Galant«](#)



Saudi-Arabiens stellvertretender Verteidigungsminister Prinz Khaled bin Sultan am 2. November bei Spaniens Verteidigungsministerin Carme Chacón.

►► Eigentlich wollte die saudische Luftwaffe ihr Arsenal mit dem modernsten Kampfflugzeug aufstocken, das die amerikanische Lockheed Martin zu bieten hat: die F35 »Lightning II«, die erst 2014 an die US Air Force ausgeliefert werden soll. Doch im Sommer intervenierte Israel erfolgreich beim US-Kongress, um den technologischen Vorsprung der »Israeli Air Force« in der Region zu erhalten. Riad muss sich nun mit dem neuesten Modell der älteren

Boeing F15 »Eagle« zufrieden geben. Trotzdem: Das resultierende Geschäft ist mit einem Volumen von 60 Milliarden US-Dollar der größte Waffendeal der amerikanischen Geschichte.

Der Erwerb von 84 neuen Kampfflugzeugen, die Runderneuerung von 70 weiteren, die sich bereits in saudischem Besitz befinden, sowie der Kauf von 190 Kampf-, Aufklärungs- und Transporthubschraubern bedeutet aber vor allem eines: Erst einmal seien »14.000 Jobs bei

Landschafts- pflege auf Saudisch

von Marcus Mohr

Die Rüstungsgeschäfte der letzten Jahre zwischen Saudi-Arabien und westlichen Staaten helfen deren Verteidigungsindustrien, die auf ihren Heimatböden schwächeln. Logistisch gesehen macht die Shoppingtour nicht unbedingt Sinn, denn mehr und mehr unterschiedliche Waffensysteme tummeln sich mittlerweile im saudischen Arsenal.

Boeing in Missouri abgesichert«, so US-Senator Christopher Bond. Im Januar wurden die letzten Details des Vertrags ausgehandelt.

US-Firmen müssen dafür ab 2011 mit einem deutlichen Rückgang von Staatsaufträgen rechnen, seit Verteidigungsminister Robert Gates im August 2010 verkündete, dass das Pentagon in den kommenden fünf Jahren 100 Milliarden Dollar einsparen werde. Im November setzte die »Defizit-Kommission« von Präsident



Kleine Einkäufe erhalten die Freundschaft: Saudi-Arabien hat ein Auge auf Spaniens »Leopard 2E« geworfen.

Barack Obama noch drauf, und schlug vor, das Einkaufsbudget des US-Militärs um 15 Prozent zu kürzen und die Gehälter der GIs bis auf weiteres einzufrieren. Für das Jahr 2010 betrug das US-Verteidigungsbudget 534 Milliarden Dollar, hinzu kommen Kosten von mehr als 130 Milliarden Dollar für Einsätze weltweit. Der saudische Militäretat wächst dagegen stetig und liegt mittlerweile bei knapp 40 Milliarden Dollar – eine Verdoppelung innerhalb von 13 Jahren.

Mit derart gut gefüllten Kassen geht das Wüstenkönigreich weiter auf Shoppingtour im globalen Rüstungsmarkt. Die spanische *El País* und das US-Portal *defensenews.com* berichteten anlässlich eines Besuchs des saudischen stellver-

tretenden Verteidigungsministers Prinz Khalid bin Sultans in Spanien im November, dass die Regierungen in Riad und Madrid über bis zu 220 Lizenzneubauten des deutschen Kampfpanzer-Musters »Leopard 2E« miteinander verhandeln würden. Wenn auch mit vergleichbar geringerem Volumen von 3 Milliarden Euro, wäre ein Vertragsabschluss wieder ein Superlativ, diesmal für Spaniens Rüstungsindustrie. Und nach dem Abschluss der Lieferungen an die spanische Armee vor knapp zwei Jahren eine willkommene Neubeschäftigung für die stillstehende Fertigungsstraße von Santa Bárbara Sistemas – seit 2001 eine Tochter des US-Konzerns General Dynamics. Die Lizenzgeber, die deutschen Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann, müssten allerdings ihr Einverständnis geben.

Während der Panzerdeal mit Spanien noch ungeklärt bleibt, regeln Saudi-Arabien und Großbritannien indes die Auslieferung der 72 Eurofighter »Typhoon« neu, die Riad vor fünf Jahren für 4,4 Milliarden Pfund gekauft hat. Die Auslieferung hatte im Juni 2010 begonnen, wurde aber im September unterbrochen, nachdem ein saudischer Pilot während eines Trainingsflugs bei der spanischen Luftwaffe abgestürzt und ums Leben gekommen war. Der Erwerb weiterer Eurofighter – wie zum Beispiel noch im Sommer von der Bundesregierung erhofft, um von eigenen Vertragsverpflichtungen gegenüber der EADS abzurücken zu können – ist indes angesichts des amerikanisch-saudischen Deals höchst unwahrscheinlich gewor-

den. Die »Royal Saudi Air Force« wird in den kommenden Jahrzehnten also mit verschiedenen Varianten dreier Haupttypen von Kampfflugzeugen fliegen: dem Eurofighter Typhoon, der Boeing F15 und dem Panavia Tornado.

Typenvielfalt contra Logistik

Mit immer mehr Systemen wird inzwischen besonders das saudische Heer logistisch zu einem Albtraum: Es unterhält gegenwärtig schon fünf unterschiedliche Panzertypen, darunter amerikanische M1 »Abrams«, russische T90 und französische AMX30. Dennoch ist Riad bereit, seinen Freunden im Westen in Zeiten der Wirtschaftskrise mit solchen scheinbar wahllosen Einkäufen unter die Arme zu greifen. Deren Wert liegt im strategischen Bereich: Pflege der politischen Verbindungen zu den USA und Europa, Abschreckung gegen den zur Regionalmacht aufstrebenden Iran. ◀◀

Quellen und Links:

defensenews.com vom 5. Januar 2011

[El País](http://ElPaís.com) vom 25. Oktober 2010

Liebesgrüße aus Washington

von Stefan Dölling



Zukunftsmusik? Boeing bastelt seit den 1990er Jahren am X-51 »Waverider«, eines der möglichen Waffensysteme des »Conventional Prompt Global Strike«.

Illustration: US Air Force

Während Europas Rüstungsanstrengungen um ein paar Hubschrauber mehr für den Einsatz in Afghanistan kreisen, befasst sich der militärisch-technologische Komplex in den Vereinigten Staaten längst mit den Kriegen und den Waffen von übermorgen. Mit dem Konzept »Conventional Prompt Global Strike« sollen weltweit innerhalb extrem kurzer Zeit Bomben ins Ziel gebracht werden können. Die Pläne sind erstaunlich weit fortgeschritten. Sie erhalten nicht nur den derzeitigen amerikanischen »Vorsprung durch Technik«, sondern flankieren auch die nukleare Abrüstungspolitik der Regierung Obama.

▶▶ Hierzulande konzentriert sich die sicherheitspolitische Aufmerksamkeit seit einiger Zeit, verständlicherweise, vor allem auf die Vorgänge rund um den Einsatz am Hindukusch. Dabei bleiben allerdings einige relevante Entwicklungen im Hintergrund, die deutlich mehr Aufmerksamkeit verdient hätten. Ein Beispiel dafür ist das Konzept des »Conventional Prompt Global Strike«, kurz C-PGS, an dessen Realisierung auf der anderen Seite des großen Teichs seit einigen Jahren verstärkt gearbeitet wird. Dabei handelt es sich um die Vorstellung, nach einem Angriffsbefehl durch den US-Präsidenten Ziele an jedem Ort der Welt nach

spätestens 60 Minuten mit konventionellen Wirkmitteln treffen zu können.

Mit Flugzeugträgerkampfgruppen und luftgestützten Marschflugkörpern verfügen die Vereinigten Staaten bereits seit längerer Zeit über die Fähigkeit, ihre militärische Macht an jeden Ort der Welt zu tragen. Allerdings vergehen vom Einsatzbefehl an diese Kräfte bis zur Detonation der Sprengköpfe im Ziel zumeist mehrere Stunden, manchmal sogar Tage. So überlebte Osama bin Laden angeblich im Jahr 1998 einen Angriff durch US-Marschflugkörper nur deshalb, weil diese mit ihren vier Stunden Flugzeit erst am Zielort einschlugen, als sich

der Al-Qaeda-Führer bereits auf der Weiterreise befand. So erhob denn auch 2005 das »United States Strategic Command«, Nachfolger des »Strategic Air Command« aus Zeiten des Kalten Krieges, die Bekämpfung von solchen zeitkritischen terroristischen »Hochwertzielen« zu einem der Gründe für die Beschaffung einer C-PGS-Fähigkeit.

Gone in 60 minutes ...

Ob der Einsatz von Waffensystemen, von denen derzeit jedes einen zweistelligen Millionenbetrag kosten würde, gegen solche Ziele sinnvoll sein kann, erscheint mindestens zweifelhaft. Darüber hinaus will man so allerdings auch gegen die potentiellen Atomraketen von »rogue states« vorgehen, sobald diese startklar gemacht sind, aber noch bevor sie abgefeuert werden können. Praktischerweise lassen sich diese Waffen zudem auch sehr gut gegen Luftabwehrstellungen und andere »area denial«-Systeme einsetzen, mit denen beispielsweise China die konventionelle Überlegenheit der USA in bestimmten Teilen der Welt zunehmend in Frage stellt – wie zum Beispiel in den Gewässern um den US-Verbündeten Taiwan. Derzeitige Abwehrmöglichkeiten gegen C-PGS? Praktisch keine.

Wirklich »prompt« im Sinne der 60-Minuten-Zielvorgabe konnten die USA lange nur mit ballistischen Nuklearraketen agieren.



Foto: US Air Force/Chad Bellay

»Tomahawk« war vorgestern: Die X-51 hatte ihren Jungfernflug im Mai 2010; hier kurz vor dem Start des Tests unter dem Flügel eines B52-Bombers. Die revolutionäre Technik wird mit Schallgeschwindigkeit Realität.

Unter der Administration George W. Bush wurden dann nach dem 11. September 2001 Pläne verfolgt, auf allen mit nuklearen Trident-Interkontinentalraketen ausgestatteten U-Booten jeweils zwei dieser Raketen im Rahmen des Programms »Conventional Trident Missile« mit

konventionellen Sprengköpfen zu versehen. Der Kongress stoppte die Finanzierung dieses Programms 2006 jedoch wegen der Befürchtung, dass beispielsweise russische Frühwarnsysteme den Abschuss einer konventionell bestückten »Trident« kaum vom Abschuss einer

»echten«, also nuklearen, unterscheiden könnten. So beendete die Angst vor dem Atomkrieg »aus Versehen« das Projekt zunächst.

Die Forschungen an alternativen Kapazitäten wurden dennoch weitergeführt. Insbesondere die Regierung Obama hat im Zuge ihrer Bemühungen um nukleare Abrüstung und der gleichzeitigen Suche nach konventioneller »Ersatz«-Abschreckung solche Vorhaben wieder verstärkt vorangetrieben.

Derzeit existieren mindestens drei Optionen: Mittelfristig könnten »Minuteman-III«-Raketen mit konventionellen Sprengköpfen eine C-PGS Fähigkeit sicherstellen, obgleich das Problem der Verwechslung mit wirklichen Nuklearraketen damit vorerst ungelöst bleibt.

Langfristig wird zudem in den Laboratorien der Militärforschungsagentur Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) an FALCON gearbeitet, einem wohlgehüteten Rüstungsprogramm, welches derzeit gleich mehrere Flugkörper umfasst. Diese sollen, von Trägerraketen in eine Erdumlaufbahn geschossen, Ziele entweder direkt angreifen oder aber in einer gelenkten Gleitbahn mit etwa Mach 20 eine Nutzlast – beispielsweise Bomben oder Drohnen – zum Ziel bringen können, um anschließend wieder in den USA zu landen. Die erste Variante, »Hypersonic Test Vehicle-2«, absolvierte ihren ersten Testflug im April 2010. Die zweite Variante landete möglicherweise in Form der »X-37« nach acht Monaten im Orbit wieder auf der Erde.

Boeing arbeitet zudem mit Hochdruck an der X-51 »Waverider«, einem Flugkörper, welcher mit einem Scramjet-Triebwerk ein Tempo jenseits von Mach 5 erreicht. Angestrebt sind mit der sechsfachen Schallgeschwindigkeit bis zu 6.400 Kilometer pro Stunde, die den »Wellenreiter« in einer Klasse mit der Mündungsgeschwindigkeit von Panzergranaten fliegen lassen würden. Abgefeuert von Schiffen oder Flugzeugen wäre auch damit die globale Einsetzbarkeit innerhalb von 60 Minuten gegeben.

Unilaterale Überraschungen nicht ausgeschlossen

C-PGS ist demnach keine zukunftsferne Vision, sondern wird mindestens mittelfristig Realität sein. Das Programm ist geeignet, die konventionelle Überlegenheit der USA auch gegenüber aufstrebenden Mächten auf längere Zeit sicherzustellen. Viele Fragen sind aber noch offen. So ist bislang noch völlig unklar, wie beispielsweise Russland oder China auf die Einführung oder den Einsatz solcher Waffen reagieren wird.

Darüber hinaus stellt sich angesichts zahlreicher Geheimdienstpatzer in den vergangenen Jahren die Frage, auf welcher Informationsbasis der Einsatz solcher Waffen eigentlich stattfinden soll. Bei maximal 60 Minuten von Befehl zu

Einschlag ist der Raum für Korrekturen beängstigend klein. Wie stellt man also sicher, dass man nicht auf Grund von unzureichenden Informationen den Falschen trifft und damit wohlmöglich sogar einen Atomkrieg riskiert?

Die Alliierten der USA sollten angesichts solcher Fragen darauf drängen, C-PGS, ganz so wie den kontroversen Raketenabwehrschild, zeitnah zu einem Thema in der Nato zu machen. Sonst sind kurzfristige, unilaterale Überraschungen nicht ausgeschlossen. ◀◀

Stefan Dölling hat Anglistik und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und am King's College London studiert.

Quellen und Links:

[Bericht der »Federation of American Scientists« vom 31. Februar 2009](#)

[Bericht des CDI vom 31. Februar 2009](#)

[Erklärstück der *popularmechanics.com* zur X-51 im Zusammenhang mit C-PGS](#)



Offenbarung der Schlapphüte

von Michael Seibold

In der Vergangenheit waren sie ein streng gehütetes Geheimnis: Die Jahresetats der US-Geheimdienste. Im Oktober 2010 veröffentlichte die US-Regierung erstmals die Gesamtausgaben für die CIA & Co. 80 Milliarden Dollar kostete die Intelligence Community den amerikanischen Steuerzahler im vergangenen Jahr.

▶▶ Das Fiskaljahr in Washington DC endet am 30. September. Nach dessen Abschluss geben alle Regierungsbehörden in den USA Rechenschaft über die von ihnen verwandten Mittel ab. Eine Ausnahme war lange Zeit die »US Intelligence Community« – also die Gesamtheit der amerikanischen Nachrichtendienste. Im vergangenen Jahr stellte der Director of National Intelligence (DNI) James Clapper erstmals

das Gesamtbudget der US-amerikanischen Dienste vor: Auf über 80 Milliarden US-Dollar beliefen sich die Ausgaben im Fiskaljahr 2010. Das sind etwa 12 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben von insgesamt 664 Milliarden Dollar. Aus Geheimhaltungsgründen wurden die Geheimdienstetats bisher im Verteidigungshaushalt versteckt.

Die amerikanische Intelligence Community besteht aus 16 einzelnen Organisationen. Allein das Verteidigungsministerium unterhält acht Nachrichtendienste, darunter Organisationen für die vier Teilstreitkräfte, die Küstenwache und die National Security Agency (NSA), die elektronische Signale abfängt und entschlüsselt. Insgesamt arbeiten geschätzte 200.000 Menschen im amerikanischen Geheimdienstsektor. Zum Vergleich: In Deutschland beschäftigen die drei Nachrich-

tendienste des Bundes knapp 10.000 Mitarbeiter bei einem Jahresbudget von 700 Millionen Euro, umgerechnet circa 920 Millionen Dollar.

Der Geheimdienst-Etat teilt sich in den USA in zwei große Blöcke: Das zivile »National Intelligence Program« (NIP) kostete 53,1 Milliarden Dollar. Sein militärischer Gegenpart, das »Military Intelligence Program« (MIP), schlug mit 27 Milliarden Dollar zu Buche. Die US-Regierung veröffentlicht die Kosten des NIP zwar seit 2007, bislang hielt sie aber die Kosten der militärischen Programme immer geheim. Mit einer Ausnahme: 1994 hatte das der Verteidigungs-Unterausschuss des Finanzausschusses im Repräsentantenhaus versehentlich die Budgets der Nachrichtendienste veröffentlicht. Damals entfielen 16,3 Milliarden Dollar auf das NIP; die militärischen Nachrichtendienste kos-



teten 10,4 Milliarden. Seit 1994 hat sich der Etat für Nachrichtendienste also mehr als verdreifacht. Der größte Teil dieses Wachstums entfällt auf die Zeit nach dem 11. September 2001, wie die Vorsitzende des Select Committee on Intelligence, Senatorin Dianne Feinstein, bemerkte.

Die US-Nachrichtendienste mussten in der Vergangenheit starke Kritik über sich ergehen lassen: Zu zersplittert sei die Landschaft der 16 Dienste, zu groß die Kommunikationsschwierigkeiten und der Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Diensten. Kommunikationspannen hatte es auch im Vorfeld des 11. September

gegeben. Als Konsequenz schuf die Regierung des damaligen Präsidenten George W. Bush das Amt des Director of National Intelligence (DNI), um die Koordination der Intelligence Community und deren Leistungsfähigkeit zu verbessern. Bisher wurde der DNI seinem Anspruch wenig gerecht. Zwar ist er nach dem Präsidenten nominal der oberste Herr über die US-Geheimdienste, doch hat er in der Realität nur wenige Befugnisse.

In Zukunft stehen Änderungen an: Ab 2013, so gab DNI Clapper Ende November bekannt, würde das Budget des zivilen NIP nicht mehr dem Verteidigungsetat, sondern dem Etat seiner eigenen Behörde zugeschlagen. »Für mich ist es eine Win-Win-Situation«, so Clapper: Der Verteidigungsetat werde um 50 Milliarden reduziert und gleichzeitig werde seine Autorität über die zivilen Nachrichtendienste gestärkt. Bisher musste das Budget der zivilen Dienste aus Geheimhaltungsgründen im Etat des Pentagons »vergraben« werden. In Zeiten erhöhter Transparenz, in denen diese Zahlen sowieso veröffentlicht würden, seien solche Versteckspiele nicht mehr notwendig. ◀◀

Die deutschen Nachrichtendienste

- ▶ Der **Bundesnachrichtendienst (BND)** sammelt laut Gesetz »zur Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind, die erforderlichen Informationen und wertet sie aus.« Er beschäftigt rund 6.000 Mitarbeiter mit einem Etat von rund 460 Milliarden Euro im Jahr 2009.
- ▶ Das **Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)** konzentriert sich auf verfassungsfeindliche Bestrebungen und geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Mächte in Deutschland. Insgesamt beschäftigt das BfV etwa 2.600 Mitarbeiter, sein Etat belief sich 2009 auf circa 182 Millionen Euro.
- ▶ Der **Militärische Abschirmdienst (MAD)** schützt die Bundeswehr gegen »sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten«. Der MAD beschäftigt circa 1.300 Mitarbeiter mit einem Jahresetat von rund 70 Millionen Euro. Über die Abschaffung des MAD wurde im Herbst vergangenen Jahres in den Medien spekuliert.

Quellen und Links:

[Die Washington Post vom 2. November 2010 über die Budgetkontrolle des DNI](#)

[Die Washington Post vom 28. Oktober 2010 über das Budget der US-Nachrichtendienste](#)

Trend oder Revolution?

Ein Gastbeitrag
von Sandro Gaycken

Krieg ist eine technische Angelegenheit. Oft änderten technologische Revolutionen auch Kriegführung und Sicherheitspolitik. Die digitale Revolution ist davon nicht ausgenommen. Sie hat neue Wege, Ziele und Mittel auf dem Schlachtfeld und darüber hinaus geschaffen. Doch vom Hype um den »Cyberwar« sollte man sich nicht ablenken lassen: Diese Revolution wäre auch umkehrbar. Weder ein Aufbauen noch eine Generalabsage an den High-Tech-Krieg sind faktisch plausibel.



Am 21. Mai 2010 wurde das neue »United States Cyber Command« aktiviert. Im Logo des Kommandos ist sein Motto eingebettet: als MD5-Hash »gec4c12949a4f31474f299058ce2b22a«.

►► Viel Geld haben die USA in den letzten Jahren für Cyberwar ausgegeben. Das hatte einen kleinen Goldrausch zur Folge: IT-Sicherheitsunternehmen, Think Tanks, Verteidigungsfirmen und Wissenschaftler wollten sich am Markt platzieren. Viele von ihnen entschieden sich dafür, über das Thema zu schreiben. Leider hatten aber die meisten von ihnen mehr Interesse an Geld als tragfähiges Hintergrundwissen. Sie überzeichneten die Gefahren, ohne über klare Daten oder systematische Ein-

sichten zu verfügen. Viele produzierten nur neue Weltuntergangsszenarien. Dazu zählten auch die Werke einiger freier Autoren mit pathetischen Buchtiteln, wie Richard Stiennons »Surviving Cyberwar«. Immer mehr diskutierte man über den Cyberterror und kleine, zivile Vorfälle – wie die patriotisch motivierten Internetprotestaktionen gegen Estland – wurden zu Instanzen von Kriegen verklärt.

Kein Wunder also, dass schon bald die Rede von »Cyberhypes« laut wurde. Kritiker ver-

muteten, dass zu viel mit fehlendem fachlichen Wissen verbundenes Interesse den Medienrummel verursachte. Sie reagierten aber ihrerseits – ebenfalls in Abwesenheit informierten Wissens – wieder überzogen, indem sie den neuen Risiken eine Generalabsage erteilten.

Die Wahrheit liegt wie so oft dazwischen. Cyberterror oder bedrohliche »All-Out«-Cyberkriege sind sicher unwahrscheinlich. Allerdings muss in den Cyberoperationen ein elegantes Zusatz- und Allzweckwerkzeug für alle möglichen politischen Aktivitäten gesehen werden. Der Cyberwar ist ein regelrechtes Schweizer Armeemesser für die Sicherheits- und Außenpolitik. Und tatsächlich können Cyberattacken auch große Schäden anrichten. Diese Ansicht etabliert sich aktuell in der langsam entstehenden seriösen Forschungslandschaft. Cyberwar wird also kein Hype, sondern höchstens ein Trend in der Geschichte kriegerischer Auseinandersetzungen sein.

Schon ein historischer Blick auf das Verhältnis von Technik und Strategie kann hier mehr Klarheit schaffen. Ein wichtiger Leitfaden zur Aufstellung von Taktik und Strategie betrifft die drei grundlegenden Elemente jeder militärischen Aktivität – Ziele, Wege und Mittel. Sie müssen aufeinander abgestimmt sein. Will ein Kommandant Ziele erreichen, die durch seine Mittel nicht gewährleistet sind oder verfügt er über Mittel, deren korrekten Einsatz er nicht beherrscht, so ist sein Untergang gegenüber einem besser organisierten und ähnlich ausgestat-

teten Gegner besiegelt. Die technische Situation, also die Gestalt der Mittel ist ein besonders wichtiger Faktor. Seit dem Aufkommen der Mechanik war eine überlegene Kriegstechnik jederzeit in der Lage, das Blatt zu wenden.

Aber auch die Ziele und Wege sind technisch überformt. Viele Ziele sind technische Strukturen wie bestimmte Kriegsgeräte, Operationsbasen, Industriekomplexe oder Infrastrukturen. Und Wege sind als die Möglichkeiten und Bedingungen des Einsatzes der Mittel oft ebenfalls technisch. Einfache und buchstäbliche Beispiele sind Eisen- und Autobahnen, die Truppenverbände schnell in Kampfgebiete bringen können, aber auch Kommunikationstechnologien, die eine bessere und schnellere Koordination ermöglichen.

Der Krieg ist also eine intensiv technische Angelegenheit. Technische Revolutionen waren daher auch Revolutionen der Kriege. Besonders eindrücklich war der Wandel im Gefolge der Industrialisierung, der sich in den beiden Weltkriegen äußerte. Die massenhafte Entwicklung von Distanz- und Massenzerstörungswaffen, die schnellen Transporte und die verbesserte Kommunikation führten zu einer beispiellosen Intensivierung des Krieges, aber auch zu deutlichen Veränderungen in der strategischen Ausgangslage. Alexander Solschenizyn beschrieb 1987 in seinem Roman »August Vierzehn« die Konfrontation des alten kriegstechnischen Denkens mit der Situation des ersten Weltkrieges: »Wie katastrophal sich die Bedingungen

der Kriegsführung geändert hatten. Ein Kommandant war unfähig wie eine Stoffpuppe! Wo war das Schlachtfeld, über das er zu einem zögernden Kommandanten reiten konnte ...«

Der Cyberwar ist ein Schweizer Armeemesser für die Sicherheits- und Außenpolitik.

Die neuen Ziele, Wege und Mittel erforderten ein neues Denken. Das taktische Denken – die Strategie direkt auf dem Schlachtfeld – konnte sich bereits im Zweiten Weltkrieg in vielen Bereichen gut einrichten. Aber das große strategische Denken – die Ein- und Ausrichtung einer Nation auf Sicherheitslagen – veränderte sich konsequent und durchgreifend erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Die unbegreiflichen Zerstörungen, eingeschlossen die durch Atombomben vernichteten Städte Hiroshima und Nagasaki, machten deutlich, dass Krieg sehr viel teurer geworden war. Die menschlichen Kosten wurden zu hoch, bei nuklearen Angriffen mit dauerhaften Verseuchungen auch die materiellen. Das ist die bekannte Ausgangslage für asym-

metrische Konflikte und neue Kriege, die in dieser Form übrigens bereits in den 1950er Jahren von Militärstrategen vorausgesagt wurden. So konnte der Wandel der technischen Grundsituation also nicht nur den Krieg, sondern auch die Sicherheitspolitik ändern.

Mit dieser technischen Relevanz könnte nun konstatiert werden, dass erst vor kurzem eine neue Revolution eingesetzt hat – die der digitalen Technologie. Computer sind überall. Und nicht nur ihre Allgegenwärtigkeit ist ein Indiz für einen tiefgreifenden Wandel. Sie können auch erstaunliche Dinge tun. Sie beobachten, lauschen, riechen, speichern, entscheiden, berechnen, stellen dar, fliegen, fahren, steuern, vermitteln. Kurz: Sie können Fähigkeiten des Denkens und Erkennens nachbilden. Informatik, Sensorik und Informatisierung sind also für die kognitive Seite des Menschen die Art von Wandel, die Mechanik und Industrialisierung für seine physische Seite waren.

Der Trend ist absehbar, die Folgen noch nicht.

Was diese Revolution für Krieg und Sicherheitspolitik bedeutet, ist zurzeit höchstens in Ansätzen klar. Bislang konnte lediglich eine erste Welle in der Ausstattung der Militärs beobachtet



US-Verteidigungsminister Robert Gates schwört den frisch beförderten General Keith Alexander als neuen Kommandeur des USCYBERCOM ein.

werden. Sie folgte dem gesamtgesellschaftlichen Fortschrittsrausch – ein typisches Phänomen im Beginn technischer Revolutionen. Massives und blauäugiges Informatisieren und Vernetzen war über die letzten Jahre bei den Militärs wie auch sonst überall an der Tagesordnung. Aus strategischer Perspektive prima facie ein guter Schritt. Das Arsenal der Mittel und Wege wurde erheblich erweitert.

Was aber niemand bemerkt zu haben scheint, ist der Umstand, dass die mit der neuen

Ausstattung geschaffenen Wege in zwei Richtungen begehbar sind und so auch die Menge der Ziele diversifiziert und vergrößert wurde. So hat sich einmal das Schlachtfeld erweitert. Wenn Rechner und Netzwerke so intensiv in die militärischen Apparate eingeflochten werden, dass alles mit ihnen geht, bedeutet dies umgekehrt, dass auch nichts mehr ohne sie geht. Und tatsächlich: Die informatischen Strukturen sind nicht der neue Speer, sondern die neue Ferse des Achilles. Wer sich Zugriff auf die Rechnernetz-

werke verschaffen kann, darf nach Belieben spionieren, manipulieren, sabotieren und zerstören. Das gilt auch jenseits des Schlachtfeldes, denn auch in den zivilen Bereichen der Informationsgesellschaften sind zahlreiche neue Ziele zu verorten. Finanzmärkte, Banken, Strom, Wasser, Wirtschaft, Produktion, Forschung, Entwicklung, Kommunikation, Medien und andere Strukturen sind mit vernetzter Informationstechnik regelrecht verseucht und mit den gleichen Plagen geschlagen. Sie sind erreichbar, transparent und manipulierbar. Viele der sich damit ergebenden Optionen werden für Freunde oder Feinde unter den einen oder anderen Umständen interessant sein können.

Kein neuer Speer, ...

Es ist zweifelsohne eine schwierige Lage. Zugleich jedoch die Geburtsstunde einer neuen Variante der Kriegsführung: des Cyberwarfare. Er ist die strategische Antwort auf die strategische Kurzsicht und den vorschnellen »Fortschritt« der letzten Jahrzehnte. Militärische Fähigkeiten werden ausgebildet, um die sensiblen Informationsstrukturen unter Kontrolle zu bringen. Und aus dieser Sicht ist nun bereits klarer, dass Cyberwar kein Hype, sondern ein historischer Trend ist.

»Information Dominance« oder »Cyberpower« sind die Themen dieser Truppen. Und die-

se Themen sind dabei, zu zentralen Paradigmen des High-Tech-Krieges zu erblühen. Denn nicht nur die vielen Angriffspunkte und Abhängigkeiten, also die neuen Ziele, sind profitabel. Auch als Weg und Mittel hat sich der Cyberwar inzwischen eine herausragende Rolle sichern können. Ressourcenstarke, gut ausgebildete und koordinierte Angreifer können weltweit jedes vernetzte Informationssystem unter ihre Kontrolle bringen. Alle Maßnahmen der herkömmlichen IT-Sicherheit sind hilflos gegen sie. Sie können ungewöhnlich zahlreiche Optionen bei ihren Operationen verfolgen. Von vollkommen unbemerkter Spionage über subtil platzierte Fehlinformationen und Gerätemodifikationen bis hin zur einfachen Abschaltung ganzer Landstriche ist alles möglich. Selbst Operationen mit nationalem Ausmaß sind nur eine Frage des Aufwands, nicht des »Ob«. Das Risiko, identifiziert zu werden, ist praktisch null. So müssen Cyberkrieger auch keine Anklagen oder Rückschläge befürchten. Und die Kosten für eine dieser schlagkräftigen Cybertruppen sind – im Vergleich zu den Preisen für anderes, hochtechnisiertes Kriegsgerät – unerschämte niedrig.

Der Cyberwar bietet also viele Optionen, er ist einfach und billig und man kann niemals – was man auch anstellt – identifiziert werden. Dies nun sind einige Merkmale, die zumindest das Potential haben, aus dem Trend auch etwas Revolutionäres zu schmieden. Das Aufkommen der in ihrer Anlage der industriell-mechanischen Revolution potentiell gleichrangigen Informati-

onsrevolution wird zwar nicht eine analog starke Veränderung von Krieg und Mensch nach sich ziehen. Das ist unwahrscheinlich und auch nicht zu hoffen. Aber in vielen Teilbereichen der Informationsgesellschaft sind gravierende Veränderungen zu erwarten. Wann immer eine informativische Struktur militärisch interessant ist, sind dort Operationen aller Art möglich.

... sondern eine neue Achilles-Ferse

Im Gegensatz zur Revolution durch die Atombombe und den industrialisierten Krieg ist diese Revolution allerdings umkehrbar und beherrschbar. Die Veränderungen werden dadurch eher in Gestalt der Versuche der Umkehr des Cyberwar bestehen. Allerdings braucht es dafür radikale Einschnitte. Die bestehenden Systeme müssen in allen kritischen Bereichen durch hochsichere Systeme ersetzt werden, deren Erforschung gerade erst einsetzt. Und es wird außerdem unumgänglich sein, in sensiblen Bereichen auch eine weitreichende Entnetzung vorzunehmen. Der Fortschritt der letzten Jahrzehnte müsste zu weiten Teilen wieder zurückgebaut werden, was mit hohen Kosten verbunden wäre.

Der Cyberwar verhüllt gegenwärtig noch große Teile seines wahren Gesichts. Computerspionage oder Infrastruktursabotage wie im

Fälle Stuxnet sind bereits deutlicher geworden. Aber die anderen, von der Presse getriebenen »Fälle« wie Estland und Georgien sind kaum mehr als zarte Hinweise auf die weiteren Möglichkeiten. Das macht es für Politik wie Militär schwer, sich auf die neue Bedrohung einzustimmen. Schließlich wird eine Anerkennung der neuen Risiken auch erhebliche neue Investitionen (und das Eingeständnis vergangener Fehlinvestitionen) bedingen. Ohne klare Indikatoren wird das niemand entscheiden wollen. Aber die sich mit immer größerer Klarheit andeutende Kosten-Nutzen-Struktur dieser neuen Variante der Kriegsführung macht ihre umfassende, weltweite Einrichtung mehr als wahrscheinlich. Der ersichtliche Trend zum Cyberwarfare wird anhalten. Die Folgen dagegen sind – jenseits des Hypes – derzeit noch schwer abschätzbar. ◀◀

Sandro Gaycken

ist Technik- und Sicherheitsforscher an der Freien Universität Berlin. Der promovierte Experte für Cyberwar und Informationsgesellschaft berät neben seiner Forschung verschiedene Bundesbehörden und Ministerien, den Bundestag sowie polizeiliche und militärische Institutionen im In- und Ausland.



Foto: Mirja Arndt

Quellen und Links:

[OECD-Studie »Reducing Cyber Security Risks« vom 14. Januar 2011](#)

[Die amerikanische PCWorld vom 1. Dezember 2009 über ein »elektronisches Pearl Harbor«](#)

Macht der Medien

Die *ARD* musste kurz vor Weihnachten die gestoppte Übertragung ihres Programms nach Afghanistan in die deutschen Feldlager fortsetzen. Erst *Bild* machte die Geschichte zur Story.

►► Montag vor Heiligabend 2010 brachte die *Bild*-»Zeitung« eine scheinbar aktuelle Meldung, die sich gewaschen hatte: »Die *ARD* hat die Ausstrahlung ihres Programms nach Afghanistan eingestellt«, denn die Übertragung über den Satelliten Hot Bird sei »zu teuer«. Zwar habe die Bundeswehr angeboten, einige Programmteile über eigene Satellitenverbindungen in die Feldlager zu bringen, doch lehnte die *ARD* dies aus rechtlichen Gründen ab.

Was die *Bild* an dieser Stelle verschwieg: Die Ausstrahlung wurde bereits im Juni 2010 eingestellt. Mutmaßlich bediente sich hier die Politik der auflagenstärksten Tageszeitung Deutschlands, um ein Interesse durchzusetzen. Das einzige Zitat im *Bild*-Artikel stammte vom Verteidigungsminister persönlich: »Die Soldaten wären sicher dankbar, wenn die *ARD* einige Sendefor-



Illustration: mmo

mate wie die *Tagesschau* oder regionale Sendungen zur Verfügung stellen könnten, damit wir diese ins Einsatzgebiet übertragen.« Das gute Verhältnis zwischen Springer-Verlag und Karl-Theodor zu Guttenberg ist ein offenes Geheimnis.

Die *ARD* versuchte mit einer Pressemitteilung noch am selben Tag ihren Standpunkt zu erläutern. Sie begründete die Einstellung damit, dass die Nutzung dieses zusätzlichen Angebots kaum noch nachgefragt würde und etwa eine Million Euro pro Jahr für eine weitere Ausstrahlung zu bezahlen sei. Zudem seien die Angebote auch über Internet erreichbar.

Was immer die Argumentation auf beiden Seiten beinhaltete, die *ARD* konnte bereits am Dienstag in einer »Blitzaktion« eine Sondervereinbarung mit dem luxemburgischen Satellitenbetreiber SES-Astra verkünden, die eine kostenneutrale

Übertragung nun doch ermöglichte. Und zu Guttenberg bedankte sich in der *Bild* für »diese unbürokratische Entscheidung«. Von Politikern, die sich dem »Sturm der Entrüstung« angeschlossen hatten, wurde Freude über das Ergebnis bekundet. So wurde aus dem Büro des Wehrbeauftragten gegenüber *Bildblog* mitgeteilt, man wisse natürlich seit Juli von der Abschaltung, freue sich aber über die Aufmerksamkeit, die bisher ausgeblieben sei. Zu Weihnachten war die Programmübertragung wieder eingerichtet. **sts**

Quellen und Links:

[Bild.de vom 20.12.2010](#)

[Pressemeldung der ARD vom 20.12.2010](#)

[Spiegel Online vom 21.12.2010](#)

Der Berg kreißte und gebar

von Jochen Steinkamp

Das neue Strategische Konzept der Nato, vom Lissaboner Gipfel im November 2010 verabschiedet, richtet das Bündnis neun Jahre nach den Anschlägen des 11. September endlich neu aus und verwandelt es zu einem komplexen, globalen Sicherheitsakteur. Das Konzept beweist einerseits realpolitische Weitsicht, klammert aber immer noch Probleme im Verhältnis zu Russland, den Vereinten Nationen und der Europäischen Union weitgehend aus.



Foto: The White House/Pete Souza

Neue Köpfe, neues Bündnis? Dmitri Medwedjew, Barack Obama und Nicolas Sarkozy auf dem Nato-Gipfel in Lissabon. Trotz der Amtswechsel in Washington und Moskau bleiben die normativen und vor allem geopolitischen Differenzen zwischen der Allianz und Russland bestehen.

►► »The Death of Nato« – so kommentierte Dick Whitney ausgerechnet in der *Moscow Times* im Dezember 2008 den Bukarester Gipfel der Allianz im Frühjahr desselben Jahres. Whitney, ehemaliger Chef der Europäischen Verteidigungsagentur, beschwor das baldige Ende der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft. Die USA und Europa passten längst nicht mehr als Partner zusammen, schon gar nicht in der Nato. Für Amerika sei die Nato ohnehin kein

geeignetes Instrument zur Durchsetzung ihrer ambitionierten Globalstrategie mehr, da die Schwäche der europäischen Mitgliedsstaaten ihr jede Schlagkraft nehme.

Die Europäer wären zudem besser beraten, ihre eigenen sicherheitspolitische Kapazitäten im Rahmen der EU auszubauen, um endlich unabhängig von dem amerikanisch dominierten Nordatlantikpakt zu agieren. Das Thema Nato werde sich daher mit der Zeit erledigen,

resümierte der Autor: »Human institutions, like human beings can collapse with surprising speed once they have outlived their usefulness.« Sein Fazit: Sicherheitspolitik im 21. Jahrhunderts erfordere andere Bündnisse als dieses Relikt des Kalten Krieges.

Nach elf Jahren endlich eine neue Strategie

Zwei Jahre später, auf ihrem Gipfeltreffen im November 2010 in Lissabon, haben die Staats- und Regierungschefs der Nato Whitneys düstere Prognose vorerst entkräftet. Statt eine historisch überholte Institution zu sein, versuchte sich die Nato trotz ihrer strukturellen Probleme als Bündnis zu präsentieren, das sich den wandelnden internationalen Rahmenbedingungen anzupassen weiß und nichts von seiner Existenzberechtigung verloren hat. Mit dem Dokument »Active Engagement – Modern Defence« hat die Nato zum dritten Mal nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ein strategisches Konzept beschlossen, das den sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft Rechnung tragen soll. So stellten die 28 Staats- und Regierungschefs schon in der Einleitung des Konzepts heraus, dass das Bündnis auch im 21. Jahrhundert als Kernelement transatlantischer Sicherheit

fungieren soll: »We are determined that Nato will continue to play its unique and essential role in ensuring our common defence and security. This Strategic Concept will guide the next phase in Nato's evolution.«

Die in Lissabon vorgenommene »Selbstvergewisserung der Nato«, so Patrick Keller von der Konrad-Adenauer-Stiftung, war längst überfällig, stammte doch das letzte Strategiepapier dieser Art aus dem Jahr 1999. In der Dekade seither hat sich das weltpolitische Umfeld rasant geändert. Seien es nun die Gefahren transnational agierender und islamistisch motivierter Terrornetzwerke, die Folgen der Kriege in Afghanistan und im Irak, die nukleare Aufrüstung Nordkoreas und Irans, der Aufstieg konkurrierender Großmächte oder die Restauration russischer Machtansprüche wie im Georgienkrieg 2008 – die Latte für moderne Sicherheitspolitik ist höher gelegt worden. Aus diesen Entwicklungen haben die Nato-Staaten eine aktuelle Bedrohungsanalyse abgeleitet, in das neue strategische Konzept übersetzt und damit eine Bestandsaufnahme der transatlantischen Sicherheitspolitik geliefert.

Vier Hauptgefahren für die Nato-Mitglieder nennt das Konzept: die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, den internationalen Terrorismus, drohende Instabilitäten durch scheiternde und gescheiterte Staaten und mögliche Angriffe durch ballistische Raketen. Letzteres bezieht sich ganz offensichtlich auf den Iran – die türkische Regierung hatte sich

jedoch dagegen gewehrt, das Land namentlich zu nennen. Erstmals werden Cyber-Krieg, unerwartete Störungen der Energieversorgung und – leider etwas unklar definiert – »unbeabsichtigte Bedrohungen« durch die Entwicklung neuer Technologien als weitere Gefahren für die Sicherheit der Mitgliedsstaaten benannt.

Um sich diesen Herausforderungen zu stellen und die Sicherheit ihrer Mitglieder zu gewährleisten, setzt die Nato im neuen Konzept neben der traditionellen Kernaufgabe der kollektiven Selbstverteidigung nach Artikel 5 auf einen Dreiklang aus Krisenprävention, Konfliktmanagement und Stabilisierungsmaßnahmen in Post-Konflikt-Situationen. Eine geographische Begrenzung für solche Einsätze wird nicht genannt.

Unklar definierte »unbeabsichtigte Bedrohungen«

Die Nato ist also grundsätzlich zu weltweitem Engagement bereit, nämlich überall dort, wo direkte oder indirekte Bedrohungen für die Allianz entstehen. Handlungsleitend ist dabei der so genannte »comprehensive approach«, also ein Mix aus militärischen und zivilen Maßnahmen zur Eindämmung von Gefahrenherden. Dieser Ansatz, der in Deutschland unter dem Begriff »vernetzte Sicherheit« bekannt ist, soll auch un-

ter Einbeziehung von Kapazitäten internationaler Kooperationspartner verfolgt werden. Namentlich nennt das Konzept dabei die Vereinten Nationen und die Europäische Union. Die Allianz verpflichtet sich erneut dazu, alle Operationen auf der Grundlage des Völkerrechts und in Abstimmung mit dem UN-Sicherheitsrat vorzunehmen. Die ehemalige Verteidigungsallianz ist also zu einem komplexen Sicherheitsakteur geworden. Die klassische Landesverteidigung ist nur noch ein Mittel unter vielen und der auf die westliche Hemisphäre begrenzte Aktionsradius der Allianz wurde durch einen globalen Gestaltungsanspruch ersetzt.

Mit besonderer Aufmerksamkeit hatte man den Ausführungen des strategischen Konzepts zum Umgang mit Nuklearwaffen entgegen gesehen, die einst das Rückgrat der Nato-Abschreckungsstrategie waren. Trotz der ambitionierter Zielsetzung des US-Präsidenten Barack Obamas, eine Welt ohne Nuklearwaffen zu schaffen und weiter mit Moskau über die Abrüstung nuklearer Sprengköpfe, über einen neuen START-Vertrag, zu verhandeln, stellt das neue strategische Konzept klar: »As long as there are nuclear weapons in the world, Nato will remain a nuclear Alliance.« Die Nato fordert zwar die Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrages und setzt sich für weitere nukleare Abrüstungsmaßnahmen ein, wird ihr Nuklearpotential aber keinesfalls einseitig reduzieren.

Angesichts der Entwicklungen im Iran und Nordkorea zeigt die Allianz in dieser Frage

realpolitische Weitsicht. Statt eines »global zero« könnte es in den kommenden Jahren vielmehr zu einem neuen nuklearen Wettrüsten kommen, falls die jüngeren Nuklearmächte die Machtbalance in Asien oder Nah- und Mittelost aus dem Gleichgewicht bringen. Solange ihr feindlich gesinnte Regime an der Entwicklung von Nuklearwaffen festhalten, muss die Nato von der Vision des »global zero« mit guten Gründen Abstand halten.

Die Nato bleibt eine nukleare Allianz.

Auch über die Weiterentwicklung der Beziehungen Russlands zur Nato wurde vor dem Gipfel in Lissabon viel spekuliert. Im strategischen Konzept wird der umstrittene Punkt einer Raketenabwehr, das Reizthema schlechthin für Russland, eigens behandelt. Präsident Obama hatte die Konzeption seines Vorgängers George W. Bush verworfen, eine feste Raketenabwehr in Polen und der Tschechischen Republik zu installieren. Moskau hatte hinter Bushs Plänen stets die Absicht vermutet, das russische Abschreckungspotential zu neutralisieren, auch wenn die USA versicherten, das System sei gegen den Iran gerichtet. Jetzt ist im Bündnis von einer integrierten Raketenabwehr die Rede, die auch Russland mit einbeziehen soll. Wie

das Vorhaben umzusetzen ist, wird im Nato-Konzept nicht weiter erörtert.

Dieser strategische Schwenk ist der Versuch, die Beziehungen zwischen der Nato und Russland zu entspannen. Zudem dient er Obamas Ziel, mittels eines »reset« die amerikanisch-russischen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Noch auf dem Gipfeltreffen in Bukarest waren Bush und sein damaliger russischer Amtskollege Wladimir Putin offen aneinandergeraten, weil der US-Präsident die Nato-Beitritte Georgiens und der Ukraine forcierte und damit tief in den geostrategischen Interessenbereich Russlands eindrang. Außerdem hatte Moskau im Februar 2010 eine Militärdoktrin veröffentlicht, in der die Nato als ernst zu nehmende Bedrohung für die geopolitischen Interessen des Landes bezeichnet wurde. In Lissabon haben die Präsidenten Dmitri Medwedjew und Barack Obama angesichts des Kompromisses bei der Raketenabwehr schließlich von einem historischen Erfolg für die Beziehungen zwischen Russland und Nato gesprochen. Auch Angela Merkel zeigte sich überzeugt, mit Russland sei ein ehemaliger militärischer Gegner zu einem echten Partner geworden.

Das Thema Afghanistan wird im neuen Strategiedokument der Nato zwar kaum beachtet, spielte aber am Rande des Nato-Gipfels eine wesentliche Rolle für die Zukunft der Allianz. In Lissabon versicherten US-Präsident Obama und Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai,

dass das Bündnis auch nach dem Abzug seiner Kampfeinheiten bis 2014 mit einer Stabilisierungsmission zur Ausbildung von Sicherheitskräften am Hindukusch engagiert bleiben werde. Voraussetzung für den Abzug sei eine selbsttragende afghanische Sicherheitsarchitektur. Zwischen den Nato-Ländern und Karzai war es in Lissabon zu erheblichen Differenzen über das strategische Vorgehen gegenüber den Taliban gekommen. Karzai hatte beklagt, dass bei den Nato-Operationen zu viele Zivilisten umkämen, und forderte eine Einschränkung von Drohnenangriffen und nächtlichen Razzien. ISAF-Kommandeur David Petraeus und US-Präsident Obama betonten hingegen, dass die Nato zum Schutz der Koalitionstruppen und zur erfolgreichen Bekämpfung der Taliban an der gegenwärtigen Strategie festhalten werde.

Karzais ungehörte Klagen

In Afghanistan, so viel ist sicher, wird die Nato als Ganzes und insbesondere ihre Strategie auf die Prüfung gestellt. Ein Scheitern dieser ersten großen »nation-building«-Mission wäre eine gefährliche Zerreißprobe für das Bündnis.

Umso mehr ist das neue strategische Konzept der Nato zunächst nur eine Absichtserklärung. Es ist nicht auszuschließen, dass in den kommenden Jahren eine Kluft zwischen der ambitionierten

Rhetorik des Bündnisses und der tatsächlichen Umsetzung der Planungen klaffen könnte. Nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Verteidigungsbudgets werden den Spielraum der Nato-Staaten einschränken. Offen bleiben auch viele strategische Fragen, zum Beispiel wie die Nato künftig den Bündnisfall definieren und welche Konsequenzen sie daraus ziehen wird. Als der Nordatlantikrat nach dem 11. September 2001 zum ersten Mal in seiner Geschichte den Bündnisfall ausrief, handelte es sich um eine Reaktion auf einen nicht-konventionellen Angriff, dessen Absender vorerst kaum identifiziert werden konnte. Das kann künftig wieder der Fall sein – insbesondere bei Cyber-Angriffen aus dem Internet. Die Frage, ab wann genau eine reale Verletzung der Sicherheit eines Nato-Partners vorliegt, welche die Ausrufung des Bündnisfalls rechtfertigt, wird nicht einfach zu beantworten sein. Überdies bleibt ungewiss, ob die Nato dann überhaupt im Verbund antworten wird. Immerhin griffen die USA nach dem 11. September 2001 bei ihrer Intervention in Afghanistan ganz bewusst nicht auf die Solidarität der Nato-Partner zurück, sondern bildeten eine flexible »Koalition der Willigen«.

Auch die Selbstverpflichtung der Nato, Operationen unter Einbeziehung der Vereinten Nationen zu führen, könnte sich als schwierig herausstellen. Was ist zu tun, wenn die Allianz humanitär intervenieren will, aber kein UN-Mandat erhält? Als die Nato sich 1999 zu Luftangriffen gegen Serbien veranlasst sah, brachte

der Sicherheitsrat aufgrund der russischen und chinesischen Vetos kein Mandat zustande. Solche Probleme sind auch für die Zukunft nicht auszuschließen, gerade im Hinblick der stockenden Reform der UN-Institutionen.

Keine Antwort für Medwedjew

Ebenso bleiben bezüglich des Verhältnisses zu Russland Fragen offen. Die mögliche Nato-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens ist nicht abschließend geklärt und birgt weiter potentielle Spannungen. In Lissabon hat die Nato zudem bekräftigt, dass sie grundsätzlich zur Aufnahme weiterer Mitglieder bereit ist, vorausgesetzt sie erfüllen die Kriterien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und marktwirtschaftlicher Offenheit. Auch diese normativen Maßstäbe führen immer wieder zu Konflikten mit Russland. In jener politischen Dimension der Nato vermutet Moskau das Ansinnen, die Expansion des Bündnisses bis an die russischen Grenzen voranzutreiben und so mit dezidiert westlichen »Wertvorstellungen« die russische Souveränität und Machtstellung zu untergraben. Die Nato hat zudem noch keine einheitliche Antwort auf das Angebot Medwedjews gefunden, eine »Euro-Atlantische-Sicherheitsarchitektur« zu errichten.

Ein weiterer Prüfstein für die Zukunftsfähigkeit der Nato besteht schließlich in ihrem

Verhältnis zur EU. Zwar sind die beiden Akteure durch operative Kooperation in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, vor der somalischen Küste und in Afghanistan miteinander verbunden. Dennoch nehmen beide Seiten bezüglich strategischer Prioritäten, dem Ausbau militärischer Fähigkeiten und der Bedrohungsanalyse, oft unterschiedliche Positionen ein. Als besonders schwierig stellt sich das Verhältnis des Nato-Mitglieds Türkei zur EU dar. Während vor allem die USA eine Mitgliedschaft der Türkei befürworten, sieht die Mehrheit der EU-Staaten dieses Vorhaben mit Skepsis – nicht nur wegen der Zypern-Frage. An Problemen mangelt es der Nato also auch nach dem Lissabonner Gipfel nicht. ◀◀

Jochen Steinkamp *hat Politikwissenschaft in Eichstätt und Münster studiert. Er ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Vechta.*

Quellen und Links:

[Das Strategische Konzept der Nato
»Active Engagement, Moderne Defence«
vom 19. November 2010](#)

[KAS-Paper von Patrick Keller
»Die Selbstvergewisserung der Nato«
vom 22. November 2010](#)

[Nick Whitney: »The Death of Nato« in der
Moscow Times vom 2. Dezember 2008](#)

Wissenschaft zu Deutsch!



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Damit das Studium keine Einbahnstraße bleibt.

BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

BSH

ADLAS freut sich immer über neue Autoren.

Interessiert?

Einfach die Redaktion fragen: adlas@sicherheitspolitik.de



Foto: Polnisches Außenministerium

Diplomatie in Moskaus Hinterhof

von Max Brandt

Polens Außenamtschef Radosław Sikorski spricht sich für einen Fokus der Europäischen Union auf ihre östlichen Nachbarn aus: hier auf einer Solidaritätsveranstaltung für die weißrussische Opposition in Warschau am 2. Februar 2011.

Eine Aufnahme in die Europäische Union ist für die ehemaligen Sowjetrepubliken Osteuropas vorerst keine Perspektive. Um dennoch eine attraktive Alternative für diese Länder zu schaffen wurde 2009 die »Östliche Partnerschaft« ins Leben gerufen – Europas neue Ostpolitik. Dieses Instrument europäischer Außenpolitik verspricht größeren zivilgesellschaftlichen Austausch und wirtschaftliche Integration. Der Ansatz leidet jedoch unter einigen Problemen.

▶▶ Die EU der 27 nutzt verschiedene Instrumente und Verfahren für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu ihren Nachbarn. Staaten wie Norwegen und die Schweiz sind über Freihandelsabkommen und den Schengen-Raum, Russland durch eine strategischen Partnerschaft und der westliche Balkan als Teil der Erweiterungspolitik mit der EU verbunden. Letztere hat sich als herausragendes außenpolitisches Instrument der EU erwiesen um Stabilität in Europa zu fördern. Die weitestgehend erfolgreiche demokratische Konsolidierung der ost- und mitteleuropäischen Staaten, die 2004 beziehungsweise 2007 der Union beigetreten sind, hat dies eindrucksvoll bewiesen.

Die außen- und sicherheitspolitische Konzeption Brüssels verfolgt unter anderem das Ziel, in der nächsten Nachbarschaft für politische und wirtschaftliche Stabilität zu sorgen, womit die Union präventiv auf Bedrohungen der Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten, etwa

durch Massenmigration und organisierte Kriminalität, reagiert. Seit 2003 versucht die EU mit der »Europäischen Nachbarschaftspolitik« (ENP) die Kooperation mit Staaten zu stärken, die keine mittelfristige Perspektive auf einen Beitritt haben. Die ENP folgt in ihrer Logik in weiten Teilen der Erweiterungspolitik, sowohl was Ziele als auch Instrumente angeht. Trotzdem ist ihr Erfolg dürftig geblieben. Zu wenig Geld, zu viele und zu unterschiedliche Partnerländer und vor allem das Fehlen einer Beitrittsperspektive führten dazu, dass nur sehr bedingt Reformen in den Nachbarstaaten der EU im Sinne der vereinbarten Ziele angestoßen werden konnten.

Der feine Unterschied

Aufgrund dieser Ernüchterung entwickelte sich die Idee, die Nachbarschaftspolitiken voneinander zu entkoppeln, also für Osteuropa und den Mittelmeerraum jeweils eigene Strategien zu entwerfen. Zeitgleich wurde vor allem aus den östlichen Hauptstädten der Union der Ruf immer lauter, man müsse den Partnerländern in Osteuropa – Weißrussland, die Ukraine, Moldawien, Armenien, Aserbaidschan und Georgien – eine Sonderbehandlung einräumen, seien sie doch der EU politisch und kulturell näher, als die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens. Die definitorische Unterscheidung des polnischen Außenministers bringt diese

Stimmung auf den Punkt: Radolsav Sikorski spricht von »europäischen Nachbarn« im Osten und »Nachbarn Europas« im Süden.

Ohne es zu wollen, gab der französische Präsident Nicolas Sarkozy den entscheidenden Impuls, die Differenzierung zu institutionalisieren. Die große Aufführung rund um die Schaffung der Mittelmeerunion motivierte Polen und dessen Partner Schweden, einen Anlauf zu nehmen, um die tiefere Kooperation mit Osteuropa und dem Südkaukasus zu realisieren. Die politischen Krisen des Jahres 2008 gaben diesem Prozess eine zusätzliche Dynamik: Der Krieg zwischen Georgien und Russland offenbarte das enorme Eskalationspotential der »frozen conflicts« – eingefrorener aber nicht dauerhaft gelöster Konflikte – auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Und als im Winter EU-Bürger vor Kälte zitterten, weil wegen des ukrainisch-russischen Gasstreits die Heizungen kalt blieben, wurde die EU an die dringende Notwendigkeit einer strategischen Energiesicherheit erinnert.

Folglich wurde die »Eastern Partnership« (EaP) im Rahmen des Prager EU-Gipfels im Mai 2009 ganz offiziell auf den Weg gebracht. Ihr übergeordnetes Ziel ist die »Schaffung von Bedingungen für politische Zusammenarbeit und tiefere wirtschaftliche Integration«. Konkret geht es um Ziele wie Visa-Erleichterungen und eine Integration in den EU-Binnenmarkt, aber auch um Demokratiesierung und Rechtsstaatlichkeit. Das ist im Vergleich zur ENP nicht spektakulär

innovativ. Ein Unterschied liegt allerdings in den angewandten Methoden und deren Gewichtung. Besonders der partnerschaftliche und multilaterale Charakter hat durchaus Potential, die Initiative effektiver zu machen.

Zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen diesen Ansatz durch eine institutionalisierte Beteiligung. Das »Civil Society Forum« bietet den Zivilgesellschaften von EU und Partnerländern die Möglichkeit eines ständigen Austausches und einer kritischen Begleitung der EaP. Eine koordinierte Beteiligung so vieler gesellschaftlicher Akteure hat es bisher in der Nachbarschaftspolitik nicht gegeben. Sie stellt zweifellos eine »Herkulesaufgabe« dar, wie es ein EU-Diplomat in Georgien formulierte.

Die Visegrad-Gruppe ist die treibende Kraft.

Hoch sensible Themen, wie Menschenrechte und Demokratie, können auf dieser Ebene deutlich offener thematisiert werden. Wenn man sich die zum Teil erheblichen Defizite mancher Partnerländer wie etwa Weißrussland und Aserbaidschan in eben jenen Bereichen vor Augen führt, wird der Mehrwert deutlich. Das Forum wurde dementsprechend bereits genutzt: Die Schlusserklärung des ersten Treffens der zivilgesellschaftlichen Vertreter enthält die

unzweideutige Forderung nach der Freilassung politischer Gefangener in »einigen EaP-Staaten«. Zwar wird kein Staat namentlich genannt; die Betroffenen werden allerdings mit ziemlicher Sicherheit wissen, wer gemeint ist. Besonderes Engagement für die EaP zeigen die ost- und mitteleuropäischen EU-Staaten. Die aus Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei bestehende Visegrad-Gruppe sieht sich besonders in der Pflicht, auf den Erfolg der Partnerschaft hin zu arbeiten. In einer Erklärung aus dem März 2010 zeigte man sich mit dem bisherigen Stand zufrieden. Ein besonderer Schwung wird in dieser Hinsicht für dieses Jahr erwartet, in dem zuerst Ungarn und dann Polen den EU-Ratsvorsitz inne haben.

Die neuen Ansätze innerhalb der EaP haben das Potential, die ENP zu erweitern und die Außenpolitik der Union effektiver zu machen. Nichtsdestotrotz gibt es gewichtige Kritikpunkte und zahlreiche nicht beantwortete Fragen.

Trotz wiederholter Erklärungen, die EaP richte sich nicht gegen Russland, reagierte Moskau alles andere als begeistert. Bereits kurz nach dem Start der EaP ließ der russische Außenminister Sergej Lawrow verlauten, Brüssel versuche, seinen Einfluss im post-sowjetischen Raum auszudehnen. Für den Kreml handelt es sich hier nach wie vor um eine Region privilegierter strategischer Interessen. Das gerade Polen eine so herausgehobene Rolle auf EU-Seite spielt, wird die russischen Bedenken zudem nicht verkleinert haben. Um diesen Bedenken Rechnung

zu tragen und den Aspekt der regionalen Stabilisierung zu stärken, werden Russland und auch die Türkei an ausgewählten Programmen der EaP beteiligt. In der Vergangenheit ist die Einbindung Russlands allerdings am Widerstand Georgiens wiederholt gescheitert.

Darüber hinaus blockiert die Vielzahl von bilateralen Konflikten vor allem im Südkaukasus eine vernünftige Umsetzung der EaP-Programme. Dabei ist besonders der ungelöste Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Enklave Berg-Karabach und zu einem geringeren Teil auch zwischen Armenien und der Türkei von Bedeutung. Bereits im Vorfeld hatte es von Expertenseite Kritik gegeben, die EU nutze die EaP zu wenig, um auch positive Impulse für eine effektive Konfliktbearbeitung zu geben.

Ein klassisches Dilemma von Außenpolitik

Ein letztes zentrales Problem ergibt sich aus der bereits erwähnten inneren Verfasstheit einiger Partnerländer und dem Umgang Brüssels damit. Mit Weißrussland und Aserbaidschan nehmen zwei in höchstem Maße autokratische Systeme an der EaP teil. Das stellt an sich noch kein wesentliches Problem dar, der Teufel steckt hier im

Detail. Aserbaidschan ist aufgrund seiner Öl- und Gasvorkommen von enormer strategischer Wichtigkeit, gerade im Bezug auf eine Energieversorgung, die Russland umgehen könnte. In Dokumenten und Reden von EU-Offiziellen kommt folglich das Regime in Baku erstaunlich milde weg, wohingegen sein Pendant in Minsk wiederholt wegen der schlechten Situation hinsichtlich Demokratie und Menschenrechten kritisiert wird. Die EU begibt sich hier auf einen gefährlichen Pfad von Doppelstandards gegenüber den EaP-Partnern: In Fragen der Missachtung von Demokratie, Zivilgesellschaft und Menschenrechten steht Aserbaidschan Weißrussland in keinster Weise nach. Der einzige Unterschied ist, dass Minsk keinen Tropfen Öl zu exportieren hat. Hier zeigt sich ein generelles Problem der (europäischen) Außenpolitik: der Spagat zwischen Normen, wie Demokratieförderung, und strategischen Interessen, wie der Energiesicherheit.

Dabei ist die Eastern Partnership für die Rolle der EU in der multipolaren Weltpolitik wichtiger, als es vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag. Die Erweiterungen der vergangenen Jahrzehnte waren erfolgreich darin, Stabilität und Demokratie in Europa zu schaffen. Brüssel ist der zentrale Akteur in diesen Bereichen. Mit der EaP ist nun die Möglichkeit gegeben, sowohl die Übertragbarkeit dieser Instrumente auf Staaten ohne Perspektive auf eine Mitgliedschaft zu beweisen, als auch das Gleichgewicht aus eigenen Interessen und der

speziellen Rolle Russlands im gesamteuropäischen Kontext zu finden. Eine erfolgreiche EaP kann für die Position Europas in der Welt und europäischer Interessen weit wichtiger werden als Mini-Militärmissionen rund um den Globus. Es könnte eine klare Alternative zu hard-power basierten Strategien anderer Mächte aufgezeigt werden. Ein Scheitern in der eigenen Nachbarschaft hingegen würde die globalen Ambitionen der EU empfindlich zurückwerfen.

Max Brandt *arbeitet am Jean Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integration und Europapolitik der Universität Duisburg-Essen.* ◀◀

Quellen und Links:

[Presseerklärung »Conclusions on Eastern Partnership« des Rats der Europäischen Union vom 25. Oktober 2010](#)

[Nona Mikhelidze über »Eastern Partnership and Conflicts in the South Caucasus. Old Wine in new Skins?« in einem Paper des italienischen »Istituto Affari Internazionali« von 2009](#)



Für einen Besuch des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon ließ Kanadas Premier noch sein Büro umräumen. Die Abstimmungsniederlage im Oktober 2010 überraschte auch Stephen Harper.

Foto: Prime Minister of Canada/Deb Ransom

Kanada erlitt eine bittere Niederlage, während sich Deutschland und Portugal nach einer »Kampfabstimmung« in den Vereinten Nationen am 12. Oktober 2010 über ihren Einzug in den Sicherheitsrat freuen durften. Das Wahlergebnis ist dramatische Konsequenz dreier Entwicklungen, die die Geschäftsgrundlage kanadischer Außenpolitik fundamental verändert haben: Nicht zuletzt das neue strategische Motto »Canada First« stößt in der UN-Generalversammlung auf wenig Gegenliebe. Ein Weckruf für Ottawas Diplomaten..

Ohrfeige für Ottawa

von Karsten Jung

▶▶ In außenpolitischen Fragen orientieren sich viele Kanadier noch immer an den 1950er Jahren: jenem »goldenen Zeitalter«, in dem sich Ottawas Diplomaten bei den Vereinten Nationen anschickten, internationale Großkonflikte wie die Suez-Krise fast im Alleingang zu entschärfen. Dieser Führungsanspruch in der Weltorganisation gehört für die Nordamerikaner seither ebenso zum nationalen Selbstverständnis wie ihre Vorliebe für Ahornsirup. Für ein Land, dessen Einfluss auf der Weltbühne sich wesentlich aus seinem Ruf als »good inter-

national citizen« – als respektables Mitglied der internationalen Gemeinschaft – speist, ist eine Führungsrolle in den Vereinten Nationen aber noch mehr: Sie ist zugleich Maßstab und Quelle seiner internationalen Bedeutung. Für Kanada war die Entscheidung in New York somit weit mehr als »nur« eine verpasste Chance: Nach 60 Jahren in den Vereinten Nationen und sechs erfolgreichen Kandidaturen für einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat schien die Wahlschlappe das Selbstverständnis und zentrale außenpolitische Grundannahmen der ganzen Nation fundamental – und öffentlich – in Frage zu stellen.

Für Analysten und Kommentatoren waren die Verantwortlichen für das Desaster schnell gefunden – die Vorschläge auf den Meinungsseiten von *Globe & Mail*, *Toronto Star* und *National Post* reichten von Oppositionsführer Michael Ignatieff bis zu Regierungschef Stephen Harper, von der Europäischen Union bis zu den Vereinigten Staaten. Auch die angeblichen Unzulänglichkeiten der Vereinten Nationen selbst wurden zur Begründung herangezogen. Die Organisation sei »over-influenced by countries which are not morally or politically qualified even to sit in it« schäumte der konservative britisch-kanadische Publizist Conrad Black. Derartige Erklärungsversuche greifen analytisch jedoch deutlich zu kurz und sind zudem augenscheinlich politisch motiviert. Erst wenn man mit etwas zeitlichem Abstand zu der Entscheidung des 12. Oktober den Blick weitert,

werden die vielschichtigen Ursachen der Wahlniederlage verständlich und ihre weitreichenden Konsequenzen erkennbar: Sie liegen begründet in drei langfristigen Trends und Entwicklungen, die die Geschäftsgrundlage kanadischer Außenpolitik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten fundamental verändert haben.

Kanadas historisch-politisches Kapital ist aufgebraucht.

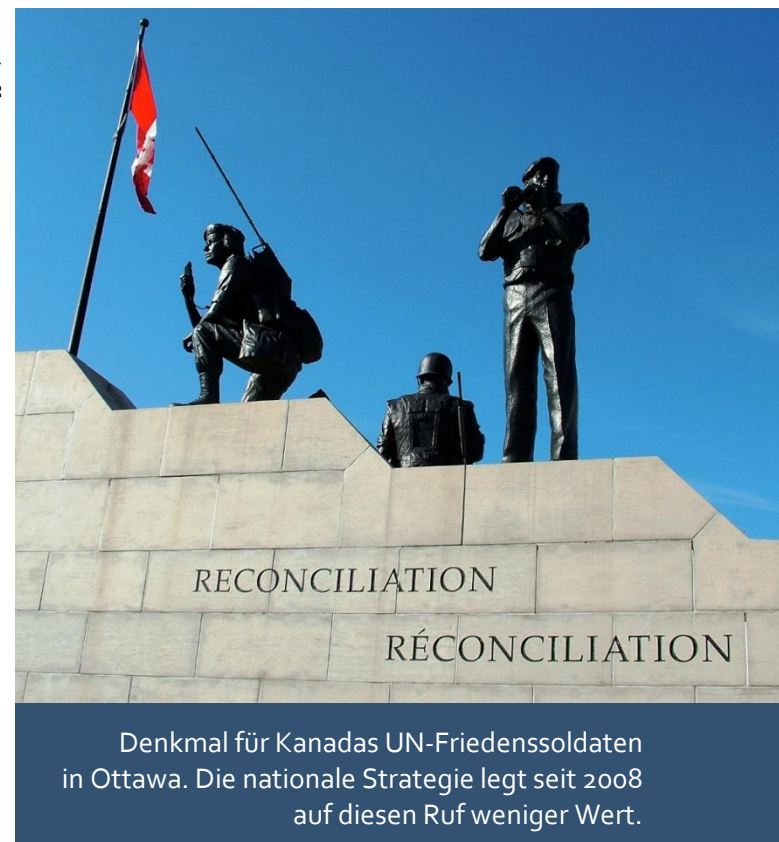
Erstens haben sich die Gewichte auf der globalen Ebene seit der wegweisenden Suez-Diplomatie des damaligen kanadischen Außenministers Lester Pearson dramatisch zum Nachteil Kanadas verschoben. Im Zuge von Dekolonisierung und Globalisierung, von Demokratisierung und Liberalisierung sind sowohl die internationale als auch die westliche Gemeinschaft rapide gewachsen. Während die UN 1956 gerade einmal 80 Mitgliedsstaaten hatten, sind es heute mit 192 deutlich mehr als doppelt so viele. Gleichzeitig hat sich der globale Wettbewerb um Macht und Einfluss durch den Aufstieg von Schwellenländern in Asien und Lateinamerika und das Entstehen neuer Machtzentren in diesen Regionen nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer

Hinsicht deutlich verschärft. Vor diesem Hintergrund wurde es für klassische Mittelmächte wie Kanada mit ihren begrenzten Ressourcen und Interessen immer schwieriger, ihren lange Zeit überproportional großen Einfluss auf der Weltbühne – die vom Außenministerium gerne beschworene Fähigkeit »to punch above its weight« – zu verteidigen.

Zweitens sah sich die Regierung in Ottawa seit den 1990er Jahren gezwungen, eine in den Jahren des Kalten Krieges mit großem Aufwand unterhaltene internationale Präsenz zu reduzieren, die angesichts des Wegfalls der sowjetischen Bedrohung und wachsender Haushaltsdefizite fortan weder erforderlich noch finanzierbar zu sein schien. In Erwartung einer »Friedensdividende« wurden die Verteidigungsausgaben so schnell und so drastisch zusammengestrichen, dass wissenschaftliche Experten wie Louis Nastro und Kim Richard Nossal schon bald von einem »commitment-capability-gap« – einer wachsenden Kluft zwischen den außenpolitischen Verpflichtungen des Landes und den zu ihrer Umsetzung bereitgestellten Ressourcen – zu sprechen begannen.

Am Ende des Jahrzehnts gab es unter den damals 19 Nato-Staaten nur zwei, die einen noch geringeren Anteil ihres Bruttosozialproduktes in militärische Fähigkeiten investierten als Kanada. Weltweit rangierte man in dieser Hinsicht auf einem wenig schmeichelhaften 153. Platz. In dieser Atmosphäre geriet schließlich auch Kanadas ureigenste sicherheitspoliti-

Foto: hof



Denkmal für Kanadas UN-Friedenssoldaten in Ottawa. Die nationale Strategie legt seit 2008 auf diesen Ruf weniger Wert.

sche Rolle unter Beschuss: Nach den traumatischen Erfahrungen in Bosnien, Somalia und Ruanda wurde die traditionell umfangreiche kanadische Beteiligung an UN-Blauhelmeinsätzen massiv zurückgeschraubt. Im September 2010 standen nur noch 200 Kanadier im Dienst der Weltorganisation; in der UN-Rangliste der Truppensteller rangierten sowohl Deutschland als auch Portugal vor dem Land, das sich selbst gerne immer noch als eine Art »peacekeeper par excellence« sieht. ►►

Drittens spielten schließlich auch die Außenpolitik der 2006 ins Amt gelangten konservativen Regierung Harper und ihr offensives Eintreten für nationale Sonder- und Eigeninteressen eine Rolle. So setzten insbesondere die verstärkte Betonung nationaler Souveränität und die lautstark verkündete Bereitschaft, diese – in der Arktis, in Afghanistan und anderswo – notfalls auch militärisch zu verteidigen, einen deutlichen Kontrapunkt zur traditionell zurückhaltenden Formulierung und multilateralen Umsetzung kanadischer Interessen. Eine solche Sicherheitspolitik, die noch dazu unter dem Titel »Canada First« formuliert wird, kann freilich kaum auf breite Unterstützung in der UN-Generalversammlung hoffen. Dies gilt umso mehr, da die Fähigkeit der kanadischen Diplomatie, die neue Politik den internationalen Partnern zu vermitteln, durch drastische Budgetkürzungen im Auswärtigen Dienst massiv und nachhaltig geschwächt wurde.

Einsicht oder Eigeninteresse?

Gemeinsam haben der beschleunigte internationale Wettbewerb um Macht und Einfluss, die wachsende Kluft zwischen außenpolitischem Anspruch und finanzpolitischer Wirklichkeit sowie die zunehmende Fokussierung auf eng umrissene nationale Interessen zu einer veränderten Wahrnehmung Kanadas in der Welt

geführt, die innenpolitisch bisher nur begrenzt nachvollzogen wurde. Folglich kann das Abstimmungsergebnis vom 12. Oktober auch als deutlicher Weckruf der internationalen Gemeinschaft in Richtung Ottawa gewertet werden: Das von Kanada in den frühen Jahren des Kalten Krieges durch innovative Diplomatie und militärische Leistungsbereitschaft erworbene außenpolitische Kapital ist spätestens seit der Jahrhundertwende weitestgehend aufgebraucht und die aktuelle Politik des Landes kaum geeignet, neues zu erwirtschaften.

Angesichts dessen steht Kanada seit dem 12. Oktober nun auch offiziell und öffentlich vor einer Richtungsentscheidung: Sind die Nachfolger des Friedensnobelpreisträgers Lester Pearson im Außenministerium bereit, sich weiterhin auf begrenzte nationale Eigeninteressen zu konzentrieren und diese auch gegen Widerstände im In- und Ausland – notfalls militärisch – durchzusetzen? Oder erscheint angesichts der schallenden Ohrfeige aus New York eine Rückbesinnung auf die traditionelle Einsicht kanadischer Außenpolitik geboten? Die Einsicht, dass eine Mittelmacht wie Kanada gerade in einer zunehmend multipolaren Welt auf multilaterale Foren wie die Vereinten Nationen angewiesen sein wird, um der eigenen Stimme im Konzert mit den Partnern Gehör zu verschaffen. ◀◀

Karsten Jung *studierte in Bonn und Washington, DC. Er promoviert am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.*

Quellen und Links:

[Conrad Black in der *National Post* vom 9. Oktober 2010](#)

[Lee Berthiaume in Außenpolitikjournal *Embassy* vom 1. September 2010](#)

[Kanadas neue Verteidigungsstrategie »Canada First« vom Juni 2008](#)

Mut zur Lücke

von Johanna Lange

►► Sie gelten als vergleichsweise günstige Alternative zu militärischen Einsätzen: die so genannten »smart sanctions«. Auf den ersten Blick erscheint ihre Verhängung ein probates Mittel zur Durchsetzung des Völkerrechts und der Menschenrechte zu sein; sie machen dem Terroristen Osama bin Laden, dem Kriegsverbrecher Omar al-Bashir und manchem anderen das Leben schwer. Nichtmilitärische »zielgerichtete« Sanktionen verschiedenster Art verhängen insbesondere der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder regionale Organisationen wie die Europäische Union, auch wenn sie bisweilen unilateral angewandt werden.

Prominentes Beispiel aus der letzten Zeit ist Laurent Gbagbo, der ehemalige Präsident der Elfenbeinküste, der nicht bereit ist, nach seiner Wahlniederlage im November letzten Jahres



Gemeinsam gegen Völkerrechtsbrecher: Hauptquartier der schweizerischen Bank UBS in den USA.

sein Amt freizugeben. Gegen ihn und einige seiner Familienmitglieder haben die USA im Januar finanzielle Sanktionen beschlossen, denen mittlerweile die Schweiz gefolgt ist und weitere Staaten und Organisationen sich anschließen wollen. Die Forderung: Er soll das demokratische Wahlergebnis anerkennen.

Mit dem vollständigen Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrsembargo gegen den Irak im Jahr 1990 verhängte der Sicherheitsrat erstmals eine umfassende Maßnahme, um seine Resolution 660 durchzusetzen, mit der die Völkergemeinschaft den Abzug der irakischen Armee aus dem überfallenen Kuwait verlangte. Ziel solcher »umfassender Wirtschaftssanktionen« ist, völkerrechtskonformes Verhalten zu erzwingen. Dabei reichen die Maßnahmen besonders weit und sind damit in ihrer Wirkung äußerst problematisch. Totalembargos,

»Smart sanctions« richten sich gegen die tatsächlichen Urheber von Völkerrechtsverletzungen: Individuen, nicht Staaten. Sie verringern so die negativen Folgen von Zwangsmaßnahmen für Unbeteiligte. Sie sind wesentlich schwieriger umzusetzen als umfassende Wirtschaftsembargos, und bisweilen mangelt es innerhalb der Staatengemeinschaft am Willen sie anzuwenden. Dennoch: Zielgerichtete Sanktionen sind eine bedeutende Weiterentwicklung des völkerrechtlichen Instrumentariums – das ausgerechnet durch den knappen Wortlaut der Charta der Vereinten Nationen begünstigt wird.

wie das UN-Embargo gegen den Irak, trafen oft die Falschen – nämlich nicht die Staatsführung, die sich völkerrechtswidrig verhält, sondern die Zivilbevölkerung, und meistens auch unbeteiligte Drittstaaten. Sie fördern einen Schwarzmarkt, organisierte Kriminalität und sie können sogar zu einer Solidarisierung der Bevölkerung mit der herrschenden Elite führen. Selbst wenn die konkreten umfassenden Sanktionen gut geplant sind, bestärken sie oftmals nur die Herrschenden in ihrer Macht.

Aufgrund solcher negativen »Begleitscheinungen« gelten umfassenden Handelsbeschränkungen in der Forschung mittlerweile als stigmatisiert und delegitimiert. Infolgedessen haben sich Vertreter der UN und des Privatsektors sowie verschiedene nationale Regierungen Ende der 1990er Jahre zur Aufgabe gemacht,

gezieltere und damit auch effizientere Sanktionen zu entwickeln. Sie effektiv wie möglich sein und gleichzeitig nur geringen humanitären Schaden anrichten. Zur Verwirklichung dieses Ziels gibt es zwei Möglichkeiten: die Verringerung der »Nebenwirkungen« auf die Zivilbevölkerung durch verbesserte humanitäre Hilfe oder eine größere Fokussierung der Sanktionen auf die verantwortlichen Entscheidungsträger.

Die Verantwortlichen treffen, wo es weh tut: beim Geld

Letztere »smart sanctions« richten sich gegen die verantwortlichen Organisationen und Unternehmen – also gegen diejenigen, die für die anstößige Politik verantwortlich sind. Die zielgerichteten Maßnahmen umfassen typischerweise Export- und Importverbote für spezifische Güter, Dienstleistungsembargos, Verkehrssanktionen, Ein- und Durchreiseverbote für bestimmte Personen sowie Finanzsanktionen.

Zielgerichtete, personengebundene Finanzsanktionen sollen die Entscheidungsträger, die Völkerrechtsverletzungen verantworten, dort treffen, wo es ihnen am meisten weh tut: beim Geld. Ihnen werden sämtliche finanzielle Vermögenswerte eingefroren, und ein Transakti-

onsverbot soll jegliche Transfers und Verwendung von Geldmitteln unterbinden und das Reisen ins Ausland unmöglich machen.

Schwierig bei ihrer Umsetzung ist, dass sowohl genaue Informationen über die betroffenen Personen vorausgesetzt als auch Informationen benötigt werden, wo und wie deren Vermögenswerte versteckt sind. Der UN-Sicherheitsrat verfügt über kein Organ, um derartige Informationen zu gewinnen oder zu sammeln. Vielmehr ist er auf die Ermittlungen der Geheimdienste der UN-Mitgliedstaaten angewiesen. Sollen finanzielle Sanktionen jedoch erfolgreich sein, geht es nicht ohne eine zentrale Informationsstelle.

Darüber hinaus fehlt es bestimmten Ländern am politischen Willen zur Umsetzung und nur wenige UN-Mitglieder verfügen über die finanztechnischen Werkzeuge, ein erfolversprechendes Sanktionsregime umzusetzen. Denn es kann nicht einfach aller Zahlungsverkehr mit dem jeweiligen Staat unterbunden werden. Es muss anhand einer Namensliste in jedem Einzelfall geprüft werden, ob eine Zahlung erlaubt ist oder nicht. Diese Aufgabe ist nur mit umfangreichem technologischem Aufwand lösbar.

Auch die Namenslisten selbst sind ein Problem: Ihre Qualität ist oftmals dürftig. Wichtige Informationen zur eindeutigen Identifikation einer Person fehlen, fremdsprachige Namen sind fehlerhaft übersetzt, zudem werden solche »Finanzproskriptionen« immer wieder erneuert und aktualisiert – eine wahre Sisypheaufgabe. ▶▶

Aus Kapitel VII der UN-Charta:

»Artikel 39

Der Sicherheitsrat stellt fest, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt; er gibt Empfehlungen ab oder beschließt, welche Maßnahmen auf Grund der Artikel 41 und 42 zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen. [...]

Artikel 41

Der Sicherheitsrat kann beschließen, welche Maßnahmen – unter Ausschluß von Waffengewalt – zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen; er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Maßnahmen durchzuführen. Sie können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschließen.

Artikel 42

Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, daß die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen. Sie können Demonstrationen, Blockaden und sonstige Einsätze der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschließen.«

Quelle: Charta der Vereinten Nationen

Solche nicht zu unterschätzende praktische Probleme bestanden auch für diejenigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, mit denen er nach dem 11. September 2001 alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen aufforderte, die Gelder der mit Osama bin Laden, dem Al-Qaida-Netzwerk und den Taliban verbundenen Personen und Einrichtungen einzufrieren, um so die finanziellen Grundlagen des internationalen Terrorismus auszutrocknen. Besonders die 2002 erlassene Resolution 1390 richtet sich gegen private juristische *und* natürliche Personen.

Die Kontrolle und Verwaltung der zielgerichteten Sanktionen übernimmt ein Sanktionsausschuss, der sich aus den 15 Mitgliedern des Sicherheitsrats zusammensetzt. Das Komitee wird oftmals durch Beobachter und Experten unterstützt, die in regelmäßigen Abständen die Effektivität der Sanktionen analysieren und Empfehlungen zur Verbesserung abgeben. In der Regel sind die Mitgliedstaaten zudem verpflichtet, dem Sanktionskomitee über die innerstaatliche Umsetzung der Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Nicht geregelt ist die Frage, wer die konkreten Sanktionsadressaten der jeweiligen Resolutionen festlegt. Teilweise nennt der Sicherheitsrat nur die allgemeine Zielgruppe, die konkret Betroffenen werden dann von den umsetzenden Mitgliedsstaaten der UN festgelegt, wie es beispielsweise europäische Folgeverordnungen vorsehen. Der Sanktionsausschuss stützt sich dabei häufig auf nationale Geheimdienstkenntnisse,

begründet seine Entscheidungen über die Aufnahme einzelner Betroffener aber nicht.

Die »Terrorlisten« des Sicherheitsrats

Zielgerichtete Sanktionen sind in ihrer Konzeption, Verhängung und Durchsetzung wesentlich schwieriger umzusetzen als umfassende Sanktionen. Schließlich involvieren sie Querschnittsaufgaben, detaillierten Informationsaustausch sowie die Abstimmung unterschiedlicher Mitwirkender aufeinander. Dabei hat die UN zwar eine zentrale, aber nur anleitende und koordinierende Aufgabe. Sie ist angewiesen auf die Bereitwilligkeit der Staaten. Auch wenn es an deren Umsetzungswillen zuweilen mangelt, bleiben »smart sanctions« eine erhebliche Weiterentwicklung des völkerrechtlichen Instrumentariums. Sie visieren die tatsächlichen Urheber von Völkerrechtsverletzungen an und halten die Schäden für die Mehrheit der Unbeteiligten gering.

Ob und inwieweit die Vereinten Nationen aber überhaupt Sanktionsbefugnisse auch gegenüber den »neuen« nichtstaatlichen Akteuren haben, bleibt allerdings ambivalent. Nach Artikel 41 der UN-Charta kann der Sicherheitsrat im Falle einer Bedrohung oder eines Bruchs des Friedens nichtmilitärische Sanktionen anordnen. Aber anders als vergleichbare Klauseln im EG-Vertrag richtet sich Artikel 41 nicht explizit nur

gegen Staaten. Infolge seines offenen Wortlauts und seiner systematischen Stellung in der Charta ermöglicht er zielgerichtete Maßnahmen auch gegen Privatpersonen, denn dem einschlägigen Passus ein fehlt ein eindeutiges Objekt: Die nichtmilitärischen Zwangsmaßnahmen »können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschließen.«

Diese Ungenauigkeit ist gewiss dem Umstand geschuldet, dass die UN-Charta in Zeiten verfasst worden war, in denen nur Staaten als Subjekte des Völkerrechts betrachtet wurden. Stillschweigend wurden allein sie als Handelnde und Verantwortliche vorausgesetzt. ◀◀

Johanna Lange *studiert Rechtswissenschaften an der Universität Mainz.*

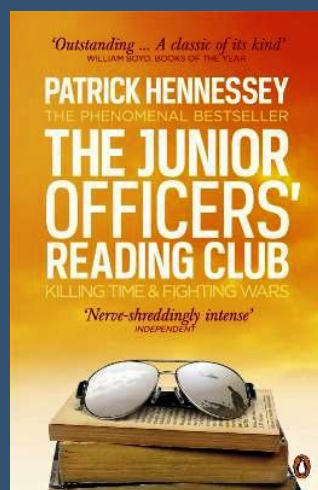
Quellen und Links:

[Bloomberg-Meldung vom 4. Februar 2011](#)

[WiSi-Online 3/06 vom Februar 2006 »Sicherheitspolitik der Vereinten Nationen« von Udo Fink](#)

[Resolution 1390 \(2002\) des UN-Sicherheitsrats vom 16. Januar 2002 über die Situation in Afghanistan](#)

Patrick Hennessey: »The Junior Officers' Reading Club. Killing Time & Fighting Wars«



Es gibt viele Bücher über Afghanistan. Auch ehemalige Bundeswehrsoldaten haben über ihre Erlebnisse am Hindukusch geschrieben. So ungeschminkt wie der Brite Patrick Hennessey berichtet niemand.

▶▶ In britischen Buchhandlungen geht seit Mitte 2009 das Buch eines jungen Ex-Soldaten, inzwischen auch als Taschenbuch, über den Tisch. Im Bestseller »The Junior Officers' Reading Club« schreibt Patrick Hennessey über seine Zeit in der königlichen Militärakademie Sandhurst und während seiner Auslandseinsätze in Bosnien, im Irak und in Afghanistan. Er idealisiert den Krieg nicht, entschuldigt sich aber auch nicht dafür, dass er gerne kämpft und sich zuweilen freut, einen Aufständischen erschossen zu haben.

Der Brite berichtet schnörkellos, mit Sicherheit nicht politisch korrekt und deutlicher als man es aus Deutschland kennt. So beschreibt er schon im Einstieg des Buches, wie er in der Provinz Helmand dafür eingesetzt wurde, die Afghanische National-Armee (ANA) auszubilden: »Sie konnten ihr Barett nicht falten. Sie sind nicht früh aufgestanden und haben alles für Mahlzeiten, Gebete, ein Nickerchen unterbrochen. Sie hatten keine Disziplin. Sie rauchten starkes Haschisch und mildes Opium. Sie konnten keine Landkarten lesen. Sie trugen was sie wollten, wann sie es wollten und hielten sich an den Händen, wenn sie umherliefen. Ihnen fehlte alles, worauf sich die Ausbildung der Britischen Armee stützte und woraus sie bestand.« Aber aus dieser desaströsen Beobachtung folgert Hennessey überraschend: »Ich liebte sie. Ich mochte, dass sie mehr Mumm hatten als ich, einfach aufzustehen und zu sagen ›Warum‹ oder ›Nein‹ oder ›Es ist mir egal, dass es gerade eine massive IED-Bedrohung gibt, ich

mag Wassermelonen, also werde ich ein Auto stehlen, das ich nicht fahren kann, und eine Straßensperre der Taliban durchstoßen, um zum Markt zu kommen.« Ich konnte sie überhaupt nicht ausbilden.«

Hennessey beschreibt sein Umfeld, aber auch seine Gefühle sehr direkt. Manchmal haben seine Zeilen fast Tagebuchcharakter – und tatsächlich zitiert er an einigen Stellen aus den Tagebüchern, die er im Einsatz schrieb. Dabei fühlt es sich teilweise maliziös an, seine Gedanken zu lesen – insbesondere wenn er über seine Zweifel und die psychische Belastung während und nach dem Einsatz schreibt.

»Ich mochte, dass sie mehr Mumm hatten als ich.«

Die Erzählung beginnt in Afghanistan – ein erster kurzer Ausblick auf das, was den Leser später noch erwartet, denn dieser Einsatz nimmt den größten Teil des Buches ein. Chronologisch vorher, nachdem Hennessey an der königlichen Militärakademie Sandhurst angekommen ist, begleiten wir ihn bei der morgendlichen Routine und sind bei Exkursionen und Übungen dabei. Gemeinsam mit ihm hinterfragt der Leser bestimmte Abläufe, lacht und leidet mit ihm. ▶▶

Hennessey kommt nach seiner Offiziersausbildung zu den traditionsreichen »Grenadier Guards«, seine erste Verwendung ist der Einsatz in Bosnien, der ihm jedoch zu langweilig und nicht gefährlich genug ist. Genau wie seine Kameraden wäre er viel lieber im Irak, wo »was los ist«. Bosnien ist für Hennessey eine Anti-Klimax. Nachdem er in Sandhurst gegen Ende seiner Ausbildung hauptsächlich auf Häuserkämpfe und Gefechte gegen Aufständische vorbereitet wurde, findet er Peacekeeping, die Unterstützung der Polizei, Malarbeiten in Schulen und Brückenbau lächerlich. Seiner Meinung nach erwartet die britische Kultur mehr von einem Soldaten im Einsatz, denn – wie er sagt – sonst hätte er ja auch Ingenieur werden können.

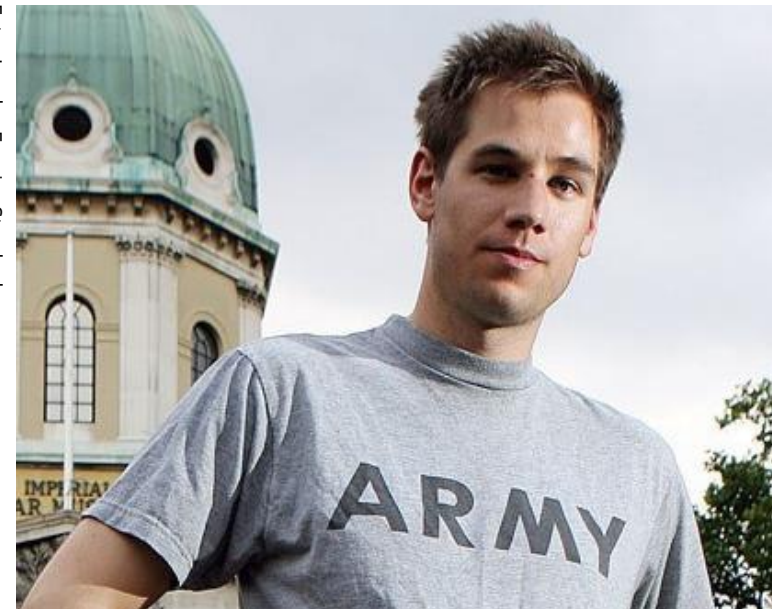
Mit der Rückkehr aus Afghanistan war der letzte Level erreicht.

Auch seine nächste Verwendung als Wache am Buckingham Palace empfindet Hennessey zunächst als unspektakulär – bis zum 7. Juli 2005, als bei den Terroranschlägen in London Bomben in den U-Bahnen und einem Bus explodieren. Nun erlebt er das Chaos, die Verzweiflung, aber auch den Nervenkitzel, nach dem er sich vorher sehnte.

Nach einer Exkursion zu einer internationalen Übung in Malaysia wird Hennesseys Traum wahr: Der Irakkrieg war schon in Sandhurst sein Ziel und das seiner Kameraden, und schon auf dem Weg nach Bosnien wurden die Absolventen mit der ersten Verwendung im Irakeinsatz beneidet. Hennessey macht keinen Hehl aus seiner Vorfreude. Er merkt zwar, dass weder seine Familie noch seine Freundin diese teilen können, im ersten Moment und auch während eines Heimaturlaubes prahlt er jedoch damit, dass er in den Krieg zieht. Zu diesem Zeitpunkt zeigt er wenig Verständnis für die Sorgen der Daheimgebliebenen. Im Nachhinein kann er nachvollziehen, dass der Einsatz im Irak, der für ihn eine Art Abenteuer bedeutete, für seine Freundin eine »böartige Macht, die ihren Freund zu seinem unnötigen Tod verführen wollte« war. Er versteht ihre Angst, die auf genau der Berichterstattung beruhte, die für ihn statt dessen eine Art Einladung an die Front war, um sich dort zu beweisen.

Von Anfang an erleben wir aber auch etwas, das Hennessey im letzten Kapitel mit einem Sportler bei den olympischen Spielen vergleicht: Schlimmer als Silber ist für ihn nur noch die Goldmedaille. Je mehr er erlebt, umso weniger bleibt für die Zukunft. Er freut sich darauf, in Afghanistan endlich an einem »richtigen« Krieg teilzunehmen. Nach seiner Rückkehr aus Afghanistan bleibt – wie bei einem Computerspiel wenn der letzte Level erreicht ist – nichts mehr.

Foto: London Evening Standard



Patrick Hennessey

diente bei den »Grenadier Guards« erst als Zugführer, später Operationsoffizier einer Kompanie. Er war der jüngste Hauptmann der britischen Armee in Afghanistan und wurde für Tapferkeit ausgezeichnet.

Afghanistan, von Beginn an neben dem Irakkrieg das Ziel für Hennessey und seine Kameraden, ist für ihn vorbei. Er hat Chaos, Verzweiflung, Hoffen, Bangen und Sehnsucht – oft auch nur nach einer warmen Dusche – erlebt. Er war Zeuge davon, wie viel zu junge Männer in einem Augenblick erwachsen wurden. Er hat erlebt, wie seine britischen Kameraden und ANA-Partner verwundet wurden oder gefallen sind. Wieder in Großbritannien ist er mit dem Unverständnis der Bevölkerung, seiner Freundin, sei-

ner Familie konfrontiert. Verstanden wird er lediglich von den Kameraden, mit denen er Seite an Seite – auch um sein Leben – kämpfte. Bei einer Vorführung von Videos, die während des Einsatzes seines Bataillons gedreht wurden, kann er sich nur an der Seite seiner Mit-Soldaten an das Geschehene erinnern.

Genau wie seine Kameraden kämpft auch Hennessey mit der psychischen Belastung der Einsätze. Er beobachtet, wie sie alle versuchen, das Erlebte zu verarbeiten oder zu vergessen. Etliche seiner Freunde beginnen zu trinken, bekommen Wutausbrüche und lassen sich in Prügeleien verwickeln. Hennesseys Freunde und Familie wissen häufig nicht, was sie sagen sollen. Er dagegen kann die Momente nicht erklären, in denen er an der Ampel in Angstschweiß ausbricht, die Zähne zusammenbeißt, sich zwischen Lachen und Weinen nicht entscheiden kann und nicht weiß, warum. Er kann auf gutmütige Fragen nach seinem Einsatz nicht antworten, schämt sich dafür, dass ihm der Einsatz Spaß gemacht hat und fühlt sich schlecht, weil »seine« Afghanen nun ohne ihn weiter kämpfen.

Patrick Hennessey hat die Armee nach einer kurzen Verwendung auf den Falklandinseln im August 2008 verlassen. Jetzt studiert er Jura und plant, sich auf internationales humanitäres Recht zu spezialisieren.

Ich habe in den letzten zwei Jahren etliche Bücher über Afghanistan und den Krieg am Hindukusch gelesen: Von Geschichtsbüchern

über Reiseberichte, Romane und Sachbücher, die sich mit ISAF beschäftigen war alles dabei. Hennesseys »Junior Officers' Reading Club« gibt einen tiefen Einblick in den Horror und die Verzweiflung des Krieges, den man sich zu Hause in Großbritannien oder eben in Deutschland so vermutlich nicht vorstellen kann oder will.

Es gibt wohl kein deutsches Gegenstück – wie auch Marc Lindemanns »Unter Beschuss« nicht –, das so unverhüllt die Zustände der Armee und die Gegebenheiten des Afghanistan-Einsatzes beschreibt. Das Buch konnte in dieser Art und Weise nur aus britischer Sicht geschrieben werden, da die Provinz Helmand im Süden Afghanistans bereits seit Jahren von so schweren Gefechten geprägt ist, wie Hennessey sie beschreibt. Es bleibt zu hoffen, dass es kein deutsches Äquivalent geben wird oder geben muss.

Carina Siegmund

Patrick Hennessey

**»The Junior Officers' Reading Club.
Killing Time & Fighting Wars«**

London (Penguin) 2010,
Paperback, 368 Seiten, circa 12,00 Euro.

Wissenschaft & Sicherheit Online: 1. Halbjahr 2011

In der elektronischen Schriftenreihe des BSH erscheinen in unregelmäßigen Abständen Beiträge der Mitglieder sowie Beiträge, die im Rahmen von Veranstaltungen (Vortragsmanuskripte et cetera) entstanden sind. Außerdem veröffentlicht der BSH Texte seiner Partner und Förderer.

WiSi paper:

»Die rechtlichen Probleme der Nutzung privater Sicherheitsfirmen als schnelle Eingreiftruppe im Rahmen von UN Blauhelmeinsätzen. Können die militärischen Kapazitäten der Vereinten Nationen in robusten Einsätzen von privaten Akteuren gestärkt werden?«

von Karsten Pötschke

In diesem WiSi Paper untersucht Karsten Pötschke die Frage, »ob ein Einsatz privater Sicherheitsfirmen im Rahmen von VN-Missionen völkerrechtlich zulässig ist und ob es ihnen rechtlich erlaubt ist, die Aufgaben einer schnellen, robusten Eingreiftruppe als Speerspitze von VN-Einsätzen wahrzunehmen.« Er klärt zunächst die Entwicklung von Blauhelmeinsätzen der UN und privatwirtschaftlicher Sicherheitsfirmen in den letzten Jahrzehnten. Danach prüft er die Zulässigkeit schneller Eingreiftruppen und des Einsatzes privater Firmen in UN-Einsätzen und setzt sie in Relation zu den Möglichkeiten des Einsatzes von Mitarbeitern solcher Firmen und ihrer Statusdefinition. Nicht verschwiegen werden die Probleme, die bisher und in Zukunft beim Einsatz privater Sicherheitsfirmen auftreten können. Pötschke zeigt potentielle Lösungsstrategien rund um dieses Phänomens moderner Kriegführung auf.

WiSi paper:

»Die Wehrpflichtdiskussion in der Bundeswehr. Analyse und Betrachtung der bundeswehrinternen Wehrpflichtdiskussion anhand der Bundeswehrzeitschrift *if – Zeitschrift für Innere Führung / IFDT Information für die Truppe*«

von David Krüger

Welche Diskussion über die Wehrpflicht wurde eigentlich innerhalb der deutschen Streitkräfte selbst geführt? David Krüger beschäftigt sich in diesem WiSi Paper mit der Bundeswehr-internen Diskussion um die Wehrpflicht unter Zuhilfenahme von Artikeln der Bundeswehrzeitschrift *if*. Hierbei bietet der Autor eine Analyse der Debatte durch eine Definition der Begriffe Wehrform und Wehrstruktur, der Hintergründe der *if* und des Forschungsstandes. Krüger untersucht nicht nur die Ursachen der Diskussion in diesem offiziellen Medium, sondern stellt auch die entscheidenden Argumentationslinien innerhalb der Zeitschrift vor.

WiSi study:

»Zypern und die Europäische Sicherheit: Ein latentes Problem der euro-atlantischen Kooperation«

von Max Brandt

Max Brandt geht in dieser umfassenden Analyse auf die Frage nach den Ursachen und Umständen der dauerhaften Politik der Nichteinbindung der Insel Zypern ein. Welche Veränderungen hat die Politik der Nichteinbindung in den letzten Jahren erfahren, welche Neuerungen in der Akteurskonstellation können identifiziert werden? Zunächst grenzt der Autor Nichteinbindungspolitik von klassischer Neutralitätspolitik begrifflich und mit historischen Beispielen ab. Nach dieser Einführung führt er dem interessierten Leser anschaulich die Entwicklungen der Machtpolitik im Mittelmeer zur Zeit des Ost-West-Konfliktes vor Augen. Abgerundet wird die Studie von einem Blick auf die Entwicklungen nach dem Zusammenbruch des Ostblockes und einer Einordnung des Zypernproblems in die aktuelle europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Beiträge von Wissenschaft & Sicherheit Online sind kostenlos [hier](#) vom BSH zu beziehen.

Die Redaktion von Wissenschaft & Sicherheit Online sucht jederzeit weitere engagierte wissenschaftliche Arbeiten: Kontakt unter wissenschaftundsicherheit@sicherheitspolitik.de.



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist das überparteiliche, akademische Journal des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) und ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen.

Der *ADLAS* erscheint quartalsweise und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber

Michael Seibold
 Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
 Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion

Michael Seibold (mse) (V.i.S.d.P.),
 Wolfgang Alschner (wal), Sebastian Hoffmeister (hoff),
 Dieter Imme (dim), Marcus Mohr (mmo) (CvD),
 Stefan Stahlberg (sts)

Autoren

Jéronimo Barbin, Caterina Becker, Max Brandt,
 Stefan Dölling, Sandro Gaycken, Iulia Joja, Karsten Jung,
 Roderich Kiesewetter, Johanna Lange, Nils Metzger,
 Manuela Pelz, Dominik Peters, Rebekka Salm,
 Carina N. Siegmund, Philipp Starz, Jochen Steinkamp,
 Juliane Ulbricht

Layout

Marcus Mohr

Dank

Daniela Otto

Copyright

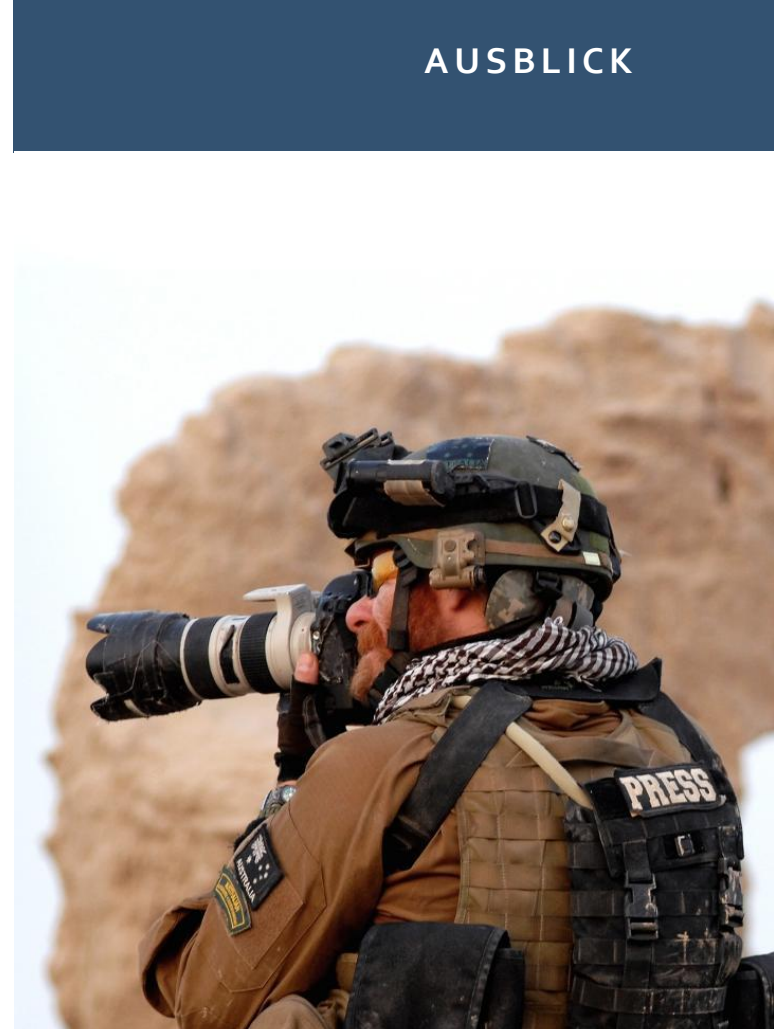
ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich, sie geben aber nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**DER BUNDESVERBAND
 SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN**

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. Unterstützt wird der BSH durch seine Mutterorganisation, den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr.

Weitere Informationen zum BSH und seinen Arbeitsgruppen gibt es unter www.sicherheitspolitik.de



Ausgabe 2/2011

SCHWERPUNKT

Medien und Sicherheit
 Macht, Missbrauch,
 Verantwortung

Foto: US Air Force/Kenny Holston